

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk. vierteljährlich 3,50 Mk. halbjährlich 6,50 Mk. jährlich 12,50 Mk. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Schergen des Zaren.

Die ehrengerichtliche Verfolgung unseres Genossen Dieblich kommt wahrlich zur rechten Zeit. Längst doch dieser neueste Streich des preussischen Systems in so grellem Lichte erstrahlen, daß vor seinem heisenden Glanz selbst die treuesten Bewunderer preussischer Regierungsmethoden einen Moment lang geblickt die Augen schließen müssen.

Aber nicht der deutschen Sozialdemokratie in erster Linie wird dieses Verfahren, ganz gleich wie sein Ausgang sein wird, eine treffliche Waffe der Aufrüttelung sein. Wir sind zurzeit reichlich mit soviel packendem Agitationsmaterial ausgerüstet, daß wir nach einer Wehrung, so unzufrieden wir sonst zu sein pflegen, im Momente wirklich kein Bedürfnis hätten. Aber dem unter dem furchtbaren Regime des blutigen Despotismus seufzenden russischen Volke kann dieser Vorstoß der preussischen Reaktion immerhin einigen Nutzen bringen. Fordert er doch alle Welt zur erneuten Prüfung der Frage auf, ob denn die schweren Anklagen, die Dieblich erhob, und wie Dieblich alle, die sich noch einen Funken Freiheits- und Gerechtigkeitsgefühl bewahrt haben, nicht in jedem Worte der Wahrheit entsprechen. Und diese Nachprüfung ist um so dringender, da ja die bürgerliche Welt Deutschlands seit der Potsdamer Zusammenkunft von einem Bündnis mit Rußland schwärmt.

Man wird in der Verfolgung Dieblich nicht nur den Wunsch der preussischen Machthaber erkennen, sich an dem immanen preussischen Landtagsabgeordneten zu rächen, ihn hinterläßt zu bestrafen — indem man ihn in seiner bürgerlichen Existenz schädigt, man muß darin auch einen Liebesdienst, eine Aufmerksamkeitsleistung für die zarische Regierung sehen. Das ist eben auch eine Folge der russischen Intimität: die Stärkung und gegenseitige Aneinanderung der Reaktion im Innern der beiden Länder. Nicht nur aus Gründen der äußeren, sondern auch aus den unmittelbaren Interessen der inneren Politik muß so das deutsche Proletariat den schärfsten Protest dagegen erheben, daß dem deutschen Volke eine Intimität mit dem blutdürstigen, schmutzbedeckten System zugemutet wird, unter dem das russische Volk seufzt. Gerade deshalb ist Dieblichs Rede heute wieder aktuell und man muß es begrüßen, daß die preussischen Machthaber gerade jetzt zu ihrer Letztüre im Protokoll des Magdeburger Parteitagess so erfolgreich aneifern.

Vergehoch hat sich in der kurzen Zeit, die seit der Magdeburger Tagung verlossen ist, neues Material über die entsetzlichen Greuel gehäuft, die im Reiche des Zaren Tag für Tag begangen werden. Das Verfahren gegen Dieblich macht es wieder einmal nötig, einiges aus diesen Schreckens-erzählungen herauszugreifen. Handelt es sich doch um die Beurteilung der Frage, ob es ein Wort gibt, das so scharf, so verächtlich oder so hohlerfüllt wäre, um dieses System und seine verantwortlichen Träger zu brandmarken.

Heute wollen wir uns damit begnügen, einige Stellen aus einer Rede unseres österreichischen Genossen Dr. Ellenbogen zu zitieren, die dieser jüngst in der österreichischen Delegation gehalten hat. Die Darstellung beruht auf Briefen aus sibirischen Gefängnissen, deren Letztüre, wie Genosse Ellenbogen sagte, einem Europäer buchstäblich eine Gänsehaut verursacht. Unser Genosse führte aus:

Seit dem Jahre 1907, wo die geschlagene russische Armee zurückkam, haben sich die Sachwalter des russischen Absolutismus mit einer wahren Blutgier auf die Revolutionäre geworfen, die dieser Zeit tobt in den russischen Gefängnissen ein ununterbrochener — ich bitte, das wörtlich zu nehmen — blutiger Kampf zwischen den Gefangenen und ihren Aufsehern. Gewohnheiten, die schon vor zwanzig Jahren in russischen Gefängnissen geübt wurden und die dann, weil sie zu Selbstmorden der Gefangenen geführt haben, abgelehrt wurden, leben in verstärktem Maße wieder auf. So sind in den Gefängnissen von Kertschinsk, Tobolsk, Alkatschi, Katus, Serenoh, Orel, Alexandrowol weit mehr als

zehntausend politische Gefangene, die den furchtbarsten Qualen ausgesetzt werden. Geheime Erlässe der Regierung haben die Gefängnisverwaltungen angefordert, mit den schärfsten Maßregeln gegen die Gefangenen vorzugehen; die wildsten Verfolgungen, die blutigsten Kämpfe finden mit diesen Gefangenen statt. Wenn ich nur erzähle, daß ein gewisser Borodulin, ein berühmter Denkersknecht in Kertschinsk,

dreizehn politische Häftlinge geradezu massakriert hat, wenn ich erzähle, daß er zwei Gefangene an den Füßen über die Treppen schleppen und vom ersten Stiege auf das Steinpflaster des Hofes hinunterwerfen ließ, so begreifen Sie, daß diese maßlos gepeinigten Gefangenen sich dagegen zu wehren suchten und daß dieser Borodulin schließlich getötet wurde. Warum fragen die Herren in der Duma nicht, wie es in Tobolsk zugeht, wo ein gewisser Bogojawlenstki

mit geflochtenen Ruten oder eisernen Drahtpeitschen die Gefangenen schlägt, wo er auf die Gefangenen Feuer geben läßt, wo er sie mit roh geschmiedeten Ketten behängt, darunter Schwertrank, sogar Sterbende, denen die Ketten die Haut durchschneiden und eiternde Wunden erzeugen? Warum fragen sie nicht, was es denn mit dem berühmtesten eisernen Karzer ist, von dem mir sibirische Häftlinge folgende Schilderung übermitteln haben (S. 17): „Der „eiserne Karzer“ ist eine kleine niedrige Kammer, in der der Eingesperrte nicht aufrecht stehen kann und deren Längs der Wand angebrachte Oesen Tag und

Nacht geheizt werden. Der Häftling bekommt kein Wasser. Nach vierundzwanzig Stunden, während deren er die Lippen an die untere Türspalte preßt, um frische Luft zu erhalten, wird der betäubt gewordene in den Hof getragen und nach Erlangung des Bewußtseins wieder in den Karzer gesperrt.“

Es ist vorgekommen, daß ein gewisser Rogilew in Tobolsk, als ein Wärter menschliches Mitleiden empfand und einen schon einmal gequälten Gefangenen, als er an seinem Körper Geschwüre sah, nicht schlagen wollte, dem Aufseher zurief: Auf die Geschwüre los! Die Folge dieser Peinigungen in Tobolsk waren vierzehn Selbstmorde innerhalb einer Woche, weitere sechs Selbstmorde im nächsten Jahre und die Tatsache, daß einer dieser Gefangenen durch Paritiri sich entleibt hat.

Warum fragen die Herren der Duma nicht nach den Zuständen in Alexandrowol, wo sich selbst Ärzte zu den bestialissten Unmenslichkeiten hergeben, wo ein gewisser Golschuk, ein Arzt, Sterbenden eine schwere Nahrung gibt, damit sie in kürzerer Zeit dahingehen?

Warum fragen sie nicht nach den Zuständen in Orel, wo es Gefängnisaufseher gibt, die sich im Laufe der Zeit und durch viele Lebung die große Geschicklichkeit erworben haben, durch einen einzigen Schlag auf das Ohr unfehlbar das Trommelfell zu zerreißen, so daß in diesem Gefängnis eine große Anzahl von politischen Gefangenen mit zerrißnenem Trommelfell herumgeht?

Warum fragen sie nicht nach Schlüsselburg, nach den Gefängnissen von Amur, wo für ein Wort des Widerpruches von einem Wärter einem Häftling mit dem Gewehrkolben mehrere Rippen gebrochen wurden?

Warum fragen sie nicht nach der neuesten Mode in diesen Gefängnissen, nach den Schiffen, die auf am Fenster stehende Gefangene abgefeuert werden, daß zum Beispiel in einer Nacht nicht weniger als vierzig Schüsse zur Höhe

zur Erweiterung abgefeuert wurden, die übrigens auch in der russischen Duma von freibeitlicher Seite erwähnt worden sind? Ellenbogen führte dann noch scheinliche Einzelheiten aus der berühmtesten Holsterkammer, dem „Rigaer Museum“, an und gab dann noch folgende Statistik:

Nach der Zusammenstellung eines gewissen A. V. Bentin im Dezember des Jahres 1910 des „Sowremennij Mir“ sind in den baltischen Provinzen in der Zeit vom 1. Dezember 1905 bis 1. Februar 1906, also in zwei Monaten,

18 politische Gefangene gehängt, 621 erschossen und 320 bei Konflikten mit dem Militär getötet worden.

Der Verfasser berechnet die Opfer der Pogrome innerhalb fünf Jahren mit 37 398, die Opfer der Justiz mit 37 620, wovon zu Katorga 8640, zu Tode 5735 verurteilt worden sind, die anderen zu „Polzeline“, Verbannung mit Aberkennung der bürgerlichen Rechte und anderen Strafen, wozu noch nach den Angaben des Ministeriums des Innern in Rußland die Zahl von 22 068 in einem Jahre administrativ Verbannter kommt.

Damit Sie sehen, daß in den sogenannten höheren Klassen von Rußland solche Bestialität der Empfindung gang und gäbe ist und durchaus gebilligt wird, will ich eine Rede zitieren, die ein gewisser Markow, der Zweite genannt, im Dezember des vorigen Jahres in der Duma gehalten hat, in welcher er auf diese Dinge zu sprechen kam und sagte (S. 17):

Es ist nicht lange her, als es nach demselben Paragraphen des Gesetzes mit den geflochtenen Peitschen zu prügeln erlaubt war. Nach dem neuen Kodex ist das nicht mehr erlaubt, was ich sehr bedauere.

Tatsächlich wurden bisher die Körperstrafen an den politischen Sträflingen von den Gefängnisdirektoren nicht angewendet. Zum Glück befand sich in den Gefängnissen in Wologa und Serentui ein Gefängnisdirektor, ein echter Mensch, ein echter Bürger, ein Vollzieher des Gesetzes, welcher eine gehörige Zahl dieser Glenden auspeitschte.

Ellenbogen schloß seine Rede mit der Forderung einer Universalallianz aller anständigen, menschlich fühlenden Menschen gegen das Rußland des Zaren.

Die Verantwortung des Zaren aber hat Dieblich in Magdeburg mit folgenden Worten festgestellt:

Wir dürfen nicht vergessen, daß der Zar ein Schwarzhunderter ist, daß er für all die Vorgänge, die uns mit Empörung erfüllen, höchstpersönlich mit verantwortlich ist. Es ist eine irdische Sentimentalität, zu sagen: ach, der arme Zar ist ja unschuldig an all dem, er ist nur das zufällige Stütze auf Handlungen, die andere Personen begehen. Er ist vielmehr ganz selbstverständlich mit verantwortlich für das System, welches er durch seinen Namen und die von ihm repräsentierte Regierungsform deckt. Er hat sich bekanntlich ganz offen für die Schwarzhunderter ausgesprochen, hat aus seiner Privatkapitulle für sie Beiträge gegeben, hat das Abzeichen der Schwarzhunderter bis vor kurzem auf seiner Brust getragen. (Pfeifruhe.)

Gegen dieses Rußland des Zaren richtete sich die Brandmarlung Dieblichs, mit der er die Ehrenpflicht des anständigen Menschen erfüllt hat. Deshalb paßt der Name „Ehrengerichtsverfahren“ auch in der Tat trefflich für diese neueste Verfolgung. Sie ist eine Ehre für den Verfolgten.

Die Kali-Schmiergelder.

Die Budgetkommission schloß gestern ihre Verhandlungen über die Kali-Schmiergelder fort. Es konnten endlich die Bestimmungen über die sehr zahlreichen Anträge vorgenommen werden, die während der Kalidebatte eingegangen waren. Der schwarzblaue Block, unterstützt von den Nationalliberalen, einigte sich in der Hauptsache auf den konservativen Antrag, der in drei Positionen durch Anträge der Wgg. Heim und Gothein durch Einsetzen höherer Zahlen abgeändert wurde. Nach den gefassten

Beschlüssen erhält das Reich zur Deckung der Kosten, die ihm aus der Ausführung des Kaligesetzes erwachsen, 500 000 Mk.; für die Propaganda des Kaliabfahes im Inlande wurden 1,1 Millionen, für die Propaganda im Auslande 2 Millionen beschloßen; die letztere Summe nach einem Antrage Gothein. Der konservative Antrag forderte 1,9 Millionen. Zur Vergütung an Kontrolleure und Probentnehmer stehen 100 000 Mk. zur Verfügung. Der Beitrag zu den Kosten der Untersuchung von Empfängerproben beträgt nach einem Antrage Heim 700 000 Mk.; der konservative Antrag forderte nur 200 000 Mk. Zur Bildung eines Reservefonds wurde eine Million bestimmt, mit der Einschränkung, daß sich der Reservefonds vermindere, soweit die Einnahmen aus den Kaliabgaben die Summe von 4 800 000 Mk. nicht erreichen; der Mehrertrag fließt dem Reservefonds zu; daß gleiche gilt von den Minderausgaben der sogenannten Propagandagelder.

Durch diese Beschlüsse werden den großen landwirtschaftlichen Verbänden die hohen Zuwendungen aus den Kaliabgaben auch für die Zukunft garantiert. Zuwendungen, die der Zentrumsabgeordnete Erzberger als „Schmier- und Korruptionsfonds“ bezeichnete. Trotzdem aber hat er für ihre Verbeibehaltung gestimmt.

Annahme fand auch eine sozialdemokratische Resolution, die die Regierung auffordert, dem Reichstage im nächsten Jahre eine Denkschrift über die Entwicklung der Kali-Industrie und über die Gestaltung ihrer Arbeiterverhältnisse vorzulegen.

Abgelehnt wurde folgender fortschrittliche Antrag: „Den Bundesrat zu ersuchen, umgehend gemäß § 21 des Kaligesetzes auch für den Bezug von Kali-Konzentrat Abzüge festzusetzen, wobei der höchste Rabatttag bereits bei einem Bezug von 12 000 Doppelzentnern Reinkali erreicht wird.“

Die Ablehnung dieses Antrages bedeutet, daß nach wie vor nur die drei großen landwirtschaftlichen Verbände den höchsten Rabatt erhalten, der erst beim Bezug von 500 000 Doppelzentnern Kali eintritt. Die kleinen landwirtschaftlichen Korporationen werden also auch ferner in Abhängigkeit von den drei großen Verbänden gehalten.

Nachdem auf diese Weise der Fortbestand des Schmiergeldwesens gesichert worden, verließ ein Vertreter des auswärtigen Amtes eine Erklärung über die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, die sich auf die Angelegenheit der im Kaligesetz festgesetzten Ueberkontingenzabgaben beziehen.

In der Erklärung heißt es:

Nachdem das Kaligesetz vom Reichstage verabschiedet war, hat die Regierung der Vereinigten Staaten den Vorschlag gemacht, eine amerikanische Kommission zur Besprechung der Kalifrage hierher zu entsenden. Deutscherseits hat man sich damit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß die Bestimmungen des Kaligesetzes und des Bundesratsbeschlusses vom 29. Januar et. außerhalb der Diskussion bleiben. Hiergegen ist amerikanischerseits kein Widerspruch erhoben worden. Als amerikanischer Kommissar ist Ende September vorigen Jahres Herr Davis vom Handelsdepartement in Washington hier eingetroffen, zugleich mit dem Vertreter der amerikanischen Interessenten (Korditrukt und Dependence usw.), die mit der Schmittmanngruppe Verträge besitzen und sich im Gegenjah zu den mit dem Sidtrust vereinigten Interessenten mit dem Kalisindikat noch nicht geeinigt hatten. Herr Davis, der von dem hiesigen amerikanischen Votschafter als ein mit dem Studium der Angelegenheit beauftragter Spezialkommissar ohne diplomatischen Charakter angemeldet worden war, ist mit dem Herrn Handelsminister Sedow und durch ihn mit dem Vertreter des Kalisindikats in Verbindung gebracht worden, und man hat den Versuch gemacht, durch Verhandlungen mit dem Vertreter des Syndikats einerseits und Herrn Davis und den amerikanischen Interessenten andererseits zu einem Ausgleich zu gelangen. . . Die Verhandlungen haben indessen zu keinem Ergebnis geführt.

Ende Dezember hat die amerikanische Regierung auf Grund der Berichterstattung des Herrn Davis die Frage aus diplomatischem Wege zur Sprache gebracht und geltend gemacht, daß das Kaligesetz in Verträge, die von Amerikanern abgeschlossen seien, eingegriffen und sie in ihrem Werte beeinträchtigt oder gar zu nichte gemacht hätten. Darauf ist am 31. Januar vorigen Jahres der amerikanische Regierung durch die kaiserliche Votschaft in Washington ein ausführliches Memorandum überreicht worden, in dem verschiedene auf amerikanischer Seite bestehende Irrtümer richtiggestellt und unser Rechtsstandpunkt ausführlich dargelegt, und in dem Vorschläge zur Beilegung der bestehenden Differenzen gemacht worden sind.

Eine Antwort der amerikanischen Regierung auf das deutsche Memorandum ist Ende der Woche dem kaiserlichen Votschafter in Washington zugegangen; der Wortlaut liegt hier noch nicht vor. Nach den kurzen telegraphischen Meldungen des Grafen v. Bernstorff scheint die amerikanische Regierung dem Gesichtspunkt Rechnung tragen zu wollen, daß die bestehenden Differenzen am besten durch private Verhandlungen der beiderseitigen Interessenten beizulegen sein möchten.

In vertraulichen Verhandlungen wurde über den Kalisibah nach Amerika debattiert.

Nachträgliches zur englischen Marinenedebatte.

Aus den ausführlichen Berichten über die bedeutungsvolle Flottenedebatte des englischen Unterhauses sind noch einige bemerkenswerte Momente hervorzuheben. In der Debatte sprach auch Genosse Keir Gardie, und seine Ausführungen enthielten im Gegenjah zu den liberalen Opponenten auch sehr praktische Vorschläge, um künftighin solchen Staatsüberschreitungen vorzubeugen.

Keir Gardie forderte die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission, wie sie in Deutschland und Frank-

reich besteht, die den Flottenetat zu prägen hätte, ehe er dem Parlament unterbreitet würde. Hätte eine derartige Kommission im Jahre 1909 bestanden, so wären dem Lande 25-30 Millionen Pfund Sterling erspart worden. Auch verlangte er, daß alle Verträge mit anderen Nationen dem Parlament vorgelegt werden sollten, ehe sie ratifiziert würden. Er klagte die Regierung an, daß sie bei der Aufstellung des Flottenetats die wachsende Friedensbewegung, wie sie in Deutschland und Oesterreich durch die großen sozialdemokratischen Parteien dargestellt würde, nicht berücksichtigt habe. Sollten die Rüstungsausgaben eingeschränkt werden, so sei es vor allen Dingen nötig, daß die Linksliberalen, die die Sozialreform wünschten, in Zukunft etwas mehr Mut zeigten.

Soweit unser Genosse. Werken muß man sich aber auch noch einige Stellen aus der Rede des Ministers des Aeußern, die im Munde eines Ministers ebensowenig gewöhnlich ist wie die ihnen zugrunde liegende Erkenntnis. Sir Edward Grey führte nämlich bei Besprechung der Rüstungslast folgendes aus:

„Diese große Last wird in Zeiten des Friedens aufgebürdet. Wenn sie sprunghaft zunimmt wie in der vergangenen Generation, so wird sie mit der Zeit unerträglich werden. Einige glauben, daß sie den Krieg heraufbeschwören wird, gerade weil sie unerträglich wird. Ich glaube, es ist viel wahrscheinlicher, daß der Zweck der Last durch eine

innere Revolution beseitigt

werden wird, nicht dadurch, daß die Nationen gegen einander kämpfen, sondern durch die

Revolte der Masse

der Menschen gegen die Besteuerung. . . Ich sprach von der Revolte gegen die Flotten- und Seeausgaben. Die Revolte wird erst kommen, wenn die Steuern direkt auf diejenigen Massen drücken, deren Leben ein Kampf ist. Wenn man anfängt, durch die Steuern den Hunger zu erzeugen, wie es früher oder später jedes Land tun wird, wenn die Flotten- und Seeausgaben beständig wachsen, dann wird man in absehbarer Nähe der Revolte sein, die ihnen ein Ende bereiten wird. Es gibt eine größere Gefahr als die Gefahr des Krieges und das ist das Verbluten in Friedenszeiten.“

Diese Ministerworte werden zweifellos gerade in Deutschland, wo man mit der letzten Finanzreform bereits angefangen hat, „durch die Steuern den Hunger zu erzeugen“, tiefen Eindruck machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März 1911.

Abrüstungsantrag.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte heute im Reichstag folgenden Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er möge im Hinblick darauf, daß die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus die Bereitwilligkeit zu Abrüstungsbeschränkungen ausgesprochen haben, sofort Schritte tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebeuterechts herbeizuführen.

Wirtschaftspolitik und Wahlreden.

Aus dem Reichstag, 16. März. Bei der Fortführung der Debatte über die einzelnen Etatartikel kam es zu Auseinandersetzungen über eine Anzahl wichtiger Wirtschaftspragen. So hatte der konservative Abg. v. Kappeler eine Resolution eingebracht, in der die Unterstützung des Vereins für soziale Kolonisation zum Zweck der Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose verlangt wurde. Aus der Debatte ergab sich, daß der Antragsteller und der Staatssekretär in der Auslegung der Resolution weit auseinandergingen. Der Staatssekretär meinte, es sollten die Wanderarmen zur Kultivierung von Dehland herangezogen werden, während der Antragsteller nur die dauernd Arbeitslosen im Auge hatte. Genosse Severing erklärte darauf, daß die Sozialdemokraten, so hypothetisch ihnen auch der Grundgedanke des Antrages sei, doch wegen seiner Wichtigkeit nicht dafür stimmen würden. Können er doch zur Drangsalierung wandernder Handwerksburschen den Vorwand liefern.

Im weiteren Verlauf der Sitzung brachte es der Dr. Diederich Hahn fertig, drei Wahlreden zu halten, die erste durch Empfehlung des Fischzolls, womit er die Fische seines Wahlkreises zu fördern denkt. Genosse Meyer trat ihm entschieden entgegen, da die Verteuerung der Fische auf eine neue Belastung des Volkskonsums herauskomme. Auch der freisinnige Spethmann sowie ein Regierungskommissar bekämpften den verderblichen Fischzollplan. Dann gab es eine lange Debatte über die Moorkultur, bei der Herr Hahn mit den freisinnigen Wegner-Labiau und Gotheln aneinander geriet. Zwischenworte wurde über die Gefahren der Monopolisierung der Elektrizität geredet. Angeschritten wurde die Frage durch den freisinnigen Defer, der staatliche Maßregeln zum Schutze des Publikums gegen den drohenden Elektrizitätsmangel verlangte. Herr Hahn und Herr Pfeiffer vom Zentrum legten das triumphierend als einen Angriff auf die Gewerbefreiheit aus, wogegen die freisinnigen sich mit Recht wehrten. Vom Zentrum war noch eine Resolution eingebracht, in der Untersuchungen zur Förderung der Textilindustrie gefordert werden. Praktische Erfolge sind sehr wenig von solchen Untersuchungen zu erwarten; sie schaden allerdings auch nichts und deshalb stimmten auch die Sozialdemokraten dafür.

Morgen geht die Debatte weiter.

Universitäten.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Donnerstag das Kapitel „Universitäten“ vom Kultusetat. Die Debatte stand nicht gerade auf einer besonderen Höhe, von grundsätzlichen Ausführungen war nur ganz vereinzelt etwas zu hören, die meisten Redner beschränkten sich auf die Vordrängung einzelner Wünsche. So wurde u. a. die Vermehrung der Professuren für Kolonialrecht und Sozialpolitik sowie Abhaltung von Kursen in Theorie und Praxis des sozialen Rechts für die Angestellten von Handelskammern angeregt. Eine längere Zeit nahm die Beratung eines konservativ-nationalliberalen Antrags in Anspruch, der die Regierung ersucht, die Errichtung einer staatslichen Universität in Frankfurt a. M. nicht anders als auf Grund eines Gesetzes zu genehmigen. Der Antrag, für den sich auch der Minister aussprach, gelangte zur Annahme. Namens unserer Fraktion sprach Genosse Dieblich das Wort, um für die freie wissenschaftliche Forschung einzutreten und

sich gegen jede Bureaucratie und Reglementierung sowie gegen die Protektionswirtschaft auf den Universitäten zu wenden. Mit treffenden Gründen wies er nach, daß weder für die Studenten noch für die Dozenten eine wirkliche Freiheit besteht. Interessant war seine Schilderung der amerikanischen Universitätsverhältnisse, die uns zeigen, wie tief der Gegensatz zwischen den Zuständen in dem reaktionären Preußen und dem verhältnismäßig freieren Amerika besteht.

Wernerwert ist es übrigens, daß selbst von bürgerlicher Seite zugegeben werden mußte, daß einzelne Professoren die Wissenschaft auf merkende Fuß betrachten — ein wertvolles Zugeständnis für uns Sozialdemokraten.

Am Freitag wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

„Hunde sind wir ja doch!“

Den „leitenden nationalliberalen Kreisen“, die mit dem schwächlichen Beschluß des Giechener nationalliberalen Wahlkomitees, der Entscheidung aus dem Wege zu gehen und die Abstimmung in der Stichwahl freizugeben, nicht zufrieden waren, weil sie das unbedingte Eintreten für den antisemitischen Reaktionsär, den Schilling des Bundes der Landwirte und des schwarzen Bloß wollten, ist Freude widerfahren. Der schreckliche Beschluß des Giechener Wahlkomitees ist umgestoßen, die „geordnete Wahlkreisvertretung“ ist gehorjam eingeschwenkt. Der Draht meldet:

Wiesbaden, 16. März. Der nationalliberale Wahlkreisvorstand hat gestern beschlossen, bei der Reichstagswahl den deutsch-sozialen Kandidaten Werner gegen den Sozialdemokraten zu unterstützen.

So hat also die Drohung der „Deutschen Tageszeitung“, daß die Nationalliberalen aus der Reihe der „nationalen“ Parteien gestrichen werden möchten, gewirkt, so kräftig gewirkt, daß die tapferen Herrschaften sich bedingungslos unterworfen haben — sie sollen den Antisemiten wählen, ohne auch nur erst von ihm zu fordern, er solle sich für die freundliche Kennzeichnung entschuldigen, die er ihnen angedeihen ließ, als er sie eine „Partei von Schurken“ nannte. Und warum auch? Auf ein paar antisemitische Fußtritte mehr oder weniger kommts ja nicht an — die Herren, die den Beschluß gefaßt haben, kennen doch das bekannte Wort eines ihrer Führer: „Hunde sind wir ja doch!“

Uebrigens wäre es falsch, für diese würdelose Handlung allein den heftigen Nationalliberalismus und den heftigen Einfluss der „Wormser Ede“ verantwortlich zu machen. Das offizielle Parteiorgan, die in Berlin erscheinende „Nationalliberale Korrespondenz“ und die hinter ihr stehenden „leitenden Kreise“ waren die eifrigsten Krufer gegen den ersten Giechener Beschluß. Wenn einige nationalliberale Blätter ihn verteidigt haben und sich jetzt erregt gegen den zweiten wenden, so zeigt das nur die lachbare Zerfahrenheit der Partei Drehscheibe.

Daß der Giechener Umfall diese Zerfahrenheit noch steigern wird, versteht sich. Alles, was sich im Nationalliberalismus noch etwas politisches Instinkt bewahrt hat, wird sich dagegen sträuben, daß die Partei ihr Schicksal an den sterbenden Schnapsblock setze — aber offenbar vergeblich. Und wer die Geschichte dieser Partei kennt, wundert sich nicht weiter über die würdelose Art, in der sie jetzt an ihrer Selbstvernichtung arbeitet. Und bedauert es ganz gewiß nicht.

Die Sozialdemokratie jedenfalls sieht diesem Schauspiel mit kühler Gelassenheit zu. Der Erfolg ihrer Arbeit hängt nicht am Giechener Mandat. Aber selbstverständlich werden unsere braven Genossen in Oberhessen alles aufbieten, der Rechten den Sitz zu entreißen; der elende Umfall der Nationalliberalen wird ihren Eifer verdoppeln.

Gegen die Hehlgarde.

Obgleich Freiherr v. Hehl, der Vederkönig von Worms, aus der nationalliberalen Partei offiziell ausgeschieden ist, ist er doch noch immer, da es ihm seine Mittel gestatten, mehrere Blätter zu alimentieren und politische Agenten zu belohnen, einen beträchtlichen Einfluss auf den heftigen Nationalliberalismus aus. Auf seine Anregung hin ist denn auch vor allem im Wahlkreis Gießen-Ridda der Professor Wisewind als nationalliberaler Kandidat aufgestellt und Fühlung mit dem Bund der Landwirte gesucht worden. Die Agitation auf dem Lande wurde vornehmlich durch Agitatoren aus der sogenannten „Wormser Ede“ besorgt, und in der letzten Zeit vor der Wahl ging auch die Leitung des Wahlkampfes fast völlig in die Hände der Hehlagenten über.

Der Erfolg dieser Bemühungen der Hehlarmee besteht bekanntlich darin, daß die Nationalliberalen des Wahlkreises Gießen-Ridda zwei Drittel der 1907 für den nationalliberalen Kandidaten abgegebenen Stimmen an die fortschrittliche Volkspartei verloren haben. Dieses schöne Ergebnis der Hehlischen Bemühungen um die politische Sanierung des Nationalliberalismus scheint doch endlich die nationalliberale Parteileitung, die bisher, da sie selbst ein Gemisch verschiedenartiger Tendenzen ist, den Hehlischen Treibereien hilflos zuseh, zu einem Eingreifen in die total zerstückelten nationalliberalen Parteienzustände Hesseu bezogen zu haben. Sie hat den Abg. Stresemann nach Hesseu geschickt, der gestern abend in einer Mäinger nationalliberalen Parteiverammlung ziemlich groß mit dem Freiherrn v. Hehl und seiner auchliberalen „Wormser Zeitung“ abrechnete.

Er wies die Bevormundung und die Beschimpfungen der nationalliberalen Reichstagsfraktion durch die „Wormser Zeitung“ auf das nachdrücklichste zurück, und zwar nicht als Einzelperson, sondern im Namen des Gesamtausschusses der nationalliberalen Partei, des einstimmig der Ansicht sei, daß die Auffassung der Parteileitung gerade in Hesseu einmal entschieden zum Ausdruck gebracht werden müsse. Man sei nicht länger gesonnen, sich fortgesetzt angegreifen zu lassen, ohne seinerseits Stellung gegen diese Angriffe zu nehmen, und werde auch in Zukunft sich in diesem Sinne betätigen. Wenn die Wormser den engsten Ansehler an den Bund der Landwirte suchen und wenn dort in einer nationalliberalen Versammlung der Vorsitzende Kommerzienrat Trumpler den Führer des Bundes der Landwirte Dr. Diederich Hahn den besonderen Dank der Versammlung ausgesprochen habe, obwohl doch gerade Hahn in Hannover erklärt habe, er wolle nicht taufen und nicht ruhen, bis der letzte Nationalliberale aus der Provinz verschwunden sei, so sei dies Vorgehen mit der Selbstachtung der nationalliberalen Partei nicht in Einklang zu bringen.

In der Debatte wies Rechtsanwält Pagenstecher darauf hin, daß man gegenüber der „Wormser Ede“ lang genug geschwiegen habe, obwohl doch gerade die Herren in Worms lange nicht mehr zur nationalliberalen Partei gehörten.

Die fortschrittliche Stichwahlparole in Gießen-Ridda.

Wiesbaden, 16. März. Die heutige Vertrauensmänner-versammlung der fortschrittlichen Volkspartei, die auch vom Lande zahlreich besucht war, beschloß, den Wählern zu empfehlen, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten Beckmann zu stimmen.

So hat also die fortschrittliche Partei den einzig richtigen Weg eingeschlagen, der ihr offen stand. Sie hat den Mut zur Ent-

scheidung gefunden — und so selbstverständlich das sein sollte, man darf das als einen Fortschritt buchen. Wenn jetzt die fortschrittlichen Wähler ihre Pflicht tun, so wird dem Schnapsblock wieder ein Mandat entziffen werden. In der Sozialdemokratie Oberhessens wird es nicht fehlen.

Mecklenburgische Verfassungsmogelei.

Der in Walschin tagende mecklenburgische Landtag hat sich heute mit den Vorschlägen von uns veröffentlichten kurlosen Verfassungsvorschlägen der mecklenburg-schwedischen Regierung beschäftigt, die, wie neuerdings verlautet, im wesentlichen einem alten aus der mecklenburgischen Pfahlbautenzeit stammenden Dokument entlehnt sein sollen: eine Herunft, die zur Genüge den fiktiven Charakter der Vorschläge erklären würde. Trotzdem nahm in der heutigen Sitzung die „Landchaft“, das heißt die Gesamtheit der von den Städten entsandten Bürgermeister, die „Grundzüge“ der Regierungsvorschläge über eine Landesvertretung prinzipiell an, und zwar nach den Erklärungen, die ihre Deputierten schon abgegeben haben. Sollte eine Verständigung mißlingen, so hält sie an ihren früheren Beschlüssen fest. Die Ritterschaft lehnte den Vorschlag des Erblandmarschalls von Lüchow ab, welcher die Regierungsvorschläge direkt ablehnt, und erklärt sodann, sie halte prinzipiell an dem ständischen Standpunkte fest. Sie wolle jedoch nach Möglichkeit dazu beitragen, daß etwas zustande komme, und sie lehne daher die „Grundzüge“ der Regierung als Grundlage zu weiteren Verhandlungen nicht ab im einzelnen behalte sie sich eine Einschränkung vor und betone schon jetzt, daß sie den vorgesehenen allgemeinen Wahlen und der Verteilung der Abgeordneten-sitze nicht zustimme.

Es ist doch etwas Schönes um den deutschen Liberalismus, besonders um jene Spielart, die in den mecklenburgischen Stadtmagistraten gedeiht. Da das Junkertum seine heutige übermächtige Stellung in Mecklenburg behält oder der verpöhlerte, hornierte Ausliberalismus einen etwas größeren Einfluss im Landtage erlangt, das Lann der mecklenburgischen Arbeiterkraft völlig Wurscht sein.

Die Linksliberalen und das deutsch-englische Flottenabkommen.

Die Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Abrüstungsrede des englischen Staatssekretärs des Aeußern wird vom „Berl. Tageblatt“ freudig begrüßt und als eine Aussicht auf greifbare Vereinbarungen erklärt, die dem weiteren Anschwellen der Rüstungswahnsinn Einhalt tun. Das „Tagebl.“ sagt, daß die Regierung bei dieser prinzipiellen Anerkennung ihres bisherigen Standpunktes die große Mehrheit der Nation hinter sich haben werde und hofft und wünscht, daß man auch im Parlament ihrem Beginnen lauten Beifall zuollen werde. Dann folgt der Ausdruck des Bedauerns darüber, daß selbst auf entschiedener liberaler Seite diesen Bestimmungen bisher schon im Parlament nicht stärkerer Ausdruck verliehen, die Regierenden nicht lebendiger zu dem allein vernünftigen Ziele hingedrängt worden sind. Wir hätten denn vielleicht doch schon früher auf den fiebern Fieber verprechenden Woben gelangen können, dessen Wetzeln wir heute mit Freude begrüßen.

Das „Tageblatt“ fürbt etwas zu schön, wenn es bedauert, daß die Fortschrittlichen diesen Bestimmungen bisher schon im Parlament nicht stärkeren Ausdruck gegeben haben. Es hätte Bedauern müßen, daß der Fortschritt im Jahre 1909 der Arbeit für diese Idee direkt Hindernisse in den Weg gelegt hat. Am 29. März seines Jahres wurde die sozialdemokratische Resolution, die den Reichskanzler aufforderte, Schritte für eine internationale Verständigung der Mächte zur gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen zur See, sowie zum Verzicht auf das Seebeuterecht zu unternehmen, von allen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Fortschrittlichen, niedergestimmt. Der Abgeordnete Naumann war der einzige Bürgerliche, der sich zu ihr zu bekennen wagte!

Merke! Kleinigkeiten aus dem preussischen Staatshaushalt.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt sich zur Zeit mit dem „Etat“, das heißt der Festlegung der Einnahmen und Ausgaben des preussischen Staates für das Etatsjahr vom 1. April 1911 bis 31. März 1912. Unter der Menge der aufgeführten Zahlen befinden sich auch solche, die noch mehr als einer Richtung Interesse beanspruchen und die hier herausgegriffen werden sollen. Da ist z. B. der Etat der „General-Ordenskommission“. Nicht weniger als 800 000 M. — im Vorjahre 220 000 M. — werden für die Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien verlangt. Es fehlt zwar nicht an Einnahmen — der Wert der zurückgegebenen alten Ordensinsignien ist mit 16 400 M. angegeben — doch sind diese recht niedrig. Die Steigerung der Ausgaben für diesen eigenartigen Zweck beweist, daß die Leute, welche Wohlgefallen an Orden haben, noch nicht im Aussterben begriffen sind. Sprechen doch die Erläuterungen zu der Ausgabenposition von den „stets zunehmenden Geschäften dieser Behörde“.

Der Ausgabenetat des Herrenhauses beläuft sich auf etwas über 800 000 M. Dagegen erfordert das Haus der Abgeordneten einen Betrag von fast 2 Millionen Mark. Die Reichslosten und Tagesgelder für die 448 Abgeordneten sind auf 1 030 000 M. veranschlagt. Für „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei“ ist der Betrag von 300 000 M. vorgesehen, für das „Geheime Zivilkabinett des Königs“ sind 200 000 M. ausgeworfen. Da in dem Kabinett auch Reichsangelegenheiten erledigt werden, beteiligt sich das Deutsche Reich an den Verwaltungskosten mit 10 000 M.

Von den erzielten Ueberflüssen verschiedener Unternehmungen seien folgende angeführt: Porzellanmanufaktur 151 600 M., Tiergarten in Berlin 105 725 M., Deutscher Reichs- und Preussischer Staatsanzeiger 143 200 M., staatliche Weinbaugebiet 447 000 M. usw. Der Justizverwaltung fließt aus Kosten und Geldstrafen ein Betrag von 109 245 000 M. zu, die Beschäftigung der Gefangenen bringt 6 624 000 M. ein. Die Reingewinne des Hauptzollamtes Graditz — auch auf solche Geschäfte wirt sich der preussische Staat — sind mit 400 000 M. veranschlagt. Die Lotterieverwaltung hofft 20 000 M. aus nicht abgekauften Gewinnen einzunehmen. Der § 1936 des bürgerlichen Gesetzbuches, welcher dem Staat die herrenlosen Erbschaften zuweist, soll 82 000 M. einbringen. Das Kriegsministerium will lediglich für „Aufwendungen für das Berliner Zeughaus“ insgesamt circa 200 000 M. haben. Diese auffällige Reichdeutheit hat ihren Grund darin, daß das Reichsheer ja aus Reichsmitteln erhalten wird.

Die West in Deutsch-Ostafrika.

Aus Deutsch-Ostafrika wird vom Gouverneur telegraphisch gemeldet, daß in Ruansa am Viktoriasee neuerdings die West auftritt. Nach den eingegangenen Berichten sind bisher vier Todesfälle vorgekommen.

Der Landtag für Oldenburg

erledigte noch dreitägiger Debatte die Novellen zum Einkommen- und Vermögenssteuergesetz in erster Lesung. Das Gesetz von 1906 hatte statt der befürchteten Mindereinnahme von 600 000 M. gleich im ersten Steuerjahre einen Ueberschuß von 688 000 M. erbracht. Die Regierung beantragte deshalb eine weitere Hinaufsetzung der Steuergrenze von 400 auf 450 M. Unsere Genossen forderten: die Grenze auf 500 M. festzusetzen, die Steuersätze bis zu 2000 M. zu

ermöglichen und den Kinderparagrafen wesentlich zu verbessern. Unsere Anträge wurden abgelehnt, nur wurden auf Grund des Kinderparagrafen etwas höhere Abzüge zugestanden. — Anstatt der Besteuerung nach Haushaltungen wurde die Einzelbesteuerung beschlossen.

Ein Antrag, der von der Landtagsmehrheit angenommen wurde, bezweckt die Steuerfreiheit der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Besteuerung der Konsumvereine. Unsere Genossen kündigten für die zweite Lesung einen Antrag auf Steuerbefreiung für sämtliche Genossenschaften an. Die Regierung erklärte, sie werde sich dagegen nicht ablehnend verhalten.

Mit 19 gegen 15 Stimmen wurde die Regierung ersucht, die Einführung einer „Lebigensteuer“ zu prüfen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, bei der Steuerveranlagung der Kriegsveteranen 300 bis 500 M. nicht anzurechnen. Unsere Genossen wandten sich gegen diese Anträge.

Bei der Novelle zum Vermögenssteuergesetz wurde der Regierungsantrag, nach dem die Steuer schon bei 70 000 M. anstatt erst bei 100 000 M. mit 1 für das Tausend einlegen soll, gegen sieben Stimmen abgelehnt. Unsere Genossen stimmten für den Antrag.

Der „Zerleher“.

Am Mittwoch fand in Köln die Repräsentantenwahl der evangelischen Gemeinde statt. Die kirchlich-liberalen erhielten 3200 und die Positivisten 1410 Stimmen. Damit fällt der Jaicho-Partei die Dreiviertelmehrheit in der Kirchenvertretung der evangelischen Gemeinde zu. Es wird angenommen, daß das Wahlergebnis nicht ohne Einfluß auf das gegen den Pfarrer Jaicho schwebende hochnotpeinliche Zerleherverfahren bleiben werde.

„Minderwertige“ Kriegervereine.

Der Bezirkskommandeur in Aachen hat einen geheimen Erlaß ergehen lassen, in dem den Offizieren die Teilnahme an den Monatsversammlungen solcher Kriegervereine geradezu verboten wird, deren Vorsitzende nicht Offiziere sind. Von der Maßregel sind vier Vereine betroffen worden, darunter auch der Kriegsveteranenverein, der unter der langjährigen Leitung des Landtagsabgeordneten für Aachen steht. Die von dem Geheim-Erlaß betroffenen Vorsitzenden sollen sich an das Koblenzer General-Kommando gewandt haben, um die Aufhebung der Maßregel zu erlangen, die in so vornehmer Art die Unterscheidung zwischen „hohwertigen“ und „minderwertigen“ Kriegervereinen trifft.

Der Selbstmord eines Rekruten.

Vor mehreren Wochen verurteilte die Mitteilung der Verzeihungsdienst des Grenadiers Niech vom 3. Garde-Regiment großes Aufsehen. Er hatte sich aus der Mannschafsstube zum Fenster auf den Hofenfenster hinuntergestürzt. Wie es hieß, war er durch Verhandlungen in den Tod getrieben worden.

Bessern wurde der Fall vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division verhandelt. Angeklagt war der Unteroffizier Neuenfeld, der Korporalschloßführer des Niech. Er hatte sich wegen vorchriftswidriger Behandlung Untergebener zu verantworten. Die längere Beweisaufnahme sollte Klarheit darüber ergeben, ob der Angeklagte die Schuld an dem Selbstmord des Grenadiers Niech trägt. Niech war ein guter Soldat, der sich alle Mühe gab, den Anforderungen des Dienstes nachzukommen. Im Januar bekam er eine Furunkel am rechten Arm. Er wurde deshalb auf Revier geschickt und dann vom Außenposten suspendiert. Eines Morgens traten die Mannschaften der Neuenfeldschen Korporalschloß auf dem Korridor zum Stiefelputzen an. Neuenfeld befahl dem Grenadier Große, in die Stube an den Ofen zu gehen und dort zu putzen. Die Tür schloß Niech hinter sich, und während die anderen Mannschaften draußen weiter putzten, befahl er dem G., fortwährend, die Stiefel und die Bürste niederzulegen und wieder aufzuheben. G. will in dieser Weise etwa fünfmal behandelt worden sein. Hierauf mußte er die Stiefel mit Wasser einschrubben, blank machen, dann wieder einschrubben und dies mehrere Male wiederholen.

Sodann wurde auch Niech ins Zimmer gerufen, mit dem das gleiche vorgenommen wurde. Als er dem Unteroffizier erklärte, er könne nicht putzen, da er eine Furunkel habe, erwiderte ihm N. er solle mit der linken Hand putzen. Die beiden Rekruten wurden von den Anstrengungen schließlich ganz rot. Dem N. wurde die Sache schließlich doch zu viel. Er warf plötzlich dem Unteroffizier den Stiefel und die Bürste vor die Füße und rief: „Ja putze nicht weiter. Ja bin doch nicht verrückt!“ In diesem Augenblick trat der Unteroffizier Clause in die Stube. Er erklärte dem N., dieser müsse die Sache zur Medung bringen, er werde sich doch nicht nach ins Gefängnis bringen wollen. Darauf fragte N. den Niech, ob er ihn melden solle, N. erwiderte nicht; er eilte auf die Rechenstube und schürzte sich aus dem Fenster. Der englische Kard noch an demselben Tage an den schweren Verletzungen, die er sich bei dem Sturz zugezogen hatte.

Der Vertreter der Anklage war der Meinung, daß der Angeklagte die Hauptschuld an dem Selbstmord trage, und er beantragte deswegen eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Kriegsgericht war der Überzeugung, daß den Angeklagten ein mittelbares Verschulden an dem Tod des Grenadiers Niech treffe. Zwischen der vorchriftswidrigen Behandlung und dem Selbstmord bestehe ein Kausalzusammenhang und die zufällige Folge der vorchriftswidrigen Behandlung müsse ersahend durch bei Abmessung der Strafe ins Gewicht fallen. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte ein noch junger, unbestrafter Unteroffizier ist, wurde von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen und auf sechs Wochen Mittelarrest erkannt.

Sechs Wochen Mittelarrest für die brutale Vernichtung eines Menschenlebens! Eine unbegreifliche Leistung der Militärjustiz. Und die Leute, die für diese Justiz schwärmen, entrufen sich über die Gerichtsverfahren in der französischen Fremdenlegation!

Oesterreich.

Preussische und sächsische Schmach vor dem Budgetausfluß.

Wien, 15. März. Budgetausfluß. In der Fortsetzung der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern im Ausschuss bestrich Wallis die Frage der Ausweisungen aus dem Deutschen Reich und wandte sich gegen die von Kramarsch vorgelegenen Vergeltungsmassregeln. Bei einer gegenseitigen Anwendung der Ausweisungen würden die Oesterreicher im Deutschen Reich sehr schnell weggelassen. — Pachet erklärte, die Ausweisung stabiler Einmünder aus Oesterreich durch die preussische Regierung würden durch die feindselige Haltung der Arbeiter gegen das Deutsche Reich und gegen dessen Bündnis mit Oesterreich gewiß mit Veranlassung. Warum frage kein tschechischer Medner nach dem Schicksal der österreichischen Staatsangehörigen in der französischen Fremdenlegation?

Beer (Sozialdemokrat) sprach sich gegen den im Staatsboranschlag eingestellten Vorschlag für die Internationale Ausstellung für Hygiene in Dresden aus. Er handelte sich um eine tendenziöse Ausstellung, da die sächsische Regierung den deutschen Gewerkschaften die Ausstellung von Gegenständen der Textilindustrie untersagt habe. — Kemez (Sozialdemokrat) erklärte sich für den weitestgehenden Schutz der Arbeiter gegen die Ausweisung aus Deutschland, doch sei er gegen jede Vergeltungsmassnahmen.

Portugal.

Streikbewegung.

Lissabon, 16. März. Die Arbeiterbewegung nimmt einen großen Umfang an, da viele Arbeiterklassen sich mit den Streikenden von Setubal solidarisch erklären wollen. Es werden große Demonstrationen abgehalten.

England.

Das Flottenbudget.

London, 16. März. Im Unterhaus erklärte der erste Lord der Admiralität Keirna bei der Einbringung des Flottenbudgets, die Debatte am Montag mache es unnötig, sich heute mit der internationalen Politik zu beschäftigen. Das Budget belaufe sich auf 44 Millionen Pfund und man könnte an einem solchen Zeitpunkt eine Anleihe vielleicht für ein nützliches Hilfsmittel halten, aber er wisse darauf hinweisen, wie schädlich eine solche Politik wäre; England müsse eine allen überlegene Flotte nicht nur ein Jahr hindurch erhalten, sondern so lange, als das britische Reich bestehen bleibe, eine Anleihe sei aber nur ein zeitweiliges Hilfsmittel. Das Budget entpfehle den Bedürfnissen der Flotte für ein Jahr und seine Ausgaben müßten daher aus den Einkünften des Jahres bestritten werden. (Weisfall der Ministerialen.)

Rußland.

Ein schmerzlicher Dube.

Im Laufe der Abend Sitzung der Duma am Mittwoch wurde die Interpellation über die Vorgänge an den Hochschulen erörtert. Das Mitglied der äußersten Rechten Dbrassow sprach über die Frauenhochschulen und beschimpfte die Hörerinnen, indem er behauptete, daß sie während der Revolutionzeit sich zu Hunderten trunkenen Matrosen angeboten hätten, um ihre Propaganda erfolgreich zu betreiben. Diese Worte riefen leidenschaftliche Proteste auf der linken Seite des Hauses hervor. Man hörte die Rufe: Herunter mit dem Schuft! und es entstand ein fürchterlicher Lärm, der sich trotz aller Versöhnungsversuche des Präsidenten immer mehr steigerte. Als Dbrassow weiter zu reden versuchte, forderte ihn der Präsident auf, die Tribüne zu verlassen, da die einstündige Medesitzung verfloßen sei. Dies rief auf den Wänden der Rechten einen Sturm hervor. Der Präsident schloß die Sitzung unter großem Lärm. Mitglieder der Linken und der Rechten eilten zur Medesitzung, doch die Beamten des Hauses stellten sich dazwischen und verbotenen einen Zusammenstoß. Erst als die elektrische Beleuchtung abgestellt wurde, verließen die Deputierten allmählich den Saal.

China.

Der Konflikt mit Rußland.

Peking, 16. März. Die Regierung kündigte an, daß sie bereit sei, der Errichtung der Konsulate unabhängig von der Regelung der Pölle zuzustimmen, die gesondert erörtert werden können. Ebenso werden sie bemüht sein, die unangenehm empfundenen Monopole einzuschränken. Die Bevölkerung beginnt sich mit der Führung der auswärtigen Politik unzufrieden zu zeigen. Die Provinzialversammlungen verlangen dringend die Einberufung einer Reichsversammlung, die zahlreichen Anhänger von Huanhschik befürworten seine Rückberufung.

Amerika.

Verschlechterung der amerikanisch-mexikanischen Beziehungen.

London, 16. März. Die offizielle Antwort Mexikos auf ein Verlangen nach Auslieferung zweier auf mexikanischem Boden verhafteten Amerikaner liegt noch nicht vor, doch verlautet, sie werde ablehnend sein. Beide Regierungen stützen ihre Haltung auf offizielle Berichte. Augenscheinlich ist auch die Landesgegendigkeit des Gebiets, wo die Verhaftungen vorgenommen wurden, strittig. Angeblich befinden sich viele andere Amerikaner in mexikanischen Gefängnissen. Viele davon sollen unschuldig sein. Die Mütter erklären, die Hinrichtung der gefangenen Amerikaner, wie Rimantour angedeutet habe, würde einen solchen Enttäuschungsturm entfachen, daß die Truppen nicht diesseits der Grenze zu halten wären.

Die Lage in Mexiko.

New York, 16. März. Nach einem Telegramm aus der Stadt Mexiko hat der permanente Ausschuss des Kongresses einstimmig die Vorlage angenommen, welche die konstitutionellen Garantien für die Dauer von sechs Monaten aufhebt.

Mexiko, 15. März. Die Regierung veröffentlicht einen Bericht über die Niederlage der Insurgenten bei Casas Grandes, der besagt, daß 57 Mann gefallen seien. Die gefangenen Ausländer würden human behandelt werden.

Die Auffständigen nahmen nach zweitägigem Kampfe Taurus ein.

Soziales.

Ausbeutung von Ausländern!

Zu Tausenden strömen jetzt wieder die polnischen „Sachlengänger“ ins Land, und an der Grenze ist der Sklavenmarkt in vollem Gange. Die Hauptperson auf diesem Markte ist der Agent. Alle Sachlengänger sind sich darüber klar, daß diese Agenten eine wahre Plage sind. Das zeigen auch die Ausführungen des durchaus konservativen v. Stoltenin, der die Frage der Saisonarbeiter in der Landwirtschaft gründlich bearbeitet. Dabei treiben diese Elemente ihr Wesen unter den Augen der preussischen Behörden!

In Galizien und Rußisch-Polen grassieren diese Agenten heute schon viel weniger. Der Hauptgrund ist, daß die Arbeiter mit der Zeit etwas Erfahrung gesammelt haben und in der Heimat sich nicht mehr so leicht für das Glend in Preußen-Deutschland einfangen lassen. Es ist vorgekommen, daß Agenten, die gar zu frech logen, in den polnischen Dörfern von erfahrenen Sachlengängern überführt und windelweich geschlagen wurden. Deshalb wenden sie heute ein anderes System an. Sie werden keine Arbeiter jenseits der Grenze an, sondern lassen sie ohne Vertrag nach Deutschland locken und warten, bis die Leute nach Preußen kommen. Der Hustrom ist gewaltig. Viele Tausende von Arbeitern kommen nach den Grenzorten und die Agenten, die schon im voraus Bestellungen auf die Menschenwaare erhalten haben, suchen sich nun „das Material“ aus. Auch soweit die Unternehmer sich an die durch die Legitimationskartengelder gespeiste Feldarbeiterzentrale wenden, geschieht die Anwerbung durch Agenten. Denn die Zentrale arbeitet überall mit diesen. So bleiben die Agenten Herren der Lage, und nur der immerhin geringe Teil von Arbeitern, die auf die gleichen Gutshöfe zurückgehen, auf denen sie im vorigen Jahre arbeiteten, kann sich diese Elemente vom Hals halten. Das Legitimationskartensystem hat das Uebel in hohem Grade verschlimmert. Denn jetzt ist der Arbeiter gar nicht mehr in der Lage, sich in Deutschland Arbeit zu suchen, wo es ihm paßt; der Gendarm läßt ihn den Grenzort nicht passieren, bevor er die Karte hat, und diese ist nur durch den Agenten zu haben.

Marktplätze dieses Menschenhandels sind fast alle Grenzorte. Die Hauptstapelplätze aber sind die Knotenpunkte der

Eisenbahnen: Myslowitz, Kattowitz, Kreuzburg, Osnabrück, Thorn.

Im dringenden Interesse der ausländischen Arbeiter selbst liegt es, Deutschland fernzubleiben, denn die Versprechungen der Agenten sind in vielen Fällen lediglich Vorspiegelungen und die ausländischen Arbeiter, die sich zur Annahme von Arbeit in Deutschland haben verleiten lassen, fühlen sich hernach recht- und schuldlos. Entgegen den Staatsverträgen anerkennen die Behörden ein Recht der ausländischen Arbeiter auf Aufenthalt in Deutschland nicht. Verlust des sauer erarbeiteten Verdienstes, Verhaftung und Ausweisung ist in vielen Fällen das Los von Arbeitern gewesen, die im Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit sich nach Deutschland locken ließen und denen der Arbeitgeber das nicht zahlte, wozu er nach Ansicht der Arbeiter auf Grund des Vertrages verpflichtet war. Die ausländischen Arbeiter werden in Deutschland als rechtlose Lohnbrüder gegen die Bestrebungen der deutschen Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen mißbraucht.

Ausländische Arbeiter, deren Rechte in Deutschland mißhandelt wurden, haben die Kunde von der rechtlosen, traurigen Lage der ausländischen Arbeiter nach ihrer Heimat gebracht. Es mißlingt infolgedessen und dank der Aufklärung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie der Versuch, Arbeiter aus den Grenzdistrikten nach Deutschland zu locken. Sie werden jetzt aus entfernter liegenden Gegenden nach den Grenzorten gelockt und sind — dort angekommen — der schlimmsten Ausbeutung preisgegeben.

Dringend ist deshalb erneut vor dem Zug nach Deutschland zu warnen. Die ausländischen Arbeiterbrüder sollten ihre aufklärende Arbeit nicht auf die Grenzdistrikte beschränken. Haben Arbeiter Verträge, wie sie von der deutschen Feldarbeiterzentrale benutzt werden, abgeschlossen, so sind sie in Deutschland völlig rechtlos, weil entgegen den Staatsverträgen ihnen sofort die Ausweisung droht, sobald sie mit ihrem Arbeitgeber in Konflikt kommen, und weil die Verträge, wie wir wiederholt dargelegt haben, geradezu eine Prämie auf Vertragsbruch des Arbeitgebers setzen.

Arbeitsverdienst und Lebenshaltung.

Zu den Hilfsteuhen des Unternehmers- und Agriariats, die dieses in seinen arbeiterfeindlichen Bestrebungen nach Kräften unterkriegen, zählt neben einer Reihe von superfluen Ernährungsphysiologen eine ganze Schar von Gewerbaufsichtsbearbeitern, über deren tiefgründige volkswirtschaftliche Weisheit in Arbeiterkreisen man sich oft genug schon gewundert hat. Der Unternehmer ruft staunliche Hilfe mit Maschinengewehren herbei, wenn die Arbeiter durch die künstliche Belastung der Lebenshaltung infolge der indirekten Steuern und besonders tiefe Löhne zu einem Streik getrieben werden. Mancher Ernährungsphysiologe und Gewerbeaufsichtsbearbeiter warnt ihn als ergebenster Diener auf. Solche Kräfte preist das Unternehmertum als unerschöpfbare wissenschaftliche Gruben oder hervorragende Sachleute. Diese Herren sollen dann, mit wie wenig ein Arbeiter auskommen kann. Da wird in einer vom kaiserlichen Gesundheitsamt herausgegebenen Schrift eine Anweisung gegeben, wie der Arbeiter durch größere Sparfamkeit im Essen sich seinen Hungerlöhnen anpassen kann. Man schlägt ihm folgende Kost vor, die den Nährbedarf eines Mannes pro Tag mit 58 Pfennig decken soll: 600 Gramm Roggenbrot, 500 Gramm Magerfleisch, 400 Gramm Kartoffeln, 150 Gramm mittelfettes Rindfleisch, 150 Gramm Erbsen, 40 Gramm Reis, 35 Gramm Schmalz, 20 Gramm Roggenrölle. Es ist zum Glück nicht gesagt, welche Qualität beim Einkauf zu bevorzugen ist; man kann sie bei einem Gesamtaufwand von 58 Pfennig bei diesen teuren Zeiten ungeschädigt denken. Die Herren im kaiserlichen Gesundheitsamt würden bei dieser Art „Nahrung“ wahrscheinlich nicht lange gesund bleiben, aber für den Arbeiter muß natürlich zu Ruh und Frommen der Unternehmer irgend eine tiefe Lebenshaltung erfinden werden. Damit soll man denn sonst die plausiblen Klagen von sozialistischer Seite im Parlament und in der Presse widerlegen? Etwas vernünftiger ist schon der Physiologe Paul Romberg, der in seinem Buche „Das Nahrungsproblem“ sich doch immerhin schon auf 62 Pf. im Durchschnitt für den Ernährungstag eines Erwachsenen aufschwimmt. Ja er gewinnt es sogar über sich zu erklären, daß dabei nur die Berücksichtigung der allernotwendigsten Stoffe erfolgt und die Ausgaben für Genussmittel, wie Kaffee, Bier, ganz außer acht gelassen“ seien. Er gibt auch ferner zu, daß bei einer Ausgabe von 74 Pf. der „Fleischkonsum starker“ werde! Das stellt er 1904 fest. Und wie verhält sich diese schöne theoretische Darlegung zu den heutigen Preisen? Die Beantwortung dieser Frage müßte das Unternehmertum schon matt setzen.

Aber wir wollen nur einmal fragen: Wie verhalten sich diese Nahrungsmittelvorschläge zu den heutigen Erwerbverhältnissen? Nach einer uns vorliegenden Statistik über den Wochenverdienst von Ehemännern in Hildesheim verdienten über 24 M. nur 0,8 Prozent von den Arbeitern, von 21—24 ganze 2,1 Prozent, 15—21 verdienten erst 5,7 Prozent, in der Klasse von 15—18 M. befanden sich 13,1 Prozent Ehemänner, dann steigt die Prozentzahl rapide mit dem Einkommen des Lohnes: 12—15 M. Wochenverdienst erzielen 25,1 Prozent, bis 12 M. aber 43,2 Prozent! Also die überwiegende Mehrzahl dieser Ehemänner verdient nur bis zu 12 M. die Woche, das sind pro Tag noch nicht 1,72 M. Kinder sind bekanntlich der „Segen des Himmels“. Besteht die Mehrzahl der mit dieser Bezeichnung bezeichneten diesen Segen bloß in einfacher Gestalt, dann muß er selbst bei dem Reiz der kaiserlichen Gesundheitsamtes Forderung stehen! Es bleibt ihm tatsächlich nicht einmal zur Befriedigung des allereinfachsten, des notwendigsten Existenzbedürfnisses, der Nahrung, der erforderliche Unterhalt. Wo bleiben nun Wohnung und Kleidung? Wo bleibt die geringste Rücklage für die Zeit von Not und Krankheit?

Bei der vorstehenden Rechnung ist der Gehalt von 12 M. zugrunde gelegt. In verschiedenen Industriezweigen der Opperländer Gegend aber schwankt der Wochenlohn zwischen 6,72 M. bis 11,25 M. Wie ist es möglich, bei einem derartigen Verdienst überhaupt zu existieren? Für 6,72 M. frist ja unter Umständen der Jagdhund eines Großagrarierers pro Woche! Aber man täuscht sich, wenn man glaubt, das kaiserliche Gesundheitsamt habe mit seinen 58 Pf. einen Befehl nach unten hin aufgestellt. Dies Verdienst gebührt einem Gewerkeinspektor für den Bezirk Kottbus, der die notwendigen Jahresausgaben für eine Familie von vier Personen auf 857 M. berechnet, und zwar Miets jährlich 82 M., Heizung 50 M., Kleidung und sonstige Ausgaben 80 M., Essen und Trinken pro Person wöchentlich 3 M., also pro Tag noch nicht ganze 48 Pf. Das sind Zahlen, bei denen einem schwindelig werden kann vor lauter Hunger, die aber zugleich auch den fürchterlichen Beweis erbringen für die unglaubliche Ausbeutung der arbeitenden Massen, deren Unterernährung in Anbetracht der heutigen exorbitant hohen Nahrungsmittelpreise bei diesen Löhnen gar keine Frage sein kann. Und 42 Proz. der preussischen Staatsbürger haben gar ein Einkommen unter 600 M.

Gewerkschaftliches.

Die Behandlung des ausländischen Landarbeiters in Deutschland.

Es lohnt sich, hin und wieder die amtlichen Zeitschriften der preussischen Landwirtschaftskammern durchzublätern. Wenn sie in der Regel auch nicht gerade Dokumente der Kultur sind, „Kulturdokumente“ sind sie doch oft. Behandelt wird heute der landwirtschaftliche Arbeiter immer noch am liebsten wie der chinesische Kuli; nur daß er noch etwas mehr Lohn bekommt und nicht allein mit der Reispflanze kommandiert werden kann, tut den Herren von Ar und Galm leid. Aber im übrigen genießt, wie schon gesagt, der Landarbeiter genau dieselbe Verachtung wie der Kuli, der entrechtete und ausgebeutete aller Proletarier der Welt.

So steht in der neuesten Nummer des Organs der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg das folgende schöne Inzerat:

Land- und Industriearbeiter wie polnisch-russische, Ruthenen und Galizier liefert die Firma Pepsin & Co. Kommanditgesellschaft Pommern.

Die „Lieferung“ von polnisch-russischen, ruthenischen und galizischen Land- und Industriearbeitern scheint demnach in der Redaktion der amtlichen Zeitschrift der brandenburgischen Landwirtschaftskammer etwas Alltägliches zu sein. Es kann nicht einmal angenommen werden, daß es sich hier um eine einmalige Entgleisung handelt, diese Behandlung des Landarbeiters ist Selbstverständlichkeit.

Dies beweist auch die folgende schwarze Liste „Kontraktbrüchiger“ Landarbeiter, die in derselben Nummer des amtlichen Organes, das noch nicht einmal zu den offtelblichsten seiner Art gehört, veröffentlicht wird.

Das Schriftstück sieht folgendermaßen aus:

Nachweisung der im Januar 1911 zur Kenntnis des Arbeitsamtes der Landwirtschaftskammer gelangten Kontraktbrüche in landwirtschaftlichen Betrieben der Provinz Brandenburg.

Nr.	Kontraktbrüchiger	Stand und Name	Alter	Jahrgang	Wohnort	Art des Kontraktbruchs	Ursache des Kontraktbruchs	Bemerkung
1.	24.11.	Großh. A. Deutschmann	16	Jahrgang	Nieder-Zellow	—	—	Strafverfolgung eingeleitet.
2.	1.1.	Knecht G. Bengler	30	Jahrgang	—	—	unbef.	—
3.	2.1.	Knecht W. Kimmus	18	Jahrgang	Wes-ternberg	—	unbef.	—
4.	6.1.	Hütterer Gust. Schmidt	36	Jahrgang	Wes-ternberg	—	unbef.	—
5.	13.1.	Knecht Joh. Gugowski	23	Jahrgang	Tellow	—	unbef.	—

Die Polizei- und Gemeindebehörden werden ersucht, geeignete Maßnahmen zur Ermittlung der Personen mit unbekanntem Aufenthaltsort zu treffen und Nachrichten darüber sogleich an das Landratsamt und an das Arbeitsamt, Köpenickerstraße 94, Berlin, gelangen zu lassen. Die Herren Landwirte wolle in eigenem und öffentlichem Interesse jeden vorkommenden Fall von Kontraktbruch dem Arbeitsamt mitteilen, welches das weitere veranlassen wird.

Berlin. Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg.

So wird dann hinter 18 und 20-jährigen jungen Leuten hergezagt, die erst aus einer weltfernen Gegend „geliefert“ worden sind, und natürlich in der Regel gar keine Ahnung von der verzwickten preussischen Antiausländergesetzgebung haben, die nur zu dem Zwecke eingerichtet worden ist, die Landarbeiter zu Sklaven ihrer Herren zu machen.

Berlin und Umgegend.

Die Holzarbeiter in der Tischbranche, Tischler, Polierer, Maschinenarbeiter, Teilarbeiter sowie die ungelerten Hilfsarbeiter, versammelten sich am Sonntag vormittag im „Englischen Garten“ zur Besprechung der Lage im Gewerbe. Klingner referierte über die Verhältnisse der Tischfabrikanten, in den eigenen Reihen eine Ordnung, die durch die Schmutzkonkurrenz bedroht ist, aufrecht zu erhalten. Sie wollten grundlegende Preise für die gangbaren Muster durchsetzen, was sich aber praktisch als nicht durchführbar erwies. Sie haben auf ihrer kürzlich abgehaltenen Tagung einen „Arbeitsausschuß“ eingesetzt, der Vorschläge machen soll, was am besten zu tun sei. Früher wurden die Tagungen der Unternehmer hauptsächlich mit Schimpereien über die Gesellen ausgefüllt. Das hat aufgehört, man hat eingesehen, daß die Gesellen den Gang der Entwicklung nicht beschleunigen, die auf der einen Seite große Betriebe mit allen modernen Einrichtungen hervorbringt und auf der andern die vielen kleinen Meister mit einem oder zwei Gesellen und mit Lehrlingen übrig läßt. Der Krieg mit den Möbelhändlern hat die Lage für Berlin verschärft. Berlin wird von den Händlern boykottiert; massenhaft kommen Möbel aus der Provinz, die sonst hier hergestellt wurden. Die Zahl der Arbeitslosen ist dadurch sehr groß geworden. Die Arbeiter sind durch die Entwicklung der Dinge ebenfalls in eine schwierige Situation geraten, wie aus dem Bericht der Branchenkommission, den Keding erstattete, hervorgeht. Durch die immer weiter schreitende Teilarbeit mehrt sich die Zahl der ungelerten Arbeiter in den Fabriken. Ungelerte Tischler werden vielfach entlassen und Teilarbeiter dafür eingestellt; die Arbeitslöhne sinken. Mit der Frauennarbeit, die häufig zur Verwendung kommt, müssen die gelerten Arbeiter wie die ungelerten rechnen. Da sich manche Gegenstände dadurch ergeben haben, daß die gelerten Arbeiter dem Holzarbeiterverbände, die ungelerten aber dem Transportarbeiterverbände angehören, haben die Verbände eine Verständigung miteinander gesucht. Vertreter des Transportarbeiterverbandes waren anwesend. In einer Ansprache begrüßte ein Vertreter die Annäherung einer Verständigung und wies auf die Metallindustrie hin, in der auch die Hilfsarbeiter eine große Rolle spielen. Man werde hoffentlich zu einer Regelung der Verhältnisse kommen können, die im beiderseitigen Interesse liegt. — Die gemachten Vorschläge zielten darauf hin, daß ein Mindestlohn eingeführt werden sollte, daß der Arbeitsnachweis regelmäßig in Anspruch genommen werde und daß der Beitrag zum Holzarbeiterverband für diejenigen ermäßigt werde, die nur 21 oder 24 M. pro Woche verdienen. Diese Vorschläge wurden der eingeleiteten Kommission überwiesen, die auch in bezug auf Verhandlungen mit den Unternehmern Vollmacht erhielt.

Berichtigung. Zu dem Bericht über die Versammlung der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter ist richtig zu stellen, daß die Firma Niemann ihren Sitz nicht in der Wustenhäuser Straße, sondern in der Kommandantenstraße hat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverb. Berlin.

Der Streik der Schilderhammer und Helfer dauert unverändert fort. Eine zufriedenstellende Verständigung bei den Firmen Otto Grund u. Co., Wassergrube 2; Wilhelm Bartel, Wollensmarkt 1; Koch u. Bein, Ritterstr. 40; P. Eplinius, Schützenhauser Straße 12; P. Sonntag u. Co., Soyenstraße 11; Schmiedel, Linstr. 42; Worfendorf, Schöneberg, Hauptstraße 9; R. Pötsch, Alte Jakobstr. 72; Rogosch in Firma Berant. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil vorant. Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Leichert u. Planer, Schilderstr. 5; Paul Voigt, Neue Königstr. 42; Wils Numpff, Lietzstr. 151a; Otto Krause, Dresdener Straße 77, konnte bisher noch nicht herbeigeführt werden, abgesehen von einigen unerbildlichen Ausprüchen, die hin und wieder bei einigen Vereinsmitgliedern stattgefunden haben. Bei den Firmen Otto Grund u. Co., Wils. Bartel und R. Pötsch ist die „Ginge-Garde“ in Aktion getreten. Da General Ginge bekanntlich durch eine längere Leihung vom Wirkungsort ferngehalten wird, so wird er bei diesem Streik von dem Obergelehrten Kaczmarek vertreten. Sämtliche Arbeitswillige dieses Schlags sollen mit Revolvern, Gummischläuchen und Schlagringen ausgerüstet sein.

Die Polizei gibt sich wie üblich die erdenklichste Mühe, diese Helben zu schützen.

Die Schilderhammer ersuchen die organisierte Arbeiterschaft und die Herren Geschäftsinhaber und vor allem die Herren Restaurateure nochmals, doch darauf zu achten, daß Schilderarbeiten nur von organisierten Arbeitern ausgeführt werden. Annahmer und Helfer, die bei Firmen arbeiten, die den Lohnvertrag anerkennen, befinden sich im Besitze einer roten Legitimationskarte.

Zur bevorstehenden Lohnbewegung in der Damenkonfektion.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen entfaltet in den verschiedenen Stadtteilen Berlins eine lebhafteste Agitation, um endlich einmal auch unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Damenkonfektion der Organisation die Stärke zu verschaffen, die zu einer gründlichen Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse notwendig ist. Diesem Zwecke diene auch eine öffentliche Versammlung der Mitglieder auf dem Wedding, die am Montag bei Hoffmann in der Papestrasse Straße stattfand. „Was können die Mitglieder für die bevorstehende Lohnbewegung in der Damenkonfektion tun?“ so lautete die Frage, über die der Referent Sabath sprach. Es ist ja bekannt, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Damenkonfektion so erbärmlich sind, daß eine Verbesserung und tarifliche Regelung dringend notwendig ist. In anderen Branchen ist es dem Schneiderverband in den letzten Jahren in immer größerem Umfang gelungen, solche Verbesserung und Regelung zu schaffen, z. B. in der Herrenmodebranche, in der Kostümschneiderei und auch in der Herrenkonfektion, sogar in großen Bezirken mit zum Teil ländlicher Bevölkerung, wie im südwestdeutschen Lohngebiet, wo es im verflochtenen Jahre gelang auf die Macht der Organisation gelang, ohne Kampf einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, der recht ansehnliche Verbesserungen der Lohnverhältnisse brachte. An anderen Orten waren die Lohnbewegungen mit großen Kämpfen verknüpft, aber auch in diesen Fällen blieb der Erfolg auf Seiten der Arbeiterschaft. In mancher Hinsicht bilden die Zustände in Berlin ein Hindernis des Fortschritts im Reiche, wo die Konfektionäre bei Lohnforderungen der Arbeiterschaft immer wieder erklären, daß sie die Arbeit in Berlin viel billiger hergestellt erhalten. Hier in Berlin haben die Preisdrücker einen solchen Umfang angenommen, daß sich auch unter den Zwischenweilern die Leberzeugung geltend gemacht hat, daß es so nicht weitergehen könne, und daß sie gemeinsam mit der Arbeiterschaft für eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sorgen müßten. Die Grundbedingung, um etwas zu erreichen, ist natürlich eine starke Organisation auch unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Damenkonfektion. Der Schneiderverband kann eine Lohnbewegung nur dann mit vollem Erfolg durchzuführen, wenn ein ernstes Bollen und ein fester Zusammenschluß in der Branche vorhanden ist. In der Arbeit, dies Ziel zu erreichen, müssen die Mitglieder gewissermaßen die Pioniere sein. Sie sind vermöge ihrer Stellung im Produktionsprozess am besten in der Lage, die Arbeiterinnen und übrigen Arbeiter der Damenkonfektion auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam zu machen, und sie haben ein persönliches Interesse daran, weil auch die notwendige Verbesserung ihrer eigenen Verhältnisse nur in gemeinsamem Streben mit der großen Masse der Konfektionsarbeiterin erzielt werden kann. — Diese Leberzeugung wurde auch in der Diskussion lebhaft hervorgehoben, und es zeigte sich, daß die Versammelten ernstlich entschlossen waren, mit aller Kraft für die Sache einzutreten.

Zur Aussperrung der Rauchwarenzurichter.

Die durch einen schönen Vertragsbruch des Arbeitgeberverbandes herbeigeführte Aussperrung der Rauchwarenzurichter in Berlin, Lindenau, Markranstädt, Nöthau und Saldenau dauert fort. In Hamburg gelang es, eine Einigung zu erzielen, und wurde dort am 7. März die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Zurichtereibesitzer werden bei dieser Aussperrung von den Rauchwarenhändlern insofern unterstützt, als deren Vorstand seine Mitglieder aufgefordert hat, mit Rücksicht auf die zurzeit bestehende Aussperrung möglichst lange Lieferungsfristen zu gewähren. Wenn auch die Rauchwarenhändler stets auf schnelle Erledigung ihrer Aufträge drängen, so benutzen sie die diesjährige Aussperrung zu doppeltem Zweck. Einmal, um sich ihren Klagengegnern in Arbeitgeberverbände der Rauchwarenzurichtereibesitzer gegenüber, solidarisch zu zeigen, dann aber auch, um möglichst zu vermeiden, daß frische Ware auf den Markt kommt, um so den in letzter Zeit fast allgemein eingetretenen Preisrückgang der Rauchwaren abzuwehren und dadurch in die Lage zu kommen, die durch den schlechten Verkaufsgang des letzten Winters unverkauften alten Läger ohne Verlust umzuwerfen.

Unter Vorsitz des Herrn Stadtrat Joppf-Leipzig fanden am 21. Februar die ersten Einigungsbehandlungen statt, die aber zu keinem Resultat führten. Auch bei der weiteren Verhandlung am 2. März wurde eine Einigung nicht erzielt, weil die Arbeitgeber es rundweg ablehnten, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in das Vertragsverhältnis einzubeziehen und weil sich der Vertrag nach Ansicht der Arbeitgeber nur auf die Betriebe erstrecken soll, in denen nicht mit Juristensystemen gearbeitet wird. Die ausgesperrten Gehilfen erachteten es für ihre Ehrenpflicht, nicht ohne die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen einen Vertrag abzuschließen resp. die Arbeit aufzunehmen.

Da die Aussperrten fest zusammenstehen und Arbeitswillige sich bis heute in der ersten bzw. achten Aussperrungswoche sehr wenig gefunden haben, so wird es auch gelingen, das brutale Vorgehen der Unternehmer abzuschlagen. Die Aussperrung erstreckt sich auf circa 80 Proz. aller Rauchwarenzurichter Deutschlands.

Der Streik der Schuhmacher bei der Firma Zeiser u. Co., Neue Königstr. 99, ist durch neue Verhandlungen beigelegt worden. Diese wurden herbeigeführt durch die Arbeitsniederlegung der Ballschuhmacher, welche sich mit den übrigen Kollegen solidarisch erklärten und ebenfalls Forderungen einbrachten. Da diese nur minimaler Natur waren, wurden dieselben zum größten Teil bewilligt. Im Anschluß an diese Verhandlung wurden die Lohnforderungen der anderen Kategorien einer nochmaligen Prüfung unterzogen. Am meisten drehten sich die Verhandlungen um die Lohnforderungen der Zwicker. Diesen sollte eine Gesamtzulage von 20 Pf. pro Duzend gewährt werden, doch konnten sie sich hiermit nicht zufriedustellen. Bei einer weiteren Verhandlung erklärte sich der Inhaber der Firma bereit, für die Zwicker bessere Einrichtungen zu schaffen, indem er diesen sehr zeitraubende Nebenarbeiten, wie beispielsweise das Verleihen der Brandsohlen, abnehmen und von anderen Arbeitern ausführen lassen wolle. Darin erklärten die Streikenden eine wesentliche Besserstellung und stimmten den diesbezüglichen Abmachungen zu. Die Arbeit wird daher am Montag wieder in vollem Umfang aufgenommen.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Oberschiffer.

Der Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt und der verwandten Gewerbe (Ortsgruppe „Oder“) hat dem Deutschen Transportarbeiterverband mitgeteilt, daß er zur Verhandlung bereit sei. Die Verhandlungen finden am 24. März in Berlin statt.

Achtung, Steinseher! In Lehe, Geestemünde und Bremerhaven sind wegen des Tarifabschlusses erste Differenzen ausgebrochen. — Die Kollegen werden deshalb dringend ersucht, diese Orte so lange

zu meiden, bis die Differenzen beigelegt sind und dies vom Unterzeichneten bekannt gegeben wird.

Der Zentralvorstand.

Die Aussperrung der Chemnitzer Metallarbeiter.

Eine Verschärfung des Tarifkampfes der Former und Gießerarbeiter in Chemnitz ist durch folgenden Aussperrungsbeschluss der Chemnitzer Metallindustriegehilfen herbeigeführt worden, der am Dienstag gefaßt wurde. Er hat folgenden Wortlaut:

„Wenn die Former und Gießerarbeiter Montag, den 20. d. M., früh die Arbeit nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen haben sollten, werden zunächst 50 Proz. der Belegschaft am gleichen Tage abends ausgesperrt, soweit nicht einzelne Firmen wegen Gutmangels zu größeren Aussperrungen genötigt sein sollten.“

Der Wortlaut des Beschlusses läßt sofort den Herrenstandpunkt erkennen, den die Industriegehilfen von Chemnitz bisher immer angenommen haben und der die Arbeiter der Metallindustrie in Scharen dem Metallarbeiterverband und schließlich auch zur Forderung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse getrieben hat. Da etwa 28 000 Arbeiter in der Chemnitzer Metallindustrie beschäftigt sind, so können bei der beschriebenen Aussperrung 14—15 000 Arbeiter in Betracht.

Die Arbeiterschaft wird sich aber durch diesen Schreckschuß der Unternehmer nicht beirren lassen; damit wurde schon gerechnet. Der Beschluss bestätigt nur die Wichtigkeit der Rechnung der Arbeiterschaft. — Auch die Wohnungsfrage wird bei dieser Bewegung mitberührt. Die Sächsische Maschinenfabrik hat ein sogenanntes „Arbeiterheim“, eine Kolonie von Arbeiterwohnhäusern gebaut und in Verwaltung, in dem einige ihrer „Arbeiter die „Wohltat“ genießen, zu wohnen. Sie hat nun damit begonnen, die dort wohnenden Ausländer mit der Kündigung der Wohnungen für zu machen; sie wirft also die Arbeiter aus dem „Heim“, die Wohltat wird sonach zur Plage und das Verhalten der Verwaltung verweist die Arbeiter auf die Wichtigkeit dieser Wohltat hin, die selbstverständlich im Unternehmerinteresse ausgenutzt wurde und wird. — Die Fabrik- und Modellistischer haben zu der gegenwärtigen Lage Stellung genommen und den Streikenden ihre Sympathie ausgedrückt; auch sie gewinnen indirekt, wenn die Bewegung zugunsten der Streikenden endet.

Ausland.

Das zweite Osborneurteil.

London, 13. März 1911. (Fig. Ver.)

Vor einiger Zeit gewann Herr Osborne, wie hier berichtet wurde, in zweiter Instanz einen Prozess, den er gegen die Gewerkschaft der Eisenbahner wegen seines Ausschlusses und der Auslösung seiner Sektion angestrengt hatte. Es handelte sich eigentlich nur um die vorhergehende Entscheidung, ob seine Angelegenheit vor den Gerichten des Landes nach den Bestimmungen des Gewerkschaftsgesetzes lagbar sei. Die zweite Instanz bejahte dies, und damit war die Klage so ziemlich zu seinen Gunsten entschieden, wenn nicht die Lord Lords den Beschluss der Richter umstoßen sollte. Der Exekutivsausschuß der Eisenbahnergewerkschaft hat nun beschlossen, von einem Rekurs abzusehen. Damit kommt Herr Osborne in eine wenig beneidenswerte Lage. Wie erinnerlich sein wird, sprachen damals die Richter die Ansicht aus, daß Herr Osborne wohl wegen seines unrechtmäßigen Ausschlusses klagen könne, aber wie alle anderen Mitglieder der Gewerkschaft kein gesetzlich gewährleistetes Recht auf Unterstellungen besitze. Die Eisenbahner geben Herrn Osborne nun die Wahl: entweder tritt er aus, oder er bleibt Mitglied, bezahlt seine Beiträge und bezieht seine Unterstellungen. Man fragt sich nun, was wird der nächste Zug der Weiser der vollen Kraft sein, aus denen Herr Osborne so reichlich schöpfen kann.

Letzte Nachrichten.

Die Nachwahlen in Böhmen.

Wien, 16. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die heutige Reichsratswahl in den beiden böhmischen Wahlbezirken Wardsdorf und Hartmanitz endete mit dem Siege der bürgerlichen Kandidaten. In Wardsdorf wurde der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien Langenhan mit 4736 Stimmen gewählt, in Hartmanitz siegte der Nationalist Paulik mit 4984 Stimmen. Mann für Mann stimmten die bei der Hauptwahl ausgefallenen Christlich-sozialen für die in der Stichwahl stehenden deutsch-bürgerlichen Kandidaten. Insofern Genossen gelang es, die in der Hauptwahl aufgetragenen Stimmen aus eigener Kraft noch um ein beträchtliches zu vermehren. In Wardsdorf stieg unsere Stimmzahl von 4125 auf 4240, während in Hartmanitz gegenüber 4090 Stimmen bei der Hauptwahl diesmal 4203 Stimmen auf unseren Kandidaten entfielen. Der Stimmengewinn ist um so erfreulicher, als die Gegner den stärksten Terrorismus ausübten. In dem industriellen Wardsdorf versuchten es die Fabrikanten, in dem agrarischen Hartmanitz Fürst Schwarzenberg, der größte Grundbesitzer des Landes, durch wirtschaftlichen Druck die proletarischen Wähler zu beeinflussen.

Kriegerische Erfolge der Türken.

Frankfurt a. M., 16. März. (W. Z. V.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Salonik: Dem Zentralkomitee wird vom Kriegsschauplatz in Jemen gemeldet: Die Truppen gingen gegen Ischahir, Epha und Hujjele vor und trieben die Araber überall in die Flucht. Die Maschinengewehre richteten unter den Arabern große Verheerungen an. Die Araber verloren in den letzten zwei Gefechten zweihundert Mann, die türkischen Truppen vierzig Tote. Der Scheich Jahia soll auf englisches Gebiet geflohen sein. Die telegraphische Verbindung zwischen Hodeida und Sanaa ist wiederhergestellt.

Aus der französischen Arbeiterbewegung.

Paris, 16. März. (W. Z. V.) Der Zustand der Bodarbeiter ist, nachdem eine Verhandlung zwischen beiden Parteien eine Verständigung erzielt worden ist, beendigt worden. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen worden. Dagegen droht in Brest der Ausbruch einer Streikbewegung, wo die Arbeiter wegen der Entlassung einer Anzahl Hilfsarbeiter Einspruch erhoben haben. Es hat bereits eine Kundgebung vor der Marinepräfektur stattgefunden.

Verhaftung einer internationalen Diebesbande.

Paris, 16. März. (W. Z. V.) Die Sicherheitspolizei hat eine Bande von sechs internationalen Dieben festgenommen, die seit langer Zeit von den Staatsanwaltschaften in Paris, Brüssel, Mailand und Berlin gesucht waren. Der Führer der Bande, ein gewisser Broc, besaß eine ganze Kassenschießwaffe. Die Bande hatte im Ausland, namentlich in der Rheinprovinz, bedeutende Diebstähle ausgeführt und die erbeuteten Wertgegenstände durch ihre Genossen in Frankreich veräußert lassen.

Unfall eines französischen Unterseebootes.

Rochefort, 16. März. (W. Z. V.) Das Unterseeboot „Loutre“, das auf der Höhe von La Pallice gestrandet hatte, wurde von einem Fischerboot gerettet und fest gefloßen. Das Unterseeboot kam an die Oberfläche des Wassers und geriet an der Küste auf Grund. Die Mannschaft blieb unverletzt. Es sind Maßnahmen getroffen, die „Loutre“ wieder flott zu machen.

Die „polnischen Rächer“.

Warschau, 16. März. (W. Z. V.) Der Gymnasialdirektor Ananiew in Kielce wurde in der Direktionskanzlei von dem polnischen Studenten der 3. Klasse Wznesniowski erschossen. Der Student soll dem Geheimbund der „Polnischen Rächer“ angehören.

Reichstag.

149. Sitzung. Donnerstag, den 16. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern. Fünfter Tag.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel „Allgemeine Fonds“.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) beschwert sich über die Zentralisierungsbestrebungen des Direktors v. Schudi in München.

Abg. Graf (Wirtsch. Vg.) befürwortet eine von Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien unterzeichnete Resolution, nach welcher bis zur dritten Lesung 10 000 Mark zur Unterstützung der Nationalfestspiele für die deutsche Jugend in Weimar in den Etat eingestellt werden sollen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) beschwert sich, daß bei den Schülerfahrten zu den Festspielen von einigen Lehrern in Kurapatrisimus gemacht und gegen den schwarzblassen Blod geeifert werde.

Abg. Hecker (Wp.) schließt sich dem Vorredner an; man solle die Jugend mit den Kämpfen der Tagespolitik versehen.

Bei dem Titel „Einrichtung eines wettertelegraphischen Dienstes“ spricht sich

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) für die Errichtung eines Höhenobservatoriums in Bayern aus.

Beim Titel „Beitrag zu den Kosten der internationalen Organisation der Luftschiffahrt 4000 M.“ fragt

Abg. Wassermann (natl.) an, wie es mit dem Bau einer Reichsanstalt zur Förderung der Luftschiffahrt stehe, für die sich der Reichstag im vorigen Jahre ausgesprochen hat.

Abg. Frhr. v. Nitzsch (L.): Für den Bau einer neuen Reichsanstalt können meine Freunde sich nicht erörtern.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Eine Zentrale zur Förderung der Luftschiffahrt wird allgemein für notwendig gehalten, über den Umfang ihrer Aufgaben und ihrer Organisation aber gehen die Meinungen noch auseinander. Daß eine Reichsanstalt notwendig sein wird, halte ich nicht für wahrscheinlich.

Zum Titel „Förderung der Seefischerei 850 000 M.“ begründet

Abg. Dr. Dröschner (L.) eine Resolution, wonach der Reichskanzler eine Vereinbarung der deutschen Ostseefischerstaaten über gemeinsame polizeiliche Vorschriften zur Regelung der deutschen Ostseefischerei und zum Schutze des Fischbestandes an der deutschen Ostküste herbeiführen und ferner ein internationales Abkommen über die Befischung der Ostsee unter sämtlichen Ostseefischerstaaten anbahnen soll.

Abg. Erzberger (Z.) spricht sich für die Resolution aus; er habe auch im vorigen Jahre zu diesem Titel gesprochen und das habe sich rentiert, es sei ihm ein Haß Seefische zugeschlitten worden, die sehr wohlwollend waren. (Weiterleit.)

Abg. Dr. Görde (natl.) stimmt der Resolution zu und bittet, die vom Deutschen Seefischerverein eingerichteten Samariterkurse für Fischer zu unterstützen.

Abg. Dr. Hahn (L.) ist für die Förderung der Hochseefischerei und die Erleichterung der Einfuhr. Auch einen Zoll auf Seefische sollte man in Erwägung ziehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Spethmann (Wp.) spricht sich ebenfalls für die Resolution Dröschner aus. — Vor dem Fischzoll wird uns hoffentlich der gesunde Sinn der Bevölkerung bewahren, damit nicht noch auch dies wichtige Nahrungsmittel verteuert wird. (Bravo! links.)

Scheinrat v. Jozanières: Die beste Propaganda, die die Seefischerei für ihre Produkte machen kann, ist, daß sie für gute Ware mäßige Preise fordert. (Sehr richtig! links.) Wir würden auch gern den Fonds zur Förderung der Seefischerei erhöhen; bisher verhinderten die beschränkten Mittel eine solche Erhöhung. Die gewünschten Erhebungen über die Maßregeln des Auslandes zur Fischkontrolle werden wir veranstalten.

Abg. Meßger (Soz.):

Der Resolution stimmen wir zu. — Daß Dr. Hahn die Gelegenheit benützt hat, um für einen Fischzoll Stimmung zu machen, wundert uns nicht. Es ist ja bekannt, daß Herr Dr. Hahn keine Rede halten kann, ohne daß der agrarische Pferdeschuh zum Vorschein kommt. (Sehr richtig! links.) Dabei hat Herr Hahn selbst mit Recht die hohe Bedeutung der Fischnahrung hervorgehoben.

Natürlich hat er zu erwähnen vergessen, daß weite Kreise der Bevölkerung wegen der agrarischen Verteuerung des Fleisches zur Fischnahrung übergehen. (Zustimmung links.) Die Stadt Wilmersdorf hat neulich eine Verkaufshalle für Seefische errichtet. Es wäre sehr zu wünschen, daß recht viele Gemeinden diesem Beispiele folgen. — Die erhöhte Bedeutung, die die Seefische für die Volksernährung gewonnen haben, ist für eine weitere Veranlassung, allen Bestrebungen auf Einführung eines Fischzoll mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Resolution Dröschner wird einstimmig angenommen. Der Titel wird bewilligt, ebenso nach unwesentlicher Debatte eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel „Beitrag zur Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ begründet

Abg. v. Kappengst (L.) eine Resolution, in der der Reichskanzler ersucht wird, bei den Landesregierungen dahin zu wirken, daß sie dem „Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands“ zum Zweck der Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose nachhaltige Förderung und Unterstützung zuteil werden lassen. Augenblicklich kann ja von einer ausgedehnten Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden. Aber es kann leicht kommen, daß das Beispiel der Arbeitslosigkeit und wieder ansteigt. Darum muß vorgebaut werden. Es gilt, die zur Zeit der Arbeitslosigkeit überschüssig werdenden Kräfte nutzbringend zum allgemeinen Besten, namentlich zur inneren Kolonisation, zu verwenden. Durch Anlagen von Moorolonien usw. können Millionenwerte geschaffen werden. Zugbringende Arbeit statt Almosen. Bestrebungen soll niemand werden, aber es wäre schön, wenn wieder eine innigere Verbindung zwischen Stadt und Land hergestellt würde. — Die Frage ist keine Parteifrage; es gilt, eine Brücke zwischen Stadt und Land zu schlagen, alle Parteien können an diesem Brückenbau mitarbeiten. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Wassermann (natl.): Wir stimmen dem Antrag zu. Die Frage der Arbeitslosigkeit ist eine außerordentlich wichtige. — Die Wohlfahrtsfrage soll ein neutraler Boden sein, auf dem Mitglieder aller Parteien gemeinsam arbeiten können. — Eine Erhöhung des Beitrags zur Zentralstelle für Volkswohlfahrt sollte von der Landesregierung dringend erwogen werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Delbrück: In einer Zeit, in der mit Recht auf Sparsamkeit gedrungen wird, muß auch bei uns sehr angedrückte Unterstützungen Verrückung gefast werden. Doch soll versucht werden, in den nächsten Etat eine höhere Summe einzustellen. — Nun, zur Resolution Kappengst. Es ist schwer, für die Wanderarmen zu sorgen, weil die Unterscheidung zwischen Arbeitslosen, Arbeitswilligen und Arbeitsunfähigen meist nicht leicht ist. Dazu kommt, daß an manchen Stellen für die Wanderarmen gut gesorgt wird, während man anderswo sie auf andere Gemeinden abzuweisen sucht. Schwerlich wird die Gesetzgebung allein hier Hilfe schaffen können. Hier ist eine große Aufgabe für gemeinnützige, für wirtschaftliche Gesellschaften, für Gemeinden und Einzelstaaten zu erfüllen; aber das Reich kann dabei nur in beschränktem Maße mitwirken. Sehr zu erwägen wird sein, ob bei einer Reform des Strafvollzugs die Gefängnisarbeit nicht häufig durch gemeinnützige Zwangsarbeit zu ersetzen sein wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Dove (Wp.): Wir stimmen der Resolution Kappengst zu und ebenso der vorstehenden Begründung, die Herr v. Kappengst ihr gegeben hat. Wenn die konservative Weltanschauung immer so sympathisch hier vertreten würde, wie von Herrn v. Kappengst. Ließe sich schon über eine Brücke zwischen Links und Rechts schlagen. Aber es gibt leider sehr viel un sympathische Konservern. (Lebhafte Zustimmung und Weiterleit links.) — Wir können auch den Ausführungen des Staatssekretärs durchweg zustimmen. Jedenfalls läßt sich über die Frage der Verwendung von Strafgefangenen zur inneren Kolonisation eher reden als über die Deportation. (Lebhafte Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Gröber (Z.): Auch wir stimmen der vorstehenden Resolution Kappengst bei. Auf dem Gebiete der Fürsorge für Wanderarme hat sich die freie christliche Liebestätigkeit stets glänzender bewährt als der Bureaokratismus. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Delbrück: Jedenfalls verdient die Resolution Kappengst den Vorzug vor den Vorschlägen schematischer gesetzlicher Regelung der Wanderarmenfrage.

Abg. Severing (Soz.): Wir begrüßen die Anregung des Herrn v. Kappengst durchaus

sympathisch. Doch können wir einige Bedenken nicht unterdrücken, die unserer Zustimmung zu der Resolution entgegenstehen. Ganz besonders ist es uns bedenklich, daß ein bestimmter Verein unterstützt werden soll, ohne daß Kriterien für die Verteilung von Reichsmitteln geschaffen werden. — Herr v. Kappengst wünscht eine Rainbrücke zwischen Stadt und Land. Am besten wird an einer solchen Rainbrücke gebaut, wenn die Herren auf der rechten Seite für eine

bessere Bezahlung der Landarbeiter sorgen wollten. (Zurufe rechts.) Herr v. Kappengst scheint ja ein sehr humaner Arbeitgeber zu sein; aber ich fürchte sehr, er ist ein weißer Hase unter seinesgleichen. (Zuruf rechts: Halten Sie nur den sozialdemokratischen Arbeitgebern diese Vorlesung!) Ach, meine Herren, wenn Sie die Löhne der „Vorwärts“-Buchdrucker ihren Landarbeitern zahlen wollten, würde von einer Landflucht keine Rede sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und noch eins: wenn die Rechte so sehr die innere Kolonisation und die Urbarmachung der Dehländereien wünscht, so hat sie ein bequemes Mittel an der Hand, um ihren Wunsch zu erfüllen: sie Sorge für

Einschränkung der Rüstungen.

Dann sind reichliche Mittel da für innere Kolonisation! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.) sucht die Bedenken des Vorredners als unbegründet hinzustellen und tritt für die Resolution Kappengst ein.

Die Diskussion schließt. Der Titel wird bewilligt und die Resolution Kappengst gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Beim Titel „Anwendungen für Einrichtungen und Veranstaltungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels und Gewerbes dienen, 80 000 M.“ begründet

Abg. Schiffer (Z.) eine von Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien eingebrachte Resolution, welche im Interesse der heimischen Textilindustrie die Errichtung einer Zentralstelle zur Hebung und Förderung der heimischen Textilindustrie verlangt und die Regierung ersucht, die zur Hebung der Produktion von Textilrohstoffen in den deutschen Schutzgebieten geeigneten Maßnahmen zu treffen. Die beteiligten Kreise wünschen dringend, die in der Resolution geforderte Reichszentralstelle, von den bestehenden Landes-Zentralstellen haben sie nicht den gewünschten Nutzen. Von der Förderung der Baumwollkultur, welche die Resolution ebenfalls fordert, hängt in erster Linie der wirtschaftliche Wert unserer Kolonien in Afrika ab. — Zum Schluß betone ich noch die Interessensolidarität, die in der Textilindustrie zwischen Arbeitern und Arbeitgebern besteht und die sich auch darin zeigt, daß die Vertreter der christlichen Arbeiter die Resolution mitunterzeichnet haben. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Defer (Wp.): Ein erheblicher Teil meiner Freunde hält die Errichtung einer neuen Reichsanstalt nicht für angebracht und wird gegen die Resolution stimmen. — Vor allem habe ich das Wort ergreifen, um die drohende Monopolisierung bei der Materiallieferung für die Installationen von Ueberlandzentralen zur Sprache zu bringen. In der Elektrizitätsindustrie vollzieht sich eine Monopolisierung, die dem Geist der Gewerbeordnung widerspricht. Was denkt der Staatssekretär zu tun zum Schutze der Gewerbetreibenden gegen das konzentrierte Großkapital?

Neben ihm bestehen in der Elektrizitätsindustrie die handwerksmäßigen Installationsbetriebe in die elektrotechnischen Spezialbetriebe, die ebenfalls den Großbetrieben gegenüber den Mittelstand darstellen. In den Ueberlandzentralen treffen alle drei Arten von Betrieben zusammen; die Großbetriebe versuchen aber nicht nur das Leitungsnetz herzustellen, sondern die gesamte Installation in der Ueberlandzentrale in ihre Hand zu bekommen, was natürlich zu einer Verdrängung der anderen führt. Eine Ueberlandzentrale braucht aber eine Konzession wegen des Begerrechts, und deshalb kann man dieser Monopolisierung entgegenwirken. (Sehr gut! rechts.) Redner legt unter anbauender Zustimmung der Rechten dar, wie die Monopolisierung fortschreitet und ihr entgegenzuwirken werden müsse. An die Großindustrie ist die Warnung zu richten, daß sie den Vogen nicht überspannen möge und auch den Kleinen Licht und Raum zum Leben lasse. Sonst kann die Zeit kommen, in der die Gesetzgebung sich zum Einbüßen zugunsten der Kleinen genötigt sehen wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Staatssekretär Delbrück wiederholt seine in der Generaldebatte abgegebene Erklärung, daß er bereit sei, sich mit den in Betracht kommenden Faktoren in Verbindung zu setzen, um die Errichtung

des greifen Faust mit der Sorge, ebenso wie seine Partnerin zum großen Teile verständlich; und mit den himmlischen Heerscharen des lieben Gott kann selbstverständlich kein Theater konkurrieren. Mehr als ein Weihnachts-Kinderschimmel läßt sich eben nicht herausbringen. Eise Heims war eine anmutig heiterbelle Helena, Wassermann ein geistreich beweglicher Nephista, besonders charakteristisch in der Betonung des Jynisch-Sinnlichen. dt.

Humor und Satire.

Nationalliberal.

Berner, Berner, teutscher Mann, sieh, was Ueberwindung kann: Zwar bekämpfst Du uns schmutzig, aber wir, wir sind nicht trugig.

Sag' nur, daß es leid Dir tut — und wir woll'n für Dich toll Mut bei der Stimmwahl uns ereisern; darfst nachher auch weiter geisern.

Ueberhaupt, Du kannst uns nennen, da Du uns ja doch lust kennen, wie Du willst, zu jeder Zeit, aber sag', es ist Dir leid!

Selber wenn Du vor uns speißt, aber dies formel bereu'n, wollen wir die Junge blecken und besagten Speichel leden.

Sei der ganze Wahlkreis Gießen Feuge, wie Du uns mit Füßen trittst, doch nicht Du Dich entschuld'gen, und wir werden gern Dir huld'gen.

Krumm der Barm sich, den man tritt, krümmen wir uns eben mit: Steh' empor, gefest' den Nabel, national und miserabel!

Franz.

Notizen.

— Karl Guklows Werke liegen in zwei Renaudgaben vor, die beide eine Auswahl geben. Beide bieten außer einem Lebensbild wesentlich die bekannteren Dramen (darunter „Johf und Schwert“, „Das Uebild des Fortiff“, „Uriei Kofia“, „Der Königsleutnant“) einige Erzählungen und Novellen, ferner Stücke aus seinen autobiographischen Schriften und kritische und kulturelle Aufsätze. Die Ausgabe des Verlages Wag Hesse (4 Bände) besorgte der um die Guklow-Forschung verdiente H. H. Souben. In der goldenen Klassiker-Bibliothek (Wag u. Co., Berlin) erschien die zweite Ausgabe gleichfalls in 4 Bänden, herausgegeben von R. Gensel. Der große neubändige Roman „Die Ritter vom Gelf“ soll ebenda neu aufgelegt werden, ferner veranstaltet H. A. Brodows, der alte Verleger Guklows, eine billige Volksausgabe des Kulturromans „Der Bauerer von Rom“ in zwei Bänden.

Kleines Feuilleton.

Das Land ohne Heimkehr. In einer soeben erschienenen Schrift „Das Land ohne Heimkehr“ (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt) untersucht Professor Friedrich Delbisch die Gedanken der Babylonier-Agypter über Tod und Jenseits. Delbisch glaubt, aus den babylonischen Vorstellungen über die Unterwelt, das Land ohne Heimkehr, die Herkunft der althebräischen wie der griechischen Totenwelt nachweisen zu können. Während die toten Leiber in der Erde begraben werden, haufen die abgestorbenen Geister in einem finsternen Reich des Staubes, in einer dunklen Wüste, in der alles zu Staub wird, in der die umherflatternden Schatten von Erde sich nähren und trübes Wasser trinken. Schon bevor Jesajas die Ohnmacht der Könige verhöhnte, indem er schilderte, wie sie in der Unterwelt ins gleiche Nichts sinken, ist schon in dem anderthalb Jahrtausend älteren babylonischen Epos von Gilgamesch dargestellt, wie die Könige und Mächtigen alle hinab müssen in das gleiche Land ohne Heimkehr, in dem alles zu Staub wird. Neben dieser Anschauung von dem einen Totenreich entwickelt sich aber in der babylonischen Mythologie die Auffassung von einem anderen Reich, in dem die Gestorbenen sich an Hazem Wasser laben. Neben der Totenwüste für die Bösen die Totenose für die Guten. Also Himmel und Hölle, von welcher Scheidung weder die alten Hebräer noch die Griechen etwas wissen, die dann aber die christliche Kirche und den Islam entscheidend beherrscht. Delbisch möchte durch den Nachweis des heidnischen Ursprungs dieser Vorstellung von Himmel und Hölle die Erneuerung des Christentums als einer reinen Diesseits-Religion der werktätigen Nächstenliebe fördern.

Ein neuerentdecker Roman Balzac. Der lange Katalog der Balzacschen Werke ist durch die Herausgabe eines bisher unbekannteren Romans bereichert worden. Dieser ist im Verlag von Gillequin u. Cie., einem Haus, das sich durch musterghiltige, populäre Ausgaben der wichtigsten französischen Literaturausgaben sehr verdient macht, soeben erschienen und führt den Titel: „Die Liebe in der Wüste“ (Amour masqué). Das Manuskript war seinerzeit von Balzac der Herzogin von Dino gewidmet worden. Der kostbare Einband ist von Balzac's Buchbinder signiert. Der Sekretär des jetzigen Herzogs von Dino, des Sohnes der Empfängerin, machte anlässlich der von Gillequin in Angriff genommenen prächtigen Gesamtausgabe, die den Subskribenten die Balzacschen Werke gebunden um 30 Francs liefert, den Verleger auf den Roman aufmerksam. Besonders anzuerkennen ist, daß der Verlag das Buch sofort zum Spottpreis von 45 Centimes — nicht einmal 40 Pf. — verkauft, ohne mit der literarischen Sensation, wie man derlei im „gebildeten“ Deutschland tut, vorerst à la hausse zu spekulieren.

Theater.

Deutsches Theater: „Faust“, II. Teil von Goethe. Schon öfter sind Versuche unternommen worden, den zweiten Teil des „Faust“, den „Faust“ des alten Goethe für die Bühne zu erobern, doch kaum einer, der sich an erfinderischer Phantasie der Inszenierung mit dem Reinhardt's vergleichen konnte. Damit verband sich der

Ehrgeiz, den Legt des Dichters möglichst unberührt zu bringen. Um 4 Uhr begann die Aufführung und dauerte mit einer einstündigen Unterbrechung bis Mitternacht. Am Schlusse gab es förmlichen Applaus. In diesem Falle konnte die Ehrung aber nur Reinhardt's künstlerischem Wagemut gelten, aber ganz und gar nicht einen richtigen Maßstab für den Stimmungsreiz, der zurückblieb, geben. Man war bestaunt, doch nicht ergriffen, und die Eigenart der in allegorischer Einfälle sich zersplitternden Dichtung, der jede Spur dramatischer Bewegung und Entwicklung mangelt, ließ ein anderes Resultat von vornherein nicht erwarten. Das Streben nach Vollständigkeit der Wiedergabe mußte die Unübersichtlichkeit und damit die Verwirrung der Zuschauer nur noch steigern. Die wundervoll zarten Strophen, die das Eifersüchtige vor dem schlafenden Faust singt, und der grandios erhabene Monolog des in einsamer Gebirgswelt Erwachenden, diese Einleitung und die bedeutsam großen Stellen des Schlußes, vor allem der Dithyrambus auf das „freie Volk auf freiem Boden“, sind Schätze, deren Glanz durch keine Darstellung gesteigert werden kann. Beim Fehlen des dramatischen Zusammenhangs und damit einer vertieften Charakteristik kann die Bühne überhaupt nur von der dekorativen Seite an das Stück heran, indem sie die Gruppen und Hintergründe dem Auge materisch veranschaulicht. Daß hierin Reizvollstes geboten wurde, versteht sich bei Reinhardt von selbst.

Goethe lehnt sich im zweiten Teile vielfach an die überkommenen Lagen der alten Sage an. Er entnimmt dem Original, daß Faust einen fälschlichen Hof ansucht, durch seine Zauberkünste vor dem Herrscher die griechische Helena, die schönste aller Frauen, herausbeschwört und selber mit der Heidin einen Liebesbund eingeht. Doch diese Liebe faußt, die in der Sage seinen Untergang besiegelt, soll im Griechischen Werke umgekehrt eine der Entwicklungsstadien bedeuten, in denen Faust sein Wesen läutert. Die Schönheit Helenas repräsentiert zugleich symbolisch die Schönheit klassisch griechischer Kunst. Nur im Lichte einer solchen Deutung besteht zwischen der ersten Hälfte des zweiten Teils, die sonst in eine Folge seltsamer Abenteuer aufeinanderfolge, und der Idee des Gonzes, die in dem Aufwärtstreben Fausts und seiner schließlich Erlösung durch die befreiende Macht unheimlich Schaffens gipfelt, ein denkwürdiger Zusammenhang. Viele freilich im Stücke selbst nur dünn gesponnenen Fäden werden im Bühnenlicht über dem aufdringlichen Pomp des Anschaulichen vollends unsichtbar.

Im Materischen und Plastischen stellt sich die Aufführung neben die bewundernswürdigsten Leistungen Reinhardt'scher Regie. Der Karneval im Kaiserhof war ein strahlendes Farbenspektakel, die klassisch Balzacschen Macht mit den tierischen, gurrend-quietzenden Lauten, dem Gegenwärtigen, ein Spul von wild gepeinigter Phantastik. Den unmittelbaren Eindruck machte die Episode Euphorion's, des jugendlichen Anaben, der jubelnd übermütig einherführt und in Jarius-Begeisterung himmelan eilt, dem tödlichen Sturz entgegen. Hier entfaltete Gertud Gysoldi siegreich fortsetzend wieder einmal ihre ganze Kraft. Die berühmten von Schumann'scher Musik unrankten Schlägen blieben hinter der Wirkung, die sie bei einflamer Keltüre und um Koncertsaal ausfüllen, zurück. Herr Kaphler, der den einleitenden Monolog glänzend herausgemittelt hatte, blieb in der Zweifelsprache

einer Institution für die Textilindustrie, wie sie von den Antragstellern gewünscht werde, in Erwägung zu ziehen.

Zu den Ausführungen Deisers sagt der Staatssekretär:

Eine so revolutionäre Rede, wie die des Vorredners, habe ich hier noch nie gehört. (Beifugung.) Es ist unregelmäßig, daß die schrankenlose Gewerbefreiheit, wie sie reichsrechtlich festgelegt ist, allerhand wenig erkennbare Begleiterscheinungen mit sich geführt hat. Hier tritt nun die Frage an uns heran: was hat zu geschehen, um solchen Begleiterscheinungen entgegenzutreten? Welche Maßregeln aber auch getroffen werden, überall ergibt sich die Schwierigkeit, diese etwaigen Maßregeln mit den Grundgedanken der unbedingten Gewerbefreiheit in Einklang zu bringen. Wenn man z. B. eine Prüfung der Installateure einführt, was ist das anders als Einführung eines partiellen Befähigungsnachweises. (Sehr richtig!) Wir haben die Wahl zwischen verschiedenen Wegen. Wir können auf dem Wege der Reichsgesetzgebung Einschränkungen der Gewerbefreiheit beschließen. Wir können z. B. ein besonderes Reichsprivilegiengesetz beschließen. Wir können ein Monopol einführen. (Abg. Wedel: Hört! hört!) Ein solches Monopol würde allerdings wahrscheinlich ein Landesmonopol und kein Reichsmonopol sein. (Hört! hört!) und Verfall rechts.) Es bleibt aber auch die Möglichkeit, den Elektrizitätsgesellschaften oder den Kommunen, die Elektrizitätswerte errichten, durch Gesetz Vorschriften zu machen, die ihre Vertragsfreiheit beschränken. Jedenfalls bewegen wir uns hier auf einem außerordentlich schwierigen Gebiete, auf welchem jeder gesetzgeberische Schritt nur mit der allergrößten Vorsicht unternommen werden kann. (Beifugung Beifall.)

Abg. Wallenborn (Z.) bleibt unverständlich. Er wünscht Beförderung des Obstbaus.

Abg. Dove (Sp.): Heute geht es hier sehr interkationell her. Der Konfessionar u. Kopfengst fand auch auf der Linken großen Beifall und mein Parteigenosse Deiser auf der Rechten. (Große Heiterkeit.) Aber trotz des Beifalls, den Herr Deiser auf der Rechten erhielt, ist nicht zu befürchten, daß er sich die Verkehrs- und wirtschaftspolitischen Anschauungen der Rechten zu eigen macht. (Heiterkeit.) — Bei allen Fragen, bei denen es sich um Eingriffe in die Gewerbefreiheit handelt, kann gar nicht vorsichtig genug vorgegangen werden. Es heißt ja, daß Kollege Spahn seit langem ein Kartellgesetz in seinem Kulte hat. (Heiterkeit.) Ich kenne die Arbeit des Kollegen Spahn nicht, aber ich misbillige sie (Große Heiterkeit.), denn ich fürchte, das Gesetz wird Eingriffe in die Gewerbefreiheit enthalten, die wir nicht mitmachen können. — Redner äußert sich dann ziemlich skeptisch über die interkationelle Resolution zugunsten einer Zentralstelle zur Förderung der Textilindustrie.

Abg. Behrens (Wirtsch. G.): Die Rede des Kollegen Deiser bewies, daß der Fortschritt recht erhebliche Fortschritte in der Richtung macht, in der sich die Mittelstandspolitik der Rechten bewegt. (Widerpruch bei der Volkspartei.) Redner bekräftigt sodann die Resolution auf Errichtung einer Zentralstelle für die Textilindustrie und bittet unter Hinweis auf die Bedeutung des Obstes für die Volksgesundheit um Unterstützung des deutschen Pomologenvereins.

Abg. Dr. Hahn (L.): Selten hat mir eine Rede so großes Vergnügen bereitet, wie die Rede des Abg. Deiser. Das war eine Rede im Sinne der Konfessionar, da wir prinzipiell für den Schutz der Kleinrenten eintreten. (Stürmische anhaltende Heiterkeit links.) Der Redner vertritt sich dann über Moorkultur unter besonderer Beziehung auf Saldau-Wehlau. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Wagner-Babian (Sp.): Babian ist ja Herr Hahn begreiflicherweise nicht in angenehmer Erinnerung. (Abg. Hahn (L.): Das nächste Mal kommt es anders! — Schallende Heiterkeit links.) Herr Hahn's Liebe zur Moorkultur ist nur platonisch, Mittel will er nicht dafür bewilligen. Aber was nützt mir eine platonische Liebe. (Große Heiterkeit.) In unserem Milliardenetat sollte man auch etwas für Kulturaufgaben übrig haben. (Sehr richtig! links.) Der Redner verbreitet sich ausführlich über die Moorkultur.

Vizepräsident Dr. Spahn: Der Titel lautet, zur Beförderung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Beschäftigungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Sie sprechen aber von ganz speziellen Bestrebungen. (Stürmische Zurufe links: Hahn, Hahn!)

Abg. Wagner (fortfahrend): Ich muß zur Beweiskführung auf spezielle Dinge eingehen, wie es auch Abg. Hahn getan hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Redner verbreitet sich weiter über die Moorkultur in seinem Wahlkreise Babian-Wehlau.

Vizepräsident Dr. Spahn (in erregtem Tone): Ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Abg. Wagner (fortfahrend): Ich könnte noch sehr viel erzählen, verzichte aber darauf, weil ich den Präsidenten nicht weiter aufregen will. (Stürmische Heiterkeit.) Auf den Moorflächen, die wir heute noch haben, könnten 50 000 Bauern angesiedelt werden. Die Regierung sollte dem Bauern und Arbeiterstand ihre Sorgen zuwenden, nicht nur den Großgrundbesitzern. (Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) beschäftigt sich über die Berichterstattung der „Frankfurter Zeitung“ und freut sich, daß Deiser und Hahn ihm in dem ihr Jahrhundert in die Schranken fordern; „Frankfurter Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ vereint, drum Brüderchen, ergo bibamus. (Große Heiterkeit.) — Dann will der Redner die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die Wichtigkeit des deutschen Farbenbuches für Kunst und Industrie lenken.

Abg. Gohls (Sp.): Herr Deiser's Rede ist auf Beschluß unserer Fraktionsversammlung gehalten. (Hört! hört! rechts.) Es ist durchaus keine allgemeine Mittelstandsrede gewesen. (Große Heiterkeit rechts und im Zentrum, Gemurmel des Abg. Erzberger.) Wir sind immer dafür eingetreten, daß die Gewerbefreiheit nicht illusorisch gemacht werde durch übermäßige Monopole. Herr Hahn möchte Herr Deiser den Vorwurf, eine Wahlrede gehalten zu haben; Herr Hahn, da lachen ja alle Döhner. (Große Heiterkeit.) Herr Haner soll daselbe bereits gesagt haben, was Deiser ausführte. Mag sein, aber der Staatssekretär hat ihm nicht geantwortet; Herr Haner hat also das berühmte lange Ohr² des Hauses nicht gehabt. (Große Heiterkeit.) Gerade in Dörfern sind die meisten Verträge mit den großen Gesellschaften über die Ueberlandzentralen gemacht, welche die kleineren Gewerbetreibenden anschlüssen.

Abg. Jund (nall.) erklärt, daß diese Verträge der Gewerbeordnung widersprechen und daß die durch diese Verträge in ihrem Gewerbe Beschäftigten ein Alibi gegen die Vertragsthesen haben. Die kleinen Installateure zu schützen, liege im Interesse des ganzen Mittelstandes. Für den Mittelstand einzutreten sei kein Monopol der Rechten des Hauses. (Beifall bei den Rationalliberalen und der Volkspartei.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich sagte vorher, daß es sicher keinen Juristen geben würde, der meiner Rechtsauffassung über die Gewerbeordnung in diesem Punkte widersprechen würde. Das war leichtfertig (Große Heiterkeit.), denn soeben hat ein Jurist aus dem Hause meiner Auffassung widersprochen. Sollte das Reichsgericht der Auffassung des Herrn Jund beitreten, so wird die Gesetzgebung eingreifen müssen; vorläufig aber bleibe ich bei meiner Auffassung.

Abg. Dr. Hahn (L.) polemisiert gegen die Abg. Wagner und Gohls und behauptet, die Parteien der Linken nehmen sich des Mittelstandes jetzt nur wegen der bevorstehenden Wahlen an.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) spricht seine Genugtuung über die vom Abg. Pfeiffer begründete Resolution aus.

Er wird ein Schlußantrag angenommen. Die beiden Titel werden bewilligt, die Resolution wird angenommen. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 7/8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom Donnerstag, den 16. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Trott zu Solz. Eingegangen ist ein schriftlicher Antrag Borgmann (Soz.) auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Siebnacht.

Die zweite Beratung des Kultusgesetzes wird fortgesetzt beim Kapitel.

Universitäten und Charité-Krankenhaus Berlin.

Von den Abg. Dr. Friedberg (nall.), Graf d'Hauffenville (L.) und Dr. Reiboldt (L.) liegt hierzu ein Antrag vor, die Regierung zu ersuchen, die Errichtung einer nichtstaatlichen Universität in Frankfurt a. M. nicht anders als auf Grund eines Gesetzes zu genehmigen.

Abg. Schmedding (Z.) wünscht Vermehrung der Professuren für Kolonialrecht und Sozialpolitik und äußert die Befürchtung, daß die Kaiser-Wilhelm-Stiftung dazu führen könnte, den Universitäten die Forscher zu entziehen.

Abg. v. Negelein (Z.) kann ein Bedürfnis für eine neue Universität im Westen nicht anerkennen. Frankfurt sollte lieber Forschungsinstitute für Studierende einrichten, die schon Examina hinter sich haben. Der Resolution würden seine Freunde zustimmen.

Abg. Jund (Sp.) erörtert ausführlich die Frage der Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. Eine Universität ohne Staatsaufschlag wünsche auch Frankfurt nicht. Der Antrag bedeute ein Ausnahmengesetz gegen Frankfurt. Die Errichtung von Universitäten sei ein Recht der Krone.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Ein Antrag auf Errichtung einer Universität in Frankfurt ist bisher an mich nicht gerichtet worden. Erfolgt er, so wird auf Grund des eingereichten Planes zu prüfen sein, ob die staatliche Genehmigung erteilt werden kann. Ist dies nicht möglich, so könnte eine solche Universität nur auf Grund eines besonderen Gesetzes errichtet werden. — Die Befürchtung des Abg. Schmedding teile ich nicht. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wird in enger Fühlung mit den Universitäten bleiben und vor allem die Aufgabe haben, spezielle Probleme der Lösung zuzuführen. Die Gründung zweier Forschungsinstitute in Dahlem steht in kurzem bevor. (Bravo!)

Abg. Dr. Bell (Z.): Im allgemeinen können wir auf unsere Universitäten stolz sein. Soweit ein Elitenwesen vorhanden ist, sollte ihm der Minister energisch entgegenzutreten. Bedauerliche Einzelerscheinungen sind es, wenn die materiellen Interessen von einzelnen Professoren bedenklich in den Vordergrund geschoben worden sind und wenn man versucht hat, wissenschaftliche Streitfragen mit der Pistole auszulösen. Die Errichtung von Lehrstühlen für soziales Recht wäre notwendig. Wünschenswert wären auch semestrale Kurse in Theorie und Praxis des sozialen Rechts für die Angehörigen von Handelskammern und anderen beruflichen Organisationen.

Minister v. Trott zu Solz: Wenn aus den beteiligten Kreisen der Wunsch nach solchen Kursen laut werden sollte, wäre ich bereit, dem entgegenzukommen.

Abg. Cassel (Sp.) wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Bell, daß einzelne Professoren die Wissenschaft als mißsende Kuh betrachten und begründet die Ausführungen des Ministers über die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Abg. Dr. Schroeder-Rassel (nall.) schließt sich der Anregung vermehrter Pflege der Sozialwissenschaften an den Universitäten an. Auch Lehrstühle für Sozialmedizin sollten in größerer Zahl errichtet werden.

Abg. Dr. Siebnacht (Soz.):

Ueber die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft habe ich schon gesprochen. Sie steht vor allem bei der freien Selbstverwaltung. Sie steht zu sehr unter dem Protektorat einer allerhöchsten Persönlichkeit. Denken Sie daran, daß der erste Akt ihrer Tätigkeit die Verleihung von Uniformen an die Professoren war! Die Förderung einer freien Forscherstätigkeit wünsche natürlich auch wir. Wir sind auch durchaus dafür, daß die Kommunen auf Grund ihrer Selbstverwaltung Forschungsinstitute gründen. Für die Studenten kann es auch nur nützlich sein, wenn sie von dem modernen Zug des großstädtischen Lebens berührt werden, anstatt daß sie in kleinen Städten veräultet und verschimmeln. (Widerpruch rechts.) Aus dem Professorentum ist durch die Ausführungen des Abg. Karjantj ein Vernunftskandal geworden. (Präsident v. Arden: Diese Debatte ist erledigt.) — Unsere Universitäten sind viel zu sehr bürokratisiert und reglementiert. Eine

Protektionswirtschaft

besteht in der Tat an den preussischen Universitäten. Das hat auch die Verfassung des Fakultätenprofessors Bernhard bewiesen. Wenn man mit Recht Prof. Bernhard den behaupteten Wortbruch von seinen Kollegen besonders berübelt hat, so sollten dieselben Herren doch auch Verständnis haben für die entsprechenden Anschauungen von Berufslehre auf Seiten der Arbeiterchaft bei Anwendung des § 152 der Gewerbeordnung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wenden uns aber auch gegen jede hermetische Abschließung der Professorenkreise gegen neue Elemente, gegen alles Junge und Populäres auf den Universitäten. Ob die Universitäten in der Frage des Modernisteneides mit der nötigen Energie gegen die Kurie auftreten werden, erscheint uns nach dem Verlauf der Debatten über den Modernisteneid äußerst zweifelhaft. Die Theologie, soweit sie dogmatisch ist, gehört überhaupt nicht an die Universitäten. Sie ist infolgedessen gar keine Wissenschaft, weil ihr die Voraussetzungslosigkeit fehlt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine unerhörte Annahme, daß die Theologie den Vorrang vor anderen Wissenschaften verlangt. Es ist eine unzulässige Verleumdung, wenn Herr Vorh die nicht dogmatische Glaubenscharakterist als solche die an nichts glauben als an sich selbst. Solcher Verleumdung gegenüber kann man nur sagen: „Verachte nur Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft“. Daß unsere Universitäten Stätten wirklich freier Forschung seien, an denen kein Gewissenszwang herrscht, kann niemand behaupten, der nicht den Tatsachen Gewalt antut. Herr Bell forderte mehr sozialen Geist an den Universitäten. Auf der anderen Seite aber zitiert man gegen die Antijeder-Sozialisten, Weber für die Dozenten noch auch für die Studenten besteht eine wirkliche Freiheit. Ich erinnere nur an die Heranziehung der hessischen Studenten durch den Rektor zu Schleppdiensten gegen die Wahl eines Sozialdemokraten. Ist der Kultusminister dagegen eingeschritten? Er erinnere auch an das Verbot des Auftretens sozialdemokratischer Referenten in Studentenversammlungen auf Grund der bekannten Vorgänge in der Freien Studentenschaft in Leipzig. Man will den Studenten die freie politische Betätigung unmöglich machen. Gegen eine solche

Bürokratische Knebelung der Studenten

müssen wir uns entschieden wenden. Es muß den Studenten die Möglichkeit der Selbstprüfung aller politischen Anschauungen gegeben werden, sonst erzieht man Rekruten und nicht freie, denkende Menschen. Daher sollte man der freistudentischen Bewegung — die durchaus nicht sozialdemokratisch ist — vollständige Freiheit der Entwicklung lassen. In außerpreussischen Universitäten wie Jena geht man weit weniger engherzig vor. Wir fordern ein Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Studierenden. Der engherzige Geist an den preussischen Universitäten hat ja auch dazu geführt, daß die Jubiläumsfeier der Berliner Universität zu einem byzantinischen Ritz zur Verherrlichung der Hohenzollern geworden ist. Besonders durch die Rede des Herrn Boerke ist die ganze Feier auf das niedrige byzantinische Niveau eines Regimentenjubiläums herabgezogen worden. Geradezu lächerlich mühte die Ehrendoktorpromotion des Rockefeller wirken. An einzelnen Einrichtungen amerikanischer Universitäten könnten wir uns ein Muster nehmen. Redner schildert unter Vorlegung von Photographien die praktische Einrichtung solcher Universitäten. Ueberall finden sich dort große Turnsäle mit den modernsten Einrichtungen, verbunden mit Badeanstalten, wo die jungen Leute, was das Zentrum interessieren wird, vielfach ganz ungeniert ohne Badehose herumlaufen. (Heiterkeit.) Die Frauen sind drinnen fast überall zum Studium zugelassen und sind auch als Dozenten im weiten Umfange tätig.

Auch den unteren Schichten der Bevölkerung ist es durch Bildung besonderer Komitees ermöglicht, sich die Einrichtungen der Universitäten zunutze zu machen. Die freie Univeritätsbewegung ist in Amerika sehr ausgebreitet. Natürlich ist all das nicht geeignet, den kapitalistischen Charakter des amerikanischen Bildungswesens wesentlich abzumildern. Aber gewisse Eigenheiten des amerikanischen Bildungswesens verdienen allerdings bei uns Nachahmung. Das wichtigste daran ist die soziale und politische Verantwortlichkeit, die Freude an dem sich Anschließenden der im Volke vorhandenen Kräfte. Sie steht im erfreulichen Gegensatz zu der kleinlichen Wadestädtpolitik gegenüber den Bildungsbestrebungen des Volkes in Preußen. Insofern haben auch wir Sozialdemokraten ein lebhaftes Interesse an der Gestaltung des Univeritätswesens und werden unseren ganzen Einfluß aufbieten, um zu erreichen, daß die deutschen Universitäten den Idealen mehr und mehr zugeführt werden, die von der Sozialdemokratie vertreten werden zum Heile des gesamten deutschen Volkes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag betreffend die Universität Frankfurt wird angenommen.

Nach ungewöhnlicher Spezialdebatte über die einzelnen Universitäten wird das Kapitel bewilligt.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag 11 Uhr. (Vorher schlüssiger Antrag Borgmann.)

Schluß 7/8 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Kommission für die Schiffsabgaben.

Nach mehrtägiger Debatte kam es in der Donnerstagssitzung zur Abstimmung über den Artikel 2 des § 1, der die Pflichten, auf denen Abgaben erhoben werden sollen, und deren Zusammenfassung zu Strombauverbänden enthält. Sämtliche dazu gestellten Erweiterungsanträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten geschlossen nur die Konservativen und die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, außerdem Hausmann-Hannover (nall.) und der Berichterstatter im Reichshof (Z.). Es würden also die Kanalisierung der Lahn, Mosel und Saar, des Oberrheins bis zum Bodensee, des Main bis nach Bamberg und des Neckar bis Schlingen in die Vorlage aufgenommen sein. Es entspann sich eine lange und teilweise erregte Debatte über die Konsequenzen der Abstimmung. Minister v. Breitenbach und Geheimrat Peters erklärten, mit der Annahme der neuen Projekte werde die ganze rechnerische Grundlage der Vorlage über den Dausen geworfen. Die Tariffrage müßte verdrängt werden, wenn die neuen Pläne durchgeführt werden sollten. Dem widersprachen die Vertreter der Mehrheit; von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß es begründet sei, daß die Kommission für den Gedanken eines großzügigen Planes für Strombauten sich ausgesprochen hat.

Eine längere Debatte entspann sich über die Frage, ob die Verwaltungsausschüsse nach § 4 die Befugnisse erhalten sollten, über die Reihenfolge der Bauausführungen der in § 2 aufgeführten Projekte nach freiem Ermessen zu entscheiden, oder ob letzteren die Priorität zuzukommen. Ein sozialdemokratischer Antrag will die letztere Auffassung durch Streichung eines Passus in § 2 sichergestellt wissen. Minister v. Breitenbach erklärte, es seien Differenzen über das Verhältnis zwischen den §§ 2 und 4 innerhalb der Regierung vorhanden, er will über diesen Punkt in der nächsten Sitzung Aufklärung geben.

Aus der Partei.

Fortschritt der Organisation.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau hat in den beiden Monaten Januar und Februar 700 neue Mitglieder aufgenommen; ausgeschieden sind während dieser Zeit 206, so daß der Zuwachs an Mitgliedern 494 beträgt. Der Verein zählt jetzt im ganzen etwa 9000 Mitglieder, davon sind 1500 Frauen und Mädchen. Die neuen Mitglieder sind meistens durch die Hausagitationen und die Agitation von Mund zu Mund gewonnen worden.

Bildungswesen.

Der Sozialdemokratische Verein Frankfurt a. M. richtet Diskussionsabende ein. Vorerst sollen sie alle Monate, wenn nötig in kürzeren Zeiträumen stattfinden. Mit Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen sollen zunächst die folgenden Themata behandelt werden:

Die Grundlagen des Reichsfinanzwesens. Die Leistungen der Einzelstaaten. Die Militärbeiträge. Zölle und Steuern. Direkte und indirekte Steuern. Die Entwicklung der Zölle und Steuern. Die Schuldentilgung im Deutschen Reich. Die Brantweinsteuer. Die Brausesteuer. Die Wein- und Schaumweinsteuer. Die Erbschaftsteuer. Die Zucksteuer. Die Einkommensteuer. Kaffee- und Teezoll. Die Leucht- und Zündholzsteuer. Das Reichstagswahlrecht. Die Verfassung des Deutschen Reiches. Die politischen Parteien. Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Freihandel und Schutzzoll. Die Reichsfinanzreform 1906 und 1909.

Der neueste Zentrumschwinkel.

Im Berger über die Niederlage des Zentrums in Rempten-Innenstadt fällt die schwarze Perle über die Sozialdemokratie mit dem ihr geläufigen Mittel der Verleumdung her. Die „Allgäuer Zeitung“ brachte in ihrer Nr. 58 vom 11. März aus Innenstadt folgende Schauermär:

„Ein trauriger Vorfall spielte sich gestern in einer hiesigen Wirtschaft ab. Ein sozialdemokratischer Arbeiter, wohl noch etwas benebelt vom liberalen Siegesfreude, rief unter fürchterlichen Gotteslästerungen das in der Wirtschaft hängende Kreuz herunter, um es an der Türschwelle zu zerquetsern. Einige anwesende Männer verhinderten die Untat und verzeigten dem Durcheinander einige derbe Ohrfeigen.“

Wie uns der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Innenstadt mitteilt, hat er die Sache in der betreffenden Wirtschaft genau untersucht und mehrere Zeugen des angeblichen Vorfalls, darunter auch die Wirtin, gehört. Es stellte sich dabei heraus, daß ein dem Vorstand unbekannter Arbeiter mit Zentrumskleinen in ein heftiges Wortgefecht geriet, wobei er den Ausdruck gebrauchte: „Na, dann reißt halt Euren Herrgott runter!“ Der Mann sah an einem ganz anderen Tische als an dem, über dem das Kreuz hing. Er hat nicht die geringste Miene gemacht, das Kreuz herunterzureißen, sondern ist ganz ruhig auf seinem Platze sitzen geblieben. Für seine Worte bekam er eine Ohrfeige. Das ist der Sachverhalt. Die Sache hat mit der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste zu tun.

Die „Allgäuer Zeitung“ ist unter Verletzung auf das Preßgesetz aufgefordert worden, ihre verlogene Darstellung zu berichtigen.

„Eine sozialdemokratische Warenempfehlung des Prinzregenten von Bayern“.

Unter diesem Titel bringt eine Anzahl kleiner, offenbar vom Reichswahrheitsverband gestifteter Provinzialblätter eine Notiz, worin ein Gewähr darüber erhoben wird, daß neulich im Reichstag die Gesonnen und Stadthagen sitzen blieben, als der Präsident des 90. Gedultstages des Prinzregenten Luitpold gedachte und sich alle anwesenden Abgeordneten einschließlich der sozialdemokratischen, aber mit Ausnahme der genannten beiden, zu einer Huldigung für den alten Herrn erhoben. In einer Abstraktion eines in seinem Verbreitungsbezirk erscheinenden Blattes dieser Art schreibt unser Veracer Parteiblatt, die „Neußische Tribüne“:

„Wir können das Verhalten der Genossen Stadthagen und Ged nur billigen und verstehen nicht, daß die übrigen sozialdemokratischen Abgeordneten, soweit sie anwesend waren, an dieser Huldigung teilgenommen haben. Wir erkennen mit der „Münchener Post“ gern an, daß die Persönlichkeit des Prinz-

regenten sympathisch und anhänglich ist. Daraus folgt aber noch lange nicht, daß wir einem Monarchen den Tribut der Guldigung, wie die „Geräte Zeitung“ schreibt, zu bringen haben. Die Familienfeste der Monarchen betrachten wir als deren Privatfache, wir haben keinesfalls Veranlassung, lebenden Fürsten zu huldigen. Etwas anderes wäre es, wenn es sich um einen Todesfall handelte.“

Sehr richtig!

Der Schweizerische Arbeiterkongress, den der Arbeiterbund veranstaltet, findet zu Ostern 1911 in Zürich statt und sind auf die Tagesordnung gesetzt die Revision des Fabrikgesetzes, die Ausländerfrage, die Kranken- und Unfallversicherung und eventuell wird auch noch die Feuerung behandelt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Ehre des Arbeitswilligen!

In der Erfurter „Tribüne“ erschien am 31. Dezember eine Notiz, worin kurz über den Stand eines Streiks berichtet wurde, der in einer Maschinenfabrik in Zwickau bei Erfurt ausgebrochen war. Unter anderem wurde auch die Mitteilung gemacht, daß sich einige Elemente gefunden hätten, die für die Firma Hausreißerdienste verrichteten. Im Anschluß daran veröffentlichte die „Tribüne“ die Namen von vier Arbeitswilligen. Durch den Ausdruck „Hausreißerdienste“ soll nun der Arbeitswillige Volker Karl Heinrich beleidigt worden sein. Der Name selbst fühlte sich ja nicht beleidigt, aber er wurde von dem Amtsanwalt vorgeladen und darauf aufmerksam gemacht, daß der Ausdruck „Hausreißer“ doch eine Beleidigung für ihn sei. So wurde er veranlaßt, Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der „Tribüne“, Genossen Peggold, zu stellen. Außerdem erblühte die Staatsanwaltschaft in der Veröffentlichung der Namen der Arbeitswilligen ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. In der Verhandlung der Strafkammer, vor der sich am Dienstag Gen. Peggold zu verantworten hatte, ließ der Staatsanwalt die letztere Anklage fallen, doch wegen Beleidigung des Arbeitswilligen Heinrich beantragte er einen Monat Gefängnis! Der Vorsitzende äußerte die Meinung, daß das Wort „Hausreißer“ gleichbedeutend sei mit „Streikbrecher“. Vom Reichsgericht sei festgestellt, daß der Ausdruck „Streikbrecher“ eine Beleidigung sei. Das Urteil lautete auf vier Wochen Gefängnis!

Wegen Verrufserklärung hatte sich in Braunschweig Genosse Wagner vom „Volksfreund“ vor dem Landgericht zu verantworten. Im November 1910 veröffentlichte unser Braunschweiger Blatt die Namen der Arbeitswilligen bei der Firma Zeidler u. Wintelmann. Der Oberwachmeister Schulze veranlaßte darauf die Arbeitswilligen zu einem Strafverfahren; in der Verhandlung bekundeten die meisten, sie hätten sich nicht beleidigt gefühlt. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung; selbst der Staatsanwalt gab zu, daß keine Verrufserklärung im Sinne der Gewerbeordnung vorliege.

Wie ein Turnverein zu einem politischen wird.

Der Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft“ in Königsberg i. Pr. wurde vom Polizeipräsidenten für einen politischen erklärt und der Vorstand deshalb aufgefordert, die Statuten und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Der Regierungspräsident verwarf die vom Vorsitzenden Krüger erhobene Beschwerde mit folgender Begründung: Daß der Verein ein politischer sei, gehe aus folgendem hervor: 1. Die Einladung zur Gründung des Vereins sei im Jahre 1908 in der „Königsberger Volkszeitung“ erfolgt, dem sozialdemokratischen Organ. 2. Der Vorstand bestehe aus zielbewußten Anhängern der Sozialdemokratie. 3. Die Turnabende seien in erster Zeit ausschließlich in dem sozialdemokratischen Verkehrslokal Lubnigshof abgehalten worden. 4. Von den freien Gewerkschaften habe der Verein Unterstützung in Geld erhalten. 5. Die Tätigkeit des Vereins beschränke sich nicht ausschließlich auf die Pflege des vollständigen Turnens, sondern bestrebe darüber hinaus die politische Erziehung im Sinne der Sozialdemokratie. Dazu gehöre hier in erster Linie das Singen politisch-revolutionärer Lieder. 6. Der Verein halte Bestrebenabschiedsfeste ab, um einen dauernden Einfluß auf die ihrer Dienstaufsicht gemingenden Parteigenossen zu gewinnen. 7. Der Verein halte die Arbeiterturnerzeitung. 8. Abteilungen der „Freien Turnerschaft“ hätten sich aktiv am sozialdemokratischen Parteifest beteiligt.

Nachdem der Oberpräsident die weitere Beschwerde ebenfalls abgewiesen hatte, klagte der Vorsitzende Krüger beim Oberverwaltungsgericht, vor dem ihn der Rechtsanwalt Dinje vertret. Der Anwalt bestritt die Richtigkeit der Angaben des Regierungspräsidenten zum größeren Teil und trat Beweis für das Gegenteil an. Soweit die Angaben aber richtig seien, ließen sie die daraus von den Behörden gezogenen Schlüsse nicht zu. Zum Beweis beweise es gar nichts für den Verein, daß Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Partei angehörten und daß harnulose Bestrebenabschiedsfeste stattfänden, wenn Mitglieder eingezogen wurden. Das Lokal „Lubnigshof“ habe man anfangs benutzten müssen, weil damals der Magistrat noch die Vergabe einer Turnhalle abgelehnt habe. Und daß man in dem einzigen Königsberger Arbeiterblatt, der „Volkszeitung“, annoncierte, als es sich um die Gewinnung von Mitgliedern für einen Arbeiterturnverein handelte, sei selbstverständlich.

Das Oberverwaltungsgericht wies aber die Klage mit folgender Begründung ab: Um die „Freie Turnerschaft“ für politisch zu erklären, würde schon die Tatsache genügen, daß der Verein dem „Arbeiterturnerbund“ angehöre, den das Gericht schon früher für einen politischen Verein erklärt habe. Dazu kämen aber hier noch die Tatsachen, daß der Verein bei einem ausgesprochen sozialdemokratischen Parteifest aktiv mitgewirkt habe, daß er von Gewerkschaften Unterstützung erhalte, seine Zusammenkünfte in der Königsberger „Volkszeitung“ publiziere und sie seinerzeit in einem sozialdemokratischen Parteifest abhielt. Alles zusammen spreche für den Zweck einer politischen Einwirkung im sozialdemokratischen Sinne.

Die Begründung des Urteils ist, abgesehen von der Folgerung aus der früheren Politischerklärung des Arbeiterturnerbundes, ein wahres Kabinettstück falscher Bewertung des Tatbestandes. Wenn ein unpolitischer Verein dadurch politisch wird, daß er in einem sozialdemokratischen Blatte annonciert, so wären folgerichtig auch alle die Vergnügungsvereine, die in konservativen, ultramontanen oder liberalen Blättern Anzeigen veröffentlichen, politischer Natur und nur die hätten den unpolitischen Charakter gewahrt, die in parteilosen Lokalen und ähnlichen Schandblättern inserieren. Gar nicht einzusehen ist, wie Spenden von Gewerkschaften einem Verein einen politischen Charakter geben können, ebensowenig beweist das Tagungslokal etwas dafür und mag es noch so sehr sozialdemokratisch infiziert sein. Wenn aber der Verein gar deshalb der Einwirkung auf politische Angelegenheiten überführt sein soll, weil Abteilungen von ihm bei einem sozialdemokratischen Parteifest turnerische Aufführungen veranstaltet haben, so wäre auch eine Rusikloppele, die ein solches Fest durch ihre Darbietungen verleiht, ein politischer Verein!

Jugendbewegung.

Der Verband der schweizerischen sozialdemokratischen Jungmännervereine hält am 19. März in Luzern seine 7. Delegiertenversammlung ab, die sich außer mit der Berichterstattung des Zentralvorstandes auch mit der Frage „Partei und Jugendorganisation“ beschäftigen wird.

Gerichts-Zeitung.

„Soziale Komödie.“

Seit einigen Jahren führt in der „Hamburger Nachrichten“, das seit dem Tode der alten Mafetenliste im Saffemwalde von Jahr zu Jahr an immer größer werdenden Abminderungen leidet, ein Herr Thomas Hübbe eine grimmige Reihe gegen die Sozialisten

in ihre geheimsten Schlupfwinkel verfolgt. Nachdem er die Kuchentöpfe des Hamburger Gewerkschaftshauses behandelt hatte, wobei er eifrig daneben gehauen hatte, holte er zu einem vernichtenden Schläge gegen die „sozialdemokratische“ Genossenschaft „Produktion“ aus. In einem, bezeichnenderweise „Soziale Komödie“ betitelten Artikel in der Nr. 5 vom 5. Oktober 1910 der „Hamburger Nachrichten“ glaubte er klipp und klar den Nachweis erbracht zu haben, daß „Theorie und Praxis des sozialdemokratischen Unternehmertums einander wesensfremde Begriffe sind“, daß die Obergewalt in ihren Betrieben dieselben Ausbeutererpressungen beobachten wie die meisten Leser seines Scharfmacherorgans. Der Schreiber schildert die nach außen hin sich schön präsentierenden großen Bauten der „Produktion“, die aber in ihrem Innern die Unfähigkeit sozialdemokratischer Verwaltung erkennen ließen. Und zu dieser alle Ausbeuterseelen in hohes Entzücken versenkenden Entdeckung haben einige Vorkämpfer der auf den „Produktion“-Bauten beschäftigten Malergehilfen gegen den Meister Weiße, der als einer der Mindestfordernden die Arbeit erhalten hatte, geführt. Weiße soll die Arbeiten zu billig angenommen und, um auf seine Rechnung zu kommen, die Gehilfen zu minderwertiger Arbeit getrieben haben, wofür hätte die — Verwaltung der „Produktion“ verantwortlich macht. Die Vorkämpfer der Gehilfen wurden in einer Vorstandssitzung des Malerverbandes vorgebracht, doch hat der Vorstand keinen Anlaß gefunden, gegen Weiße Stellung zu nehmen, da dieser einen Pfennig über den Minimalstundenlohn bezahlte und sich auch sonst in den Grenzen des Tarifvertrages gehalten hatte. Ueber diese Sitzung berichtete Hübbe in Form eines Protokolls in seinem Blatte. Er nannte Weiße einen „bekannten Schmuhkonkurrenten“ und „6000 Marx-Genossen“, der seine ihm übertragenen Arbeiten zusammengepöckelt und Anstriche „geparnt“ habe, und erklärte, Unterschriften von den Gehilfen zu besitzen und den Beweis der Wahrheit für seine Angaben erbringen zu wollen.

Hierzu ward Hübbe in einer von dem so arg angegriffenen Malermeister Weiße gegen ihn angelegten Beleidigungssache Gelegenheit geboten. Die Verhandlung fand am Mittwoch vor dem Schöffengericht IV zu Hamburg statt. Herr Hübbe sprach von seiner politischen Mission gegen die Sozialdemokratie und wies, da er den Wahrheitsbeweis antreten wolle, den vom Vorsitzenden angebotenen Vergleich — glatte Jurisdiktion der inkriminierten Behauptungen — zurück. Aber bald sah er fallen Blatt um Blatt. Die angeblich wegen zu geringer Arbeitsleistung entlassenen Gehilfen sagten aus, sie seien entweder freiwillig gegangen oder es sei keine Arbeit mehr vorhanden gewesen. Einige Gehilfen — es waren 28 Zeugen geladen — erklärten allerdings, sie hätten ein bestimmtes Arbeitsquantum leisten müssen, das von anderer Seite als nicht zu groß bezeichnet wurde. Von minderwertigem Material und Pflasterarbeit war keine Rede, doch soll in einigen Fällen aus Versehen ein Anstrich „geparnt“ worden sein, wofür aber nicht der positive Beweis erbracht zu werden vermochte. Die so hämisch angegriffene Verwaltung der „Produktion“ hat von diesen Dingen erst Kenntnis durch den Hübbeschen Artikel erhalten. Ein Sachverständiger von der Hamburger Gewerkschaft kam herbei, daß die Arbeiten in ihrer Gesamtheit besser zur Ausführung gelangt seien als auf anderen ähnlichen Bauten. Die Arbeiten seien allerdings zu billig angenommen worden, dabei könne kein Meister seine Rechnung finden. Weiße bemerkte hierzu, daß er dabei ganz gut verdient habe, da er stets am Bau anwesend war und mitgearbeitet habe.

Der Vorsitzende legte dem Angeklagten wiederholt nahe, seine Behauptungen zurückzunehmen. Das lehnte Hübbe ab. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach achtsündiger Verhandlung zu einer Geldstrafe von 100 M. oder 20 Tagen Gefängnis, weil der Artikel gehässige und gefährliche Angriffe enthalte. Mit solchen Waffen solle man keinen Kampf, auch keinen politischen, führen. Außerdem erkannte es auf Urteilspublication in den „Hamburger Nachrichten“ und im „Hamburger Echo“.

Dieses Urteil wird dem berufsmäßigen Berungümpfer „sozialdemokratische“ Betriebe, der sich auch als Verächter von — Gehilfeninteressen aufspielte, nicht abhalten, seine Nase bald wieder in eine andere „sozialdemokratische Druckstätte“ hineinzustechen. Das ist ja sein Metier!

Sur Luftbarkeitssteuer.

Das Offizierkorps des Grenadierregiments Nr. 6 in Posen war wegen eines Falles mit 12 M. zur Luftbarkeitssteuer herangezogen worden. Auf die Klage des Korps erkannte das Oberverwaltungsgericht jetzt gleich dem Bezirksauschuß dahin, daß das Korps von der Luftbarkeitssteuer freizustellen sei. Begründend wurde ausgeführt: Wahrgenommen sei die örtliche Steuerordnung. Diese unterstelle der Steuer, in Abweichung von der Luftbarkeitssteuerordnung, neben den öffentlichen Luftbarkeiten die Luftbarkeiten von „Vereinen oder Gesellschaften“. Bei diesem Wortlaut könne diese Luftbarkeitssteuerordnung nicht auf den Fall eines Offizierkorps bezogen werden, denn weder sei der Fall öffentlich, noch sei das Offizierkorps ein Verein oder eine Gesellschaft im Sinne der Steuerordnung. Es fehle die Voraussetzung der Freiwilligkeit des Beitritts. — Nun bliebe ja noch die Möglichkeit, daß nicht das Offizierkorps als solches den Fall veranlassen hätte, sondern daß einige Offiziere sich zum Zweck der Veranstaltung eines Falles für das Offizierkorps zusammengetan hätten. Diese veranlassenden Offiziere würden dann eine zum Zweck der Veranstaltung zusammengesetzte Gesellschaft sein. In dem Falle würde der Fall der Steuer unterliegen, wenn es sich um eine Steuerordnung im Sinne der Mustersteuerordnung handelte, da darin auch der Steuer unterworfen würden die Tanzlustbarkeiten, welche von solchen Gesellschaften, die zu diesem Zweck zusammentraten, veranstaltet würden. Eine derartige Bestimmung enthalte aber die Posener Luftbarkeitssteuerordnung nicht. Damit scheide jede Möglichkeit aus und es rechtfertigte sich die Freistellung von der Steuer.

Milbe gegen Gutbesitzer.

Das Schöffengericht in Marienburg (Westpreußen) verurteilte den Gutbesitzer Anton Diegath aus Rohndorf, der ein an Holzkamp vererbendes Schwein seinen Leuten zum Verzehren gegeben hatte, zu 3 M. Geldstrafe. Auf diese geringste zulässige Strafe wurde erkannt, weil die Leute nach dem Genuß des Fleisches gesund geblieben waren. — Wie würde es in einem gleichen oder ähnlichen Falle einem Fleischermeister ergangen sein, und wie, wenn die Verzehrenden nicht Landarbeiter, sondern Gutbesitzer gewesen wären?

Sind Gewerkschaftsorganisationen „Verabredungen“ gemäß § 153 der Gewerbeordnung?

Diese Frage wurde in einem auch noch in anderer Beziehung interessanten Strafverfahren vom Kammergericht dieser Tage bejaht!

Auf dem Kasernenbau in Croyen waren etwa 60 Maurer beschäftigt, die sämtlich dem Zentralverband deutscher Maurer angehörten. Als der Maurer Körner dort ansah, der dem Verband nicht angehörte, nahm der Vertrauensmann mit den andern Kollegen Rücksprache und suchte dann Körner zu bewegen, dem Zentralverband beizutreten. Dieser lehnte das ab. Darauf sagte das hingekommene Verbandsmitglied Häusler zu Körner, daß alle andern die Arbeit niederlegen werden, wenn er nicht beitrete. Körner werde nicht mit ihm zusammen arbeiten, wenn er nicht beitrete. Körner habe dann auf diesem Bau mit der Arbeit auf. Häusler wurde demnächst vom Landgericht Croyen, als der zweiten Instanz, wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung verurteilt, wonach mit Gefängnis zu bestrafen ist, wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erpressung oder

durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen im Sinne des § 153 teilzunehmen. (Der § 153 hebt auf alle Verbote und Strafbestimmungen wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.)

Das Kammergericht führte unter anderem begründend aus: Es liege hier eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung vor. Die Worte, daß man die Arbeit niederlege, wenn er nicht beitrete, hätten Körner nahelegen sollen den Gedanken, daß der Arbeiter eher entlassen werde, als daß er die ganzen anderen Maurer gehen lasse. So sei das die Androhung eines Übels gewesen. Daß es Körner auch so aufgefaßt habe, werde dadurch bekräftigt, daß Körner die Arbeit niederlegte. Ebenso steht fest, daß der Verband der Maurer, dem beizutreten Körner bewegen werden sollte, eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sinne des § 153 sei.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten dagegen eingelegte Revision mit folgender Begründung: Eine solche gewerkschaftliche Vereinigung, welche die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrebe, sei als eine „Verabredung“ im Sinne des Strafparagrafen 153, der im Gegensatz zu § 152 nur von Verabredungen spreche und nicht von Vereinigungen und Verabredungen, anzusehen. Auf diesem Standpunkt stehe auch das Reichsgericht. Ohne Rechtsirrtum sei auch festgestellt, daß eine Drohung und Verrufserklärung im Sinne des § 153 beabsichtigt worden und eingetreten sei. Mit Recht sei deshalb Angeklagter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung verurteilt worden, weil er zu Körner gesagt habe, alle anderen Maurer würden die Arbeit niederlegen, wenn er nicht dem Verband beitrete.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 13. März verstarb unser
Genosse, der Arbeiter
Wilhelm Jentsch
Waldenstraße 3.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am Donnerstag, den 16. März, auf dem städtischen Friedhof in der Müllerstraße stattgefunden.
2267 **Der Vorstand.**

Am Dienstag, den 14. März, abends 6 1/2 Uhr, verschied nach kurzem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere herzengute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Ottile Esche
geb. Verheul
im Alter von 40 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrubt an
Die trauernden Hinterbliebenen
um stille Teilnahme bittend.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 18. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchdorfer Gemeinde-Friedhofes, Plattenborfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Parteigenossin, Frau
Anna Robbel
Berliner Straße 40 (A. Bezirk)
nach kurzem, schwerem Leiden an den Folgen einer Operation verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshofs der Reichshofen Gemeinde, Pappel-Weid, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
234/16 **Der Vorstand.**

Am 14. d. Mts. verstarb nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Schriftföhrer
Ludwig Warring
im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrenvolles Andenken bezeugt ihm das
6880
Personal der Borussia Druck- u. Verlagsanstalt (Kreuztg.).
Beerdigung am Samstag, nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem Schönberger Friedhof, Karstraße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Marie Remus
am 14. März an Lungenerleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gumnas-Richthofes in Rixdorf aus statt.
Ferner sind unser Mitglied, die Arbeiterin
Hedwig Gille
am 15. März an Ungenüden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Samstag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
113/16 **Die Ortsverwaltung.**

Hiermit die trauerige Nachricht, daß meine liebe Frau
Berta Lange
geb. Martins
im 30. Lebensjahre nach langen, schweren Leiden gestorben ist.
Dies zeigt tiefbetrubt an
Ludwig Lange.
Die Beerdigung findet Samstag, den 18. März, nachmittags 4 Uhr vom Zentralfriedhof in Friedrichsfelde aus statt.

Ferner sind unser Mitglied, die Arbeiterin
Hedwig Gille
am 15. März an Ungenüden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Samstag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
113/16 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Sohnes und Bruders, des Metallarbeiters
Rudolf Jasikowski
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der U. G. B., Brunnenstraße, Wdt. Bernice, dem Herrn Beckenmeister Bernice, dem Tsch. Bezirk des Wahlvereins, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, den Stammesgenossen und dem Gutsrit Rudolf Hinz unseren innigsten Dank.
Familie Jasikowski.

Verband der Maler, Sadiere, Aufsteiger usw.
Stille Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Gustav Hirsing
am 13. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andrastrichhofes in Büchelsberg aus statt.
128/14 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers und Großvaters, des Vaters **Heinrich Pfarr**, sage ich dem Glangverein der Puder, dem Wahlverein des 6. Reichstagswahlkreises, Bezirk 581 und allen lieben Verwandten und Bekannten, Kollegen nebst Angehörigen meinen herzlichsten Dank.
6886
Witwe Anna Pfarr
nebst Kindern.

Am 14. d. Mts. verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Großvater, Schwiegervater, der Schriftföhrer
Ludwig Warring
im 53. Lebensjahre.
Dies zeigen tieftraurig an
Emma Warring geb. Hasselberg
und Kinder.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 18. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Karstraße, Schönberg, aus statt.
40/10

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Blumenspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Paul Kossé** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Ehele, den Kollegen und Bekannten der Firma Dr. Stegenburg u. Comp. meinen innigsten Dank.
6878
Luise Kossé geb. Reinhardt.
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Blumenspenden bei der Beerdigung meines lieben Bruders, des früheren Gastwirts
Karl Münzberg, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verbands der freien Gast- und Schankwirtschaft Deutschlands, dem 13. Bezirk des Wahlvereins meinen innigsten Dank.
Jan Berta Müller
geb. Münzberg



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



Freitag, Sonnabend **Lebensmittel** soweit vorhanden

Frisches Fleisch

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

Schmorfleisch	Pfund 95 Pf.
Roastbeef	Pfund 1.00, ohne Knochen 1.30
Kamm u. Brust	Pfund 75 Pf.
Querrippe u. Gulasch	Pfund 70 Pf.
Gehacktes 60, Nierentalg 50	Pf.
Rinderzunge	Pfund 1.15, gepökelt 1.35, 1.50
Schinken u. Pökelschinken	Pfd. 70 Pf.
Kamm u. Schuft im Ganzen	Pfund 70 Pf.
Frischer Rippespeer	Pfund 80 Pf.
Kotelettes	Pfd. 85, Eisbein Pfd. 60
Lieserl 60, Rücken fett 53 Pf., 6 Pfund 3.00	
Kalbskeule	Pfund 1.00, geteilt 1.10
Nierenbraten	Pfd. 1.00, geteilt 1.10
Kalbsbrust	Pfund 90 Pf., Spitze 1.00
Kalbskamm u. Bug	80, geteilt 85 Pf.

Obst und Gemüse

Apfelsinen Dtz.	35, 40, 55 Pf.	Zitronen Dtz.	25, 35, 45 Pf.
Blut-Apfelsinen Dtz.	28, 35, 65 Pf.	Blumenkohl	Kopf 7, 13 Pf.
Kiste 100 Stück	5.40	Kopfsalat	8 Pf.
Grosse Mandarinen Pfd.	33 Pf.	Artischocken	18, 33 Pf.
Datteln	Karton 33 Pf.	Teltower Rübchen Pfd.	18 Pf.
Feigen	Kiste 20, 27 Pf.	Rhabarber	Bund 10 Pf.
Italien. Aepfel	Pfund 13 Pf.	Malta-Kartoffeln 3 Pfd.	25 Pf.
Ananas	Pfund 58, 75, 83 Pf.	Sellerieknollen	6, 8 Pf.

Räucherwaren

Kieler Sprotten	Pfd. 55 Pf.	Geräuch. Seehasen	Stück 50 Pf.
Makrelenbücklinge	St. 15 Pf.	Kieler Sprottbücklinge	35 Pf.
Ahlbecker Flundern	45 Pf.	Bratheringe	Dose 4 Liter 1.05
Kieler Bücklinge	5 Stück 10 Pf.	Matjes-Heringe	15, 20, 25 Pf.

Butter und Käse

Tafelbutter	Pfd. 1.20, 1.30	Emmentaler	Pfd. 1.10
Briekäse	Pfd. 52 Pf.	Schweizer Käse	Pfd. 80 Pf.
Camembert	2 Stück 35 Pf.	Tilsiter	Pfd. 50 Pf.
Romatour	Stück 28 Pf.	Quadratkäse	Stück 18 Pf.
Limburger	Pfd. 60 Pf.	Türk. Pflaumenmus	Pfd. 22 Pf.
Harzer Kiste	1.65, 5 Stück 10 Pf.	Bratenschmalz	Pfund 58 Pf.

Geflügel

Gänse gefroren	Pfund 40, 48 Pf.
Puten	Pfund 83, 95 Pf.
Schneehühner	78, 88, 95 Pf.
Waldschneepfen	1.50
Enten	2.25, 2.50, 2.75
Birkhennen	1.30
Suppenhühner	1.45, 1.75 bis 2.50
Brathühner	1.35, 1.65 bis 2.40
Junge Gänse, Brüsseler Poularden	zu billigsten Preisen.

Fische

Schellfische	Pfund 23 Pf.
Kabeljau in ganzen Fischen	Pfund 17 Pf.
Grosse Schollen	Pfund 26 Pf.
Rotzungen	Pfund 20 Pf.
Tafellachs in ganzen Fischen	Pfund 40 Pf. u. 1.50
Gewässerter Stockfisch	Pfund 35 Pf.
Fischwürste	Stück 15 Pf.
Lebende Schleie	Pfund 1.05
Lebende Bleie	Pfund 43 Pf.
Lebende Hechte	Pfund 75, 90 Pf.
Lebende Karpfen	Pfund 65, 75, 90 Pf.

Ständiger Verkauf Leipziger Strasse: **Feine kalte Küche**

Saucen, Salate u. Delikatessen. Arrangements von kalten Buffets, sowie einzelner Platten. Kalbskopf en tortue 1.25 Prager Schinken-Pasteten 30 Pf. Gebr. Poulets Stück 1.80 bis 2.20 Frikassee von Huhn 1.25 Sardellen-Pasteten 20 Pf.

Zum Wärmen:

4 preiswerte **Hosen** Angebote!

Pos. 1. **Hosen**
Dunkel gestreifte Kammgarnart. Sehr haltbar. Viele Muster ... **6 M.**

Pos. 2. **Hosen**
Marke „Kern u. Kraft“. Breit u. schmal gestreifte Muster. Sehr strapazierfähig ... **8 M.**

Pos. 3. **Hosen**
Gestreifte Cheviots u. Kammgarne in den neuesten Ausmusterungen **10 M.**

Pos. 4. **Hosen**
Vorzügliches Aachener Kammgarn. Sehr vornehm. Neueste Muster **12 M.**



BaerSohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenfrei.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit

Jedes Paar

Damen- oder Herren-Stiefel ohne Ausnahme **ohne Ausnahmepreis**

6⁷⁵ Mk.

„Schuh-Sport“

Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Schuh-Sport Marke „Propago“
Gesetzl. geschützt.
Alleinverkauf für ganz Deutschland
Versand nach auswärts unter Nachnahme!

ZOMAROM

Bouillon-Würfel
der beste und billigste

Nährmittelfabrik „Zomarom“ München, Promenadestraße 6.
Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.



Messer und Gabeln werden blank wie neu bei dem Putzen mit echtem **Dr. Landmann's Messer-Putz-Pulver.**

Preis 10 Pf., Streubüchse 30 und 50 Pf. Nur echt in Original-Verpackung in allen besten Geschäften zu haben.
Dr. R. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1A.

Spitzen, Tülle, Besätze, Tressen. Stets Neuheiten, allerbilligst
Alte Schönhauser Straße 47, nur I. Etage.

Erstklassige **Herrengarderobe** nur nach Maß anerkannt best. Ausführung, garantiert taubelieferer. Sie. Heft auf Teilzahlung zu Kassapreisen monatlich 10 M., wöchentlich 2.50 M.

Martin Katz, Schneidemeister,
76 Dresdener Straße 76
nahe Thalia-Theater.
Som 15. März ab 2. Geschäft in Schöneberg, Hauptstr. 158.

Stoffe

Damentuche, Damen- Kostümstoffe prima Qualitäten, Str. 2.50, 3.50 u. Zuschlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis d. Verkehrs.

Stadtverordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 16. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michelot eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Vor der Sitzung sind mehrere Ausschüsse gewählt worden. Dem Ausschuss für die Vorlage wegen Unterstützung des Philharmonischen Orchesters gehören von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtv. Basser, Glöde, Heimann, Rannasse; dem Ausschuss für die Neueinteilung der Wahlbezirke Dr. Kronz, Borgmann, Spanisch, Sassenbach; dem Ausschuss für die Schnellbahn Gesundbrunnen-Rigsdorf Dr. Bruns, Ewald, Heimann, Hingel an.

Die Magistratsvorlage wegen Festsetzung der Gemeindeinkommensteuer für 1911 auf 110 Prozent ist, nachdem inzwischen der vom Potsdamer Regierungspräsidenten geforderte Termin (12. März) verstrichen ist, gegenstandslos geworden.

Die Versammlung beginnt hierauf nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen ohne allgemeineres Interesse mit der

Spezialberatung des Stadthaushaltsplans für 1911

auf Grund der Berichte und Anträge des Staatsauschusses. Bei den Ausgaben für „Verschiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten“ hat der Staatsauschuss die 5000 M. für die wissenschaftlichen Beilagen der Schulprogramme gestrichen.

Stadtv. Direktor Sellwig (A. L.) tritt lebhaft für die Bewilligung der Summe ein.

Stadtv. Direktor Glögel (Fr. Fr.) schließt sich dem Vordrucker an.

Stadtv. Dr. Kronz (Soz.) bittet, den Ausschussbeschluss anzunehmen. Es gebe zahlreiche Zeitschriften, die sich gerade die Popularisierung der Wissenschaft zur Aufgabe machen. Andererseits trete die Anregung, sich auf diesem Wege wissenschaftlich zu betätigen, an den Lehrern nur alle 60 Jahre einmal heran. In der heutigen Zeit mit ihrem ausgebildeten Publikationswesen sei dieses Beilagenwesen ein alter Hops, und Berlin könne getrost mit dessen Abschaffung vorangehen.

Stadtv. Gassel (A. L.) ist entgegengesetzter Meinung und würde im Gegenteil wünschen, daß man statt des dreijährigen wieder den einjährigen Turnus in der Vergabe dieser wissenschaftlichen Abhandlungen adoptierte.

Die 5000 M. werden von der Mehrheit nach dem Antrage Sellwig wieder in den Etat eingestellt.

Bei dem Etat sind die Abteilungen „Badeanstalten, Desinfektionsanstalt, Heimstätten“. Zu den Ausgaben für die Heimstätten bemerkt

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Es ist in unseren städtischen Heimstätten nach dem Beschluß vom 15. Dezember 1910 ein Versuch gemacht, schwache und kränkliche Kinder dort unterzubringen. Es sind im ganzen etwa hundert Kinder der verschiedensten Kategorien aufgenommen worden, und den Kindern ist der Aufenthalt so gut bekommen, wie es nach Lage der Dinge nur möglich war. Die Folge davon ist, daß bereits jetzt im März die Heimstätten überfüllt sind. Gegenüber 508 Pflanzlingen als Durchschnitt haben wir bereits 591, und höchstwahrscheinlich wird im Laufe des Jahres diese Zahl noch wachsen. Mit ziemlicher Sicherheit kann man sagen, daß der Abschluß der Heimstätten, wie er hier vorliegt, am Schlusse des Jahres gänzlich ausfallen wird. Nachdem der Versuch so gut gelungen, müssen wir nun auch beim Magistrat darauf drängen, daß er an die Errichtung von eigenen Heimstätten für kränkliche Kinder geht, gemäß unserem ebenfalls am 15. Dezember gefassten Beschlusse.

Die Zahl der Vormeldungen ist schon jetzt sehr erheblich und wird ebenfalls weiter steigen. Im letzten Jahre sind 8,76 Proz. der Schulkinder von den Schulärzten für schulunfähig erklärt worden! Ich möchte den Magistrat bitten, die Frage von der Kommission, die die gesamte Kinderfürsorge berät, gründlich erörtern zu lassen.

Die Ausgaben für die Heimstätten werden bewilligt.

Stadtv. Dr. Wehl empfiehlt weiter einen Antrag Kronz, wonach für das städtische Rettungswesen ein eigenes Kuratorium gebildet werden soll. Die Durchführung der Versammlungsbeschlüsse auf dem Gebiete des Rettungswesens könne im allgemeinen befriedigen. Die hervorgetretenen Mängel führten sich eben auf den Mangel eines Kuratoriums zurück. In manchen Stadtteilen fehle es an Wachen, so in der Gegend vor dem Schönhauser und dem Rosenthaler Tor, der man die früher in der Kastanienallee vorhandene Wache genommen habe. Und was habe mit den hilflosen Personen zu geschehen, welche auf der Straße von Polizeibeamten aufgefunden werden? Sie sollen unter allen Umständen einer Rettungswache zugewiesen werden, so sei die Polizei von dem Magistratsbezirksamt angewiesen worden, nur für den Fall der Notwendigkeit ärztlicher Hilfe solle er in seine Wohnung geschickt, bei Mangel von Legitimationspapieren aber in Polizeigewahrsam genommen werden. Keinerdings hätten sich da mehrere Fälle ereignet, die man beanstanden müsse. Zweckmäßig sei, diese Personen auf einer Tragbahre in die Rettungswache zu schaffen; die Polizeibeamten griffen oft sehr roh zu.

Bürgermeister Dr. Reide: Der Magistrat hat sich noch nicht erneut mit der Frage beschäftigt, ob schon

der Zeitpunkt zu einer Aenderung gekommen ist;

ich glaube aber, er wird sich auf den Standpunkt des Vordruckers stellen. Der Vertrag mit den drei Institutionen läuft am 1. April 1912 ab; die Frage wird vorher vom Magistrat erledigt werden.

Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.): Gegenüber dem Rettungswesen stehen wir noch wie vor auf dem Standpunkte, daß die volle Verstaatlichung manderlei Bedenken unterliegt. Wenn wir dem Antrag auf Einsetzung eines Kuratoriums zustimmen, so tun wir das ohne Aenderung unserer prinzipiellen Anschauung.

Der Antrag Kronz wird angenommen.

Zum Etat für die städtische Zentrale Buch gelangt eine vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution zur Annahme: „Den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, durch welche für die Zentrale Buch ein Kuratorium aus Mitgliedern beider Gemeindebehörden geschaffen wird.“

Stadtv. Glögel berichtet über den Etat der Gemeindefschulen. An den Bauraten hat der Ausschuss 4 Abträge von im ganzen 250 000 M. beschlossen und den Antrag auf Einstellung von 4 ersten Bauraten für die Schulen in der Kasplauet-, Bütticher-, Zelle- und Osener Straße abgelehnt.

Stadtv. Sellwig (A. L.) bedauert die Streichung und lenkt die Aufmerksamkeit auf die unerhörten Zustände in den Mietschulen Frankfurter Allee 4 und 7. Er protestiert auch gegen die Beibehaltung der schädlichen Gasheizung in den Gemeindefschulen.

Stadtv. Leib (Soz.): Wie wenig der Etat diesmal auch nur den dringendsten Anforderungen entspricht, dafür ist der Schuletat ein klassischer Beweis. Die Schulverwaltung hatte fünf Millionen für Neubauten geordert, davon hat der Magistrat drei Millionen gestrichen! Die Schulverwaltung hatte doch sicher ihre Anträge genau geprüft; sie hat gewiß nur die allerdringendsten Forderungen gestellt. Wir haben es in Berlin noch mit einem ganz umfangreichen Mietschulensystem zu tun. Wir haben nicht weniger als

30 Mietschulen mit 492 Klassen und 90 100 Kindern! (Hört! hört!) Davon waren nur sehr wenige Privatschulen; in der Hauptsache sind es zu Schulzwecken hergerichtete Wohnräume, die weder in pädagogischer noch in hygienischer Hinsicht den Anforderungen entsprechen. An einigen Stellen haben sie sich in einer Weise gehäuft, daß Abhilfe dringend nötig ist, so in der Schönhauser Vorstadt, auf dem Gesundbrunnen, im Frankfurter Viertel, in der Nähe des Birchow-Krankenhauses. Abhilfe kann nur eintreten, wenn mit neuen

Schulbauten schnell vorgegangen wird. Unter den Mietschulen entspricht eine ganze Reihe auch nicht den geringsten Anforderungen; die Schulverwaltung erklärt, auf die Dauer die Verantwortung nicht tragen zu können. (Hört! hört!) Es ist beschämend für die Stadt, daß wir uns erst von der Regierung nötigen lassen müssen, dieses Mietschulensystem zu verlassen und eigene Schulen zu erbauen. Darum erklären es meine Freunde für dringend notwendig, die vier Schulen, die im Etat gar nicht stehen, in den Etat einzusetzen; diese Schulen sind ja längst von der Verwaltung bewilligt worden. Wir beantragen, für jede dieser 4 Schulen eine erste Rate von 200 000 M. einzustellen. Wir sind damit noch unter die Anträge der Schulverwaltung hinuntergegangen. Wir wollen, nachdem der Ausschuss diesen Antrag abgelehnt hat, der Versammlung Gelegenheit geben, zu bekunden, wie sie über diese Sache denkt. Auch die vom Ausschuss beschlossenen Abträge halten wir für verfehlt. Im Ausschuss ist festgestellt worden, daß die Ansicht, es brauche nur bewilligt zu werden, was im Jahre verbaud werden kann, insoweit irrig ist, als die rechnungsmäßig noch vorhandenen Baugelber bereits verbaud, nur noch nicht ausgegeben waren. Die Lieferanten müssen natürlich bezahlt werden. Bei einer Schule, die schon am 1. Juli bezogen wird, müssen jetzt alle Restsumme 349 000 M. bewilligt werden; das beweist doch nur, daß vorher die Raten nicht so ausgemerzt worden sind, wie es vom Standpunkte einer gesunden Finanzpolitik verlangt werden muß. Für 2 neue Gemeindeforschulen in der Anton- und Dunderstraße hat man die ersten Bauraten mit 100 000 M. viel zu niedrig bemessen; die Bauraten müssen doch vernünftig auf die Bauzeit verteilt werden. Wir beantragen, diese beiden ersten Raten auf je 250 000 M. zu erhöhen und die vom Ausschuss vorgeschlagenen Abträge bei den 4 anderen Schulen abzulehnen. Die Kulturaufgaben dürfen nicht leiden! Ist es Ihnen damit ernst, so stimmen Sie unserem Antrage zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Liebenow (A. L.) verteidigt die Stellungnahme des Ausschusses und sucht dessen Berechtigung aus den faktischen Ergebnissen der vorjährigen Revisionskampagne nachzuweisen.

Die Anträge der Sozialdemokraten werden ohne weitere Diskussion abgelehnt. Die Etats für das Gemeindeforschul-, Fortbildungs- und Fachschulwesen einschließlich der Technischen Mittelschule werden genehmigt.

Stadtv. Röber (A. L.) referiert über den Etat der Kranken- und Irrenanstalten.

Stadtv. Leib (Soz.): Wir bringen den im Ausschuss abgelehnten Antrag wieder ein: den Magistrat zu ersuchen, eine Regelung der Lohnbezüge, der Arbeitszeit und der Urlaubsfrage des in den städtischen Krankenanstalten, Irrenanstalten und Heimstätten beschäftigten Personals vorzunehmen. Der Wechsel des Personals in diesen unseren Anstalten ist außerordentlich stark; es müssen Mittel und Wege gefunden werden, ein sechshundertköpfiges Personal zu bekommen. Ein solches Mittel erblicken wir in der Aufbesserung der Lohnbezüge. Nicht daß wir dieses Mittel für ausschlaggebend halten, aber es kann sehr viel dazu beitragen, die Neigung der Leute zu verstärken, in ihrer Stelle zu bleiben. Eine größere Sechshundertköpfigkeit des Personals liegt vor allem im Interesse der Kranken. Die bestehende Regelung hat eine große Anzahl von Ungleichheiten in bezug auf Bezahlung, Arbeitszeit und Urlaubszeit nicht beseitigt. Die Handwerker- und Hausdienerbezüge differieren in den verschiedenen Krankenhäusern ganz erheblich, ebenso die Arbeitszeiten. Diese Dinge müssen möglichst einheitlich geregelt werden. In den Heimstätten besteht eine Lohnskala überhaupt nicht. Die Urlaubsfrage liegt noch sehr im argen. Es muß auch Vorsorge getroffen werden, daß während der Urlaubszeit kein Entgang der Einnahmen stattfindet. Aus diesem Grunde bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserer Resolution.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Verwaltungsbericht der Krankenhäuser pflegt ziemlich spät zu erscheinen. Wir haben bis heute nur den allgemeinen Bericht und den von dem Hause in der Gütlichenerstraße. Wenn es überhaupt einen Zweck hat, diese Verwaltungsberichte herauszugeben, dann müßte es doch etwas aktueller geschehen, damit wir doch zu der Zeit, wo der übernächste Etat zur Beratung steht, wenigstens eine Uebersicht haben über das hinter uns liegende Etatsjahr. In dem Bericht sollte auch eine Uebersicht über die in unsern Krankenhäusern im Laufe des Jahres gemachten wissenschaftlichen Forschungen gegeben werden. Warum ist die Einrichtung zahnärztlicher Behandlungszimmer in sämtlichen Krankenhäusern gestrichen worden? Wir beantragen, eine Reihe von Positionen zu erhöhen; wir konnten das nicht bereits in den Etatsauschuss, weil wir erst später erfuhrten, daß eine Kürzung der Fortbildungen der Krankenhausdirektoren vom Magistrat vorgenommen war. Wir haben in der Krankenhausdeputation die Erhöhung der Zahl der Schwestern für das Krankenhaus Friedrichshain um 6 nach gründlichster Erwägung gebilligt, denn die Direktoren erklärten uns, es liege ein Notfall vor. Der Magistrat macht sich nun die Sache sehr leicht, indem er von den 6 neuen Schwestern 3 streicht. Sparen ist sehr schön, aber hier ist es eine Kleinigkeit. Beim Birchow-Krankenhaus hat offenbar der Magistrat des Kämmers etwas sinnlos gewürdet (Unruhe), auch unter dem Personal; es sind hier 2 Assistenzärzte, 3 Schwestern und 7 Wärterinnen gestrichen. Die Deputation hatte die beiden Ärzte für die hydrotherapeutische und die pathologische Abteilung bewilligt, um die der Direktor seit 2 Jahren hat. Die neuen 3 Schwestern sind für die Nachtwachenregelung notwendig; der Magistrat meint, es wird auch mit den bisherigen 186 Schwestern weitergehen. Dasselbe gilt für die Wärterinnen. Wie die Krankenversorgung ohne die von den Direktoren beantragte und von der Krankenhausdeputation beschlossene Vermehrung des Personals sich vollziehen soll, darüber schweigt sich der Magistrat aus. Hier handelt es sich doch wirklich um eine Kulturfrage. Freilich stehen unsere Krankenhäuser jetzt auf einer gewissen Höhe; wir können mit den Einrichtungen einigermaßen zufrieden sein. Lehnen Sie unsere Anträge ab, so übernehmen Sie die Verantwortung, und diese Verantwortung ist sehr groß.

Kämmerer Dr. Steiniger: Ich bitte um Ablehnung des Antrags Leib und der Anträge Wehl. Daß wir an den Mehrforderungen der Deputation gestrichen haben, ist unvermeidlich. Wozu sind wir denn da? (Heiterkeit.) Dann könnten wir ja die Ärzte die Sache allein besorgen lassen und brauchen uns alle nicht mehr zu bemühen. Gegen den Ausdruck des „sinnlosen Wüthens meines Stilles“ protestiere ich. Stets wird ein gewisser Widerspruch zwischen den Anforderungen unserer Herren „Techniker“ und dem Stande unserer Finanzen bestehen. Die Verantwortung müssen wir tragen, ob Sie den Antrag ablehnen oder nicht. Wer soll übrigens hier solche Einzelheiten diskutieren? Es ist noch nicht dagewesen, daß Sie uns mehr Beamte in der Verwaltung abverlangt haben. (Widerspruch.) Einer der Verwaltungsdirektoren hat sich mit dem Magistratsvorsitzenden zufrieden erklärt.

Stadtv. Dr. Wehl: Der Kämmerer hat sich seine Sache sehr leicht gemacht und sie ins Ueberlicke gezogen. Der ärztliche Personal muß doch maßgebend sein, soweit es sich um das Personal für die ärztliche Versorgung handelt; die Deputation, die doch nicht nur aus Ärzten besteht, hat einmütig die Forderungen akzeptiert, deren Genehmigung wir beantragen.

Stadtv. Gassel: Anlässlich der Etatsberatung einseitig neue Beamtenstellen usw. unterseits zu beantragen, halte ich nicht für zulässig.

Die von den Sozialdemokraten gestellten Anträge werden abgelehnt.

Zum Etat der Irrenanstalten führt

Stadtv. Dr. Babel (Soz.) aus: Im vorigen Jahre sprach ich die Ansicht aus, daß wir mit unseren Irrenanstalten demnächst auf einer Art Beharrungsstand angelangt sein würden. Die Erfahrung gibt mir recht. Zum ersten Male haben wir keine

Ueberfüllung der Anstalten zu verzeichnen gehabt, auch nicht in Herzberge. Der Rückgang des Schnapsgenusses ist es, der uns weniger Kranke in die Anstalten gebracht hat. (Hört! hört!) Lieber die Schaffung eines Fürsorgeramtes für entlassungsfähige Geisteskranke haben wir schon 1909 verhandelt und an den Magistrat ein bezügliches Eruchen gerichtet; es ist aber noch nichts geschehen, obwohl beinahe zwei Jahre seit dem Beschlusse verstrichen sind. Mühte denn so lange Zeit darüber vergehen? Die Anschaffung, daß im Magistrat zu langsam gearbeitet wird, kann daraus nur neue Nahrung schöpfen. Im Laufe des nächsten Jahres werden wir Ihnen dann auch zahlenmäßig sagen können, wieviel Alkoholiker weniger gewesen sind. Es wäre also an der Zeit, die Irrenanstalten zu entbehren und für die dort untergebrachten eigenen Anstalten zu bauen. Leider sind immer noch 3000 Kranke, die wir nicht aufnehmen können. In all den 25 Jahren haben die Direktoren der städtischen Irrenanstalten immer wieder auf diesen wunden Punkt hingewiesen. Den Anstaltsdirektoren und der Sache bin ich es schuldig, heute ausführlicher auf diese Frage einzugehen. Im Jahre 1892 waren bei weitem mehr Kranke in privaten als in unseren eigenen Anstalten untergebracht. Im vorigen Jahre meinte der Oberbürgermeister bei Gelegenheit der Sejmersdebatte, es wäre doch für manche Leute besser, wenn sie sich in Privatpflege befänden. Das mag für zahlungsfähige Kranke gelten; die anderen haben es viel schlechter. Die Klagen über die Nachteile der Irrenanstalten durchziehen die Jahresberichte wie ein roter Faden.

Im Jahre 1905 waren über 2500 in Privatpflege und die Eröffnung von Buch 1906 hat kaum noch einen Einfluß ausgeübt. Nicht bloß, daß die Kranken in Irrenanstalten schlechter und ungenügender gepflegt werden, sondern das wirkt auch auf unsere städtischen Anstalten zurück. Alle Umbauten, Erweiterungen und Umwälzungen in den städtischen Anstalten haben keine Abhilfe schaffen können; im Gegenteil kam Herzberge direkt in Verlegenheit, da das Frauenhaus ausgeräumt werden mußte, um Männern Platz zu schaffen, und bis 1910 für die irren Frauen nicht zur Verfügung stand. Das Verwahngshaus in Buch mußte bald um ein weiteres vermehrt werden. Die Landhäuser für ruhige Kranke in Herzberge und Buch blieben dagegen unbenutzt, weil ruhige Kranke nicht da waren. Von Jahr zu Jahr trat klarer zutage, daß der Charakter unserer städtischen Anstalten dadurch verloren wurde, und er verdirbt weiter. Die Anstalten verlieren mehr und mehr den Charakter der Heilanstalten und gewinnen mehr und mehr den Charakter von Bewahrungshäusern. Die Anstalten sollen doch nicht Gefängnisse sein, sondern Heilanstalten. Hier leidet wirklich eine Kulturaufgabe. Wir können nicht warten, bis die Anstalt IV in Betrieb genommen werden kann, sondern ich beantrage, den Bau einer fünften Anstalt zu beschließen und den Magistrat um schnelle Vorlegung eines Entwurfes zu ersuchen.

Stadtv. Dr. Straßmann: Die meisten, die sich in Irrenanstalten befinden, sind nicht mehr Gegenstand der Behandlung in den öffentlichen Anstalten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Nach Genehmigung des Etats der Irrenanstalt wird die Etatsberatung für heute abgebrochen, um am nächsten Mittwoch in einer außerordentlichen Sitzung fortgesetzt zu werden.

Die Versammlung erledigt dann noch eine lange Reihe von Vorlagen.

Für den Verband Märktischer Arbeitnachweise wird ein Mitgliedsbeitrag von 2000 M., für den Verein zur Beförderung des Gewerbetriebs ein solcher von 20 M. in den Etat für „Zuwendungen an gemeinnützige Anstalten und Vereine usw.“ nachträglich eingestellt.

Zu den Kosten der Deutschen Antarktis Expedition unter Oberleutnant Filchner wird ein Beitrag von 10 000 M. bewilligt.

Der spezielle Entwurf zum Neubau der städtischen höheren Rebeschule am Warschauer Platz und an der Rappelerstraße, Kostenanschlag 1 280 000 M., findet ohne Debatte die Zustimmung der Versammlung.

Das Abkommen mit der Baugesellschaft Bellevue, betreffend die Regulierung des westlichen Damms der Greifswalder Straße von der Garmen-Schloßstraße bis zur Reichsbildgrenze und der Magistratsantrag auf Erwerb des Straßengrundes der Grundstücke Greifswalder Straße 126—131 und 134—137 im Enteignungsverfahren werden genehmigt, ebenso nach kurzer Besprechung durch den Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.) der mit Weichensee abgeschlossene Vertrag über die Erwerbung von Vorflut für Regen und Abwasser aus der Gemeinde Weichensee.

Mit der Gewährung eines Beitrages von 200 M. zu den Kosten der Instandsetzung der Kirchhofsmauer in der dem Berliner Patronat unterliegenden Kirchengemeinde Falkenberg erklärt sich die Versammlung einverstanden, ebenso mit der Annahme des Vermächtnisses von 10 000 M. des Weichensees Bauers Niemann und der von dem Stadtv. Solmich angebotenen Stiftung von 30 000 M. zu Beihilfen und Reisen für wissenschaftliche Arbeiten an städtischen Anstalten angelegter Ärzte.

Dem Beschluß der Versammlung, die Zufahrtsstraße von der Landsberger Straße zum Georgenkirchplatz auf 19 Meter zu verbreitern, ist der Magistrat beigetreten.

Die Umgestaltung des Valienplatzes nach dem vorgelegten Magistratsentwurf wird genehmigt.

Für eine am 2. April zu veranstaltende Gedächtnisfeier für den verstorbenen Stadtv. Münsterberg wird die kostlose Ueberlassung des Rathsauffestsaales genehmigt.

Mit dem Erwerb der zur Verbreiterung der Landsberger Straße erforderlichen Flächen von den Grundstücken Nr. 60 und 62/63 im Enteignungsverfahren erklärt sich die Versammlung einverstanden, ebenso mit der Veränderung des Projektes für Erweiterungsbauten auf dem Wasserwerk Müggelsee.

Schluss 9 Uhr.

Haus Industrie und Handel.

Das zweischneidige Schwert.

Wenn ein Nationalliberaler sich gegen das herrschende Schutzsystem erklärt, dann müssen die Schäden schon gar nicht zu übersehen sein. Das bestätigt der nationalliberale Kandidat Reiff, der nach einem Verzicht im „Landesboten“ in einer Versammlung u. a. ausgeführt hat:

Unsere Bauern haben Interesse an der Viehzucht. Das ist derjenige Zweig der Landwirtschaft, der allen Stürmen standhalten wird, weil seine Abhängigkeit mit der Volkswirtschaft zugleich dauernd wächst. Die Schutzpolitik zeitigt keinen Vorteil für die Landwirtschaft. Wir sind, wie die Statistik zeigt, in Waden in der Viehzucht zurückgegangen. Durch den Futtermangel wurde der Bauer gezwungen, Vieh abzuschaffen. Unsere Bauern im Danauer Land glauben schon lange nicht mehr an den Nutzen der Schutzzölle.

Nationalliberale und Zentralkleriker machen aber trotzdem die Schutzpolitik mit, nicht weil sie die wirtschaftlichen Schäden dieses Systems für die breite Masse und Deutschlands Wirtschaft überhaupt verkennen, das ist ja kaum möglich, sie schützen sich aus politischen Gründen. Aus Fremdbestimmtheit zu den Agrariern und Schutzmachern unterliegt man ein Wirtschaftssystem, das einzelne Leute zu Millionären macht, aber die Gesamtheit des Volkes in schwerster Weise schädigt.

Geschäftsergebnisse von Hypothekendarlehen.

In der folgenden Übersicht sind einige Ziffern aus den bisher erschienenen Geschäftsberichten von Hypothekendarlehen zusammengestellt. Die Zusammenstellung enthält das Aktienkapital in 1000 M. für die beiden letzten Geschäftsjahre, den Bilanzjahresabschluss am Ende des letzten Geschäftsjahres, die Dividendensumme für die beiden letzten Geschäftsjahre in 1000 M. und die Dividendenziffer in Prozent des Aktienkapitals:

Name der Bank	Aktienkap. in 1000 M.		Dividende in 1000 M.		in Proz.
	1909	1910	1909	1910	
Sächs. Hypoth.- u. Wechselbank, Rüdow	54 250	57 143	1 093	424	19
Hypothekendarlehen in Hamburg	30 000	20 000	818	236	9
Deutscher Hypothekendarlehen in Berlin	25 500	28 500	530	618	7
Sächs. Boden-Kredit-Aktienbank, Dresden	25 500	25 500	448	180	7
Preuss. Hypothekendarlehen, Berlin	18 000	21 000	322	480	8
Preuss. Hyp.-Kredit-Berein	16 125	19 807	350	649	8
Berliner Hypothekendarlehen	15 000	18 000	309	578	11
Deutsche Hypothekendarlehen, Berlin	15 000	15 000	270	08	8

Die Dividendenverhältnisse der Hypothekendarlehen sind also gleich geblieben, obwohl das dividendenberechtigte Aktienkapital bei einigen Unternehmungen nicht unerheblich gestiegen ist.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Vorkämpfer der Frauenemanzipation.

Die Frauen, die in diesen Tagen zur ersten internationalen Rundgebung für das Frauenwahlrecht rufen, haben allen Anlaß, bei einem Rückblick auf die Geschichte ihrer Emanzipationsbestrebungen voller Anerkennung eines Mannes zu gedenken, der vor mehr als hundert Jahren schon zugunsten ihres rechtlosen Geschlechts Forderungen erhob, die von der gebildeten bürgerlichen Männerwelt unserer Zeit noch mit Spott und Hohn überhäuft werden. Theodor Gottlieb von Hippel hieß jener Mann, und das Buch, in dem er sich der Frauen so warm annahm, trägt den Titel: „Ueber die bürgerliche Verbesserung der Weiber“. Geboren wurde Hippel 1741 zu Gerbarden in Ostpreußen. Mit 15 Jahren bezog er die Hochschule in Königsberg, um Theologie zu studieren; später ging er zur Rechtswissenschaft über. Er starb 1796 als hochangesehener Stadtpräsident und Advokat, dem ein preussischer Ministerposten in Aussicht stand. Eine Reihe von humoristischen und philosophischen Schriften ließ er ebenso wie die obengenannte Schrift seiner Stellung wegen anonym erscheinen. Seine völlig vorurteillose Stellungnahme zur Frauenfrage ist um so höher zu bewerten, als zu jener Zeit in der deutschen Frauenwelt noch kein Ruf nach Befreiung ihres Geschlechts erklingen war. Sicher ist, daß die in der französischen Revolution von Frauen erhobenen Forderungen nach Gleichberechtigung anregend und befruchtend auf Hippel gewirkt haben. Sein für uns interessantes Werk ist heute nur noch in der 14bändigen Gesamtausgabe (Berlin 1828 bis 1830) zugänglich. Der 1792 erschienene Erstdruck ist im Buchhandel vergriffen. Eine kleine Ausgabe daraus hat A. v. Winterfeld in der Sammlung „Kultur und Fortschritt“ (J. Dietrich, Leipzig) erscheinen lassen.

In dem genannten Buche tritt Hippel u. a. für so moderne Forderungen wie gemeinsame Erziehung der Geschlechter, Zulassung der Frauen zum Medizinstudium und der Rechtspflege ein. Zu dem letzten Punkt sagt er an einer Stelle:

„Sollte sich einst die bürgerliche Verbesserung der Weiber bis auf die Rechtspflege erstrecken und das Recht ausüben, ein Pöbel einer besonderen besondern Männerklasse zu sein; vor alsdann wird man anfangen, einzusehen, daß Rechtspflege nicht heißt, im Drafelton unverständliche Formeln herlesen, die nur wirksam sind, weil über der Waage auch das Schwert liegt, sondern daß sie sich bemühen muß, die Parteien über Recht oder Unrecht zu belehren und zu überzeugen, wenn sie einen Teil der Ehre verdienen will, die sie sich jetzt so grenzenlos und machtvollkommen beilegt.“

Schon fängt der Gedanke an, sich je länger je mehr zu regen, daß nur Gleichheit zwischen den Geschlechtern, wenn Recht nicht ein toter Buchstabe bleiben, sondern ein lebendiger werden soll. Würde es indes nicht schreiendes Unrecht sein, bis dahin, und ehe jener glückliche Punkt in der Wege zum Feuer ausschlägt, den Weibern die Richter- und Schöppenstühle zu verschlecken?“

Wielles urante „schreiende Unrecht“ beabsichtigt die bürgerliche Mehrheit des Deutschen Reichstags 109 Jahre, nachdem Hippel seine Forderung aufgestellt, abermals zu sanktionieren. Man lese darüber nach in den Reichstagsberichten über die Reform der Strafprozessordnung vom Jahre 1911.

Hippel tritt begeistert für volle bürgerliche Rechtsgleichheit zwischen Mann und Frau auf allen Gebieten ein. Sein Bestreben ist es, „an der Herabsetzung der galanten Vorkämpfer, der bürgerlichen Vertriebe und häuslichen Zwänge“ zu arbeiten, in denen sich „das schöne Geschlecht“ befindet. „Das fräuliche Geschlecht soll in der Gerechtigkeit und nicht in der Gnade wachsen“. Er geniesst enthusiastisch die Vorfreude auf den Tag der Erlösung für das schöne Geschlecht, wenn man Menschen, die zu gleichen Rechten berufen sind, nicht mehr in der Ausübung derselben behindert“. An anderer Stelle fragt er: „Gibt es außer dem Unterschiede des Geschlechts noch andere zwischen Mann und Weib?“ und antwortet mit Nein. Er spottet über die, die dem weiblichen Geschlechte alle Geisteszustände abstreifen und stellt sie in eine Reihe mit jenen Einfaßstücken, die den Amerikanern, denen man auf die Aussage einiger Beobachter, die keinen Wert bei ihnen gesehen hatten, dieses männliche, übrigens sehr beschwerliche Ehrenzeichen nicht nur abspriachen, sondern aus dem Rang der selben auch die Folge ableiteten, daß die Natur ihnen die Reime dazu verlagert habe und daß sie mithin zu einer weit geringeren Menschenklasse gehörten, nicht minder, daß sie unmöglich von einem Erpater mit uns abstimmen könnten.“

Hippel's „Verbesserungs“-vorschläge gipfeln in folgenden Sätzen: „Soll es denn aber immer mit dem anderen Geschlechte so bleiben, wie es war und ist? Sollen die Menschenrechte, die man ihm so schände entziehen hat, sollen ihm die Bürgerrechte, die ihm so ungebührlich vorenthalten werden, auf ewig verlorren sein? Soll es im Staat und für den Staat nie einen absoluten Wert erhalten und immerdar beim relativen bleiben? Soll es nie an der Staatsgründung und Erhaltung einen unmittelbaren Anteil behaupten? Soll es nie für sich und durch sich denken und handeln? ohne End- und Ziel nur als Scherbenstücke gelten?“

„Wie kann man Weiber von Staatsdiensten ausschließen, insoweit er sich mit der Gesetzgebung oder Gesetzausübung beschäftigt? Will man etwas den Weibern die Wege in diesen Dingen abschlagen, um sie nicht unsere Schwäche da stehen zu lassen, wo wir den höchsten Grad unserer Stiele hieroglyphisch vorgeben.“

Bürgerin, Mitglied und nicht bloß eine Schatzbesitzerin des Staates soll die Frau werden.

Man sieht, in diesen etwas altmodisch veränderten Sätzen tritt in reiner Form die alte naturrechtliche Auffassung vom vollen Bürgerrecht der Frau als einem Menschenrecht zutage. Allein diese Auffassung war zu ihrer Zeit, als das Leben und Wirken des Weibes sich noch in den vier Wänden des Hauses abspielte, historisch wohl begründet. Die große wirtschaftliche Wandlung, die inzwischen das Leben der Frau revolutioniert hat, trägt in unseren Tagen dem alten Rechtswort neue und nicht minder durchschlagende — weil soziale — Motive zu Förderung der Gleichstellung der Geschlechter hinzu. Galt und Widerhall soll ihnen unser Brauttag, der 10. März, künden, und dankbar wollen wir uns an diesem Tage auch Hippel's erinnern, des tapferen, warmherzigen Antivalis der Frauen, der das schöne Wort sprach:

„Der Mensch ist zur Freiheit geboren; sie ist die Sonne, deren Einfluß alles hervorbringt. — Da wo Freiheit unterdrückt wird, kann nichts, was menschlich ist und heiligt, zu Kräften kommen.“

Verammungen.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Am Sonntag hielten die Maurer in der Germania ihren Generalversammlung ab, die den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte. Sie bildete den Abschluß der 19jährigen Tätigkeit des Zweigvereins Berlin, der jetzt in den Bauarbeiterverband aufgegangenen Zentralverband der Maurer. Die Versammlung wurde mit dem Vortrag von Arbeiterkämpfern durch die vereinigten Gesangsvereine der Bauarbeiterchaft eröffnet, und die feierliche Stimmung, die dadurch erweckt wurde, fand ihren Widerhall in einem Vortrage des Arbeitersekretärs Paul aus Hannover über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Maurerbewegung. Der Vortragende, der schon seit dem Jahre 1860 in den vordersten Reihen der Maurerbewegung und der politischen Arbeiterbewegung steht und 1878 unter der Fuchel des Sozialistengesetzes seine Vaterstadt Berlin verlassen mußte, verhandelt es vortrefflich, aus den Kämpfen vergangener Zeiten Belehrung zu weiden für die Kämpfe der Gegenwart und Zukunft, und seine Worte machten einen tiefen Eindruck auf die Versammelten. Dann verlas der Kassierer Wartenberg die Abrechnung vom 4. Quartal und im übrigen stand der in einer 67 Seiten starken Broschüre vorliegende Jahresbericht zur Diskussion. Aus dem Bericht ist folgendes hervorzuheben. Die Bauarbeiterzahl war im Jahre 1910 nicht derartig, daß für alle Arbeiter des Baugewerbes hinreichend Beschäftigung vorhanden war, vielmehr war beständig ein mehr oder minder großer Teil arbeitslos. Bei dem milden Winter ruhte die Arbeit selbst auf den Hochbauten nur an einigen Tagen, aber diese ziemlich andauernde Winter-tätigkeit jamm dem Umstand, daß nicht genügend neue Bauten hinzukamen, hatte zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit im Frühjahr nicht so war, wie es sonst wohl zu erwarten gewesen wäre. Es meldeten sich im Frühjahr 10 Proz. der Mitglieder des Zweigvereins arbeitslos. Rechtzeitig auf die Arbeitslosigkeit im Maurerberuf wirkt fortwährend der Umstand, daß der Eisenbahnbau sich immer mehr und mehr geltend macht, bei dem in der Hauptsache ungelernete Arbeiter beschäftigt werden. Wenn der Betonbau auch meist nur für Warenhäuser und Fabrikgebäude angewandt wird, so bilden diese doch einen so großen Teil der Bauwirtschaft Groß-Berlins, daß sich der Anfall an Arbeit im Biegelbaugewerbe immer mehr fühlbar macht. Den jüngeren Maurern wird deshalb im Bericht der Rat gegeben, sich eventuell dem Betonbau zu widmen, wobei ein Unterschied in den Löhnen kaum noch in Frage kommt. Es wird dann im Bericht der Verlauf der Lohnbewegung geschildert, die ja bekanntlich mit einem Schiedsspruch endete, der Erhöhung der Stundenlöhne um zunächst 8 Pf., und zum 1. Oktober 1911 um weitere 2 Pf., für die Einsteiger um 5 Pf. und dann um 2 1/2 Pf. brachte. Bautenkontrollen wurden im vergangenen Jahre zwei ausgeführt, eine am 15. März und eine am 6. September. Bei der ersten wurden 1698 Bauten gezählt, auf denen 1086 Bolzere, 1127 Gessellen und 627 Lehrlinge beschäftigt waren. Die Arbeitszeit war für 10 765 Gessellen 9 Stunden, für 78 8/4 und für 74 8 Stunden, für 29 9/4 bis 10 Stunden. Den damaligen Tariflohn von 75 Pf. erhielten 8188; die übrigen erhielten meist höhere Löhne bis zu 1 M. Unter Tariflohn Beschäftigte wurden nur 85 festgestellt. Bei der zweiten Bautenkontrolle wurden 1809 Bauten gezählt mit 1214 Kollieren, 10 000 Gessellen und 633 Lehrlingen. Stützliegende Bauten wurden 91 gezählt und bei 66 war Mangel an Geld die Ursache der Störung. 684 Gessellen waren zu dem neuen Tariflohn von 78 Pf. beschäftigt, aber 1294 erhielten bereits 80 Pf., 122 85 Pf. und außerdem kamen für 310 Kassenlohn in Betracht, die meist etwas höher waren als der Tariflohn. Nur 70 Pf. hatten die meisten Löhne dermaßen, daß der Durchschnittsverdienst sich auf 78,56 Pf. stellte. Interessant ist auch eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Kontrollen in den Jahren 1904 bis einschließlich 1910. In diesen 7 aufeinanderfolgenden Jahren war die Anzahl der Bauten 1144, 1470, 1445, 1220, 1166, 1721 und 1800; die Zahl der Gessellen 10 583, 12 021, 12 578, 6802, 7715, 11 077 und 10 000; die der Lehrlinge 1346, 1507, 1518, 1506, 1023, 774 und schließlich 633 im Jahre 1910. Während also die Zahl der Gessellen mit dem Steigen und Sinken der Konjunktur ungefähr gleichen Schritt hält, ist seit dem Jahre 1908 ein ständiger und außerordentlich harter Rückgang in der Zahl der Lehrlinge eingetreten. Offenbar hat die starke Entwidlung des Eisenbahnbau zu beigetragen, daß man es in weitaus den meisten Fällen nicht mehr als zweckmäßig ansieht, einen Jungen das Maurerhandwerk lernen zu lassen. Aus den Verhältnissen der verschiedenen Sektionen und Branchen des Zweigvereins ist zu erwähnen die Lohnbewegung in der Betonbaubranche, die mit der der übrigen Bauarbeiterchaft gemeinsam eingeleitet und dann auch durch Schiedsspruch erledigt wurde, dem sich diese Branche jedoch nur leiberritend und mit Rücksicht auf den Beschluß der Mehrheit der Bauarbeiterchaft unterwarf. In der Gipfbaubranche kam es am 15. Juli zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages, der im allgemeinen dieselben Lohnerhöhungen bietet, wie sie der übrigen Bauarbeiterchaft zugestanden sind, jedoch so, daß die Fuhrerträger noch eine besondere Zulage von 1/4 Pf. erhielten. Ferner haben die Kunststeinehersteller eine Lohnbewegung durchgemacht, die zum Abschluß neuer Tarifverträge führte. Die Bibliothek des Zweigvereins, die jetzt 2872 Bände zählt, wurde von den Mitgliedern 2392 mal in Anspruch genommen.

Die Jahresabrechnung schließt für die Sektionen mit der Bilanzsumme von 173 099,13 M. ab. Der Kassenbestand der Sektionen ist von 121 088,65 M. auf 135 711,74 M. angewachsen. Die Einnahmen der Zweigvereinslöse betragen im ganzen 729 302,85 M., die Ausgaben 530 028,62 M., so daß sich der Gesamtbestand am Jahresschluß auf 189 888,03 M. belief. Unter den Ausgaben sind 352 789,21 M., die in bar an die Hauptstelle gezahlt wurden, 66 485,55 M. Krankenunterstützung, 12 068,63 M. Sterbeunterstützung, 2675,32 M. für Rechtschutz, 1523,60 M. Gemahregelunterstützung. Die Mitgliederzahl war am Jahreschluß 8378.

Die Generalversammlung beschloß noch kurzer Debatte, der Bilanz auf 500 M. zu überweisen. — Feierlich, wie sie eröffnet worden war, schloß die Versammlung auch mit Vorträgen des Gesangsvereins.

Aus aller Welt.

Sturmwetter im Kanal.

Durch schwere Stürme, die seit einigen Tagen den Kanal zwischen Frankreich und England heimsuchen, ist in Frankreich, England und Belgien großer Schaden angerichtet worden. Auf See haben sich mehrere Schiffsunfälle ereignet. Aus Ostende, Westende und Newport wird berichtet, daß die dortigen Kanal- und Hafenanlagen arg beschädigt worden sind. — In Stenninghe wurde eine Windmühle von dem Sturme umgeworfen, wobei der Mäler und sein Necht; von den Trümmern begraben wurden; in Koffnungstosfen Zustände wurden sie hervorgezogen. Auf der Höhe von Creedens ist der norwegische Dreimaster „Gildos“ bei dem Versuche, sich vor dem Sturme in den Hafen von Ostende zu retten, gesrandet. Es sind Offiziersschaften abgegangen, um das gefährdete Schiff wieder flott zu machen.

Im Hafen der englischen Stadt Gurnesey wurde ein leeres Schiffsboot aufgefunden, in dem sich Kleidungsstücke eines Matrosen, ein Fernrohr, ein Stiel einer Rorie des Kanals sowie ein Gefäß, unterzeichnet Samuel Maher, Reedereigent in La Rochelle, datiert vom 3. Februar und adressiert an den Kapitän Morvan des Schiffes „Ogie“, befanden. In diesem Briefe wird dem Kapitän mitgeteilt, daß ihn eine Ladung Jement, die von Doulogne aus Meer nach La Rochelle bestimmt sei, erwarde. Die „Ogie“ ist ein Drecker Schiff.

Das Ausbleiben jeder Nachricht über den Verbleib des Segelschiffes „Marie“, mit einer Besatzung von sechs Mann an Bord, das

am 20. Februar Dänkei-Hen (Frankreich) verließ, gibt zu ernstem Besorgnissen Anlaß. Man glaubt, daß das Schiff während des letzten Sturmes gesunken ist. Für die Jurisdiktion der Strecke nach Donarnez, wohin das Schiff bestimmt war, gebraucht ein Schiff regelmäßig acht Tage. Auch die Carlo „1507“ ist auf der Höhe von Perounon gesunken. Die aus vier Mann bestehende Besatzung konnte glücklicherweise gerettet werden.

Der „Platz an der Sonne“.

Das kaiserliche Gouvernement Nantchou bestätigt aus Tjingtau, daß dort drei Europäer, darunter der praktische Arzt Dr. Wundt, an Flecktyphus gestorben sind, daß diese Krankheit aber nicht epidemisch auftritt. Außer einem Unteroffizier sind vereinzelte Chinesen an Flecktyphus erkrankt.

Kleine Notizen.

Eine Militärpatrouille vernicht. Eine aus einem Leutnant und vier Mann bestehende Patrouille, die sich zur Zigungsdyhte in den Tiroler Dolomiten begeben hatte, wird seit Montagvormittag vermisst. Mehrere militärische Rettungsexpeditionen waren bisher erfolglos.

Brand einer Telefunkenstation. Nach einem Telegramm aus Ochofel ist nach einer dort eingetroffenen brieflichen Meldung am 17. Januar die Radiotelegraphenstation Petropawlowsk auf der Halbinsel Kamtschatka infolge der Explosion eines Petroleumbehälters niedergebrannt. Dabei erlitten zwei Beamte Brandwunden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Correspondenz findet 2 in den Proben 49, vom vier Treiben — 3 abwärts —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen der Aufsätze. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Gg. Einlaß mit dem 21. Jahre. — Elektrischen Licht 19. 1. Nach Vollendung des 24. Lebensjahres. 2. Rein. 3. Ja, wenn Sie das Verhältnißverhältnis über einen Wohnraum haben (vgl. Wandregal). 4. Salzfahrscheinlicher sind nicht wahlberechtigt. — G. S. 4. 1. Wenig Aussicht. 2. Ja, an den Justizminister. — G. S. 18. 1. In der Regel bis 11 Uhr. 2. Nur bei bestimmten, durch Staatsverträge festgelegten Straftaten. 3. Gafete 3 M. für jedes angelegene Hund. Die Eisenbahn erweist den tatsächlichen Wert. 4. Rein. — W. 78. Die Arbeitszeiten sind ungeschlecht, wenn mehr als zehn Personen beschäftigt sind. Anzeige bei der Gewerbeinspektion oder der Polizeibehörde. — M. 28. 1. Dem Gläubiger gegenüber sind Sie haftbar. 2. und 3. Es ist Befreiung möglich innerhalb zweier Jahre. — G. S. III. Ja. — G. S. 100. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, ob und in welchem Verwandtschaftsverhältnis die Erben zu dem Verlästerer gestanden haben. — P. 6. Ja. — W. 2. 11. 1. Eine so allgemeine Frage läßt sich wegen Mangel an Raum nicht beantworten. 2. Unschuldig. 3. Ja. — P. 8. 19a. Ja. — G. 23. Rein. — 54 W. 9. Nach unserem Dafürhalten sind Sie nicht zahlungspflichtig. Lassen Sie die Kassenverwaltung Ihre Verhältnisse mit — W. 18. 18. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. Geschäftsbüch wird man mit dem 21. Lebensjahre. — W. 6. 500. Sie persönlich hatten nicht.

Sonnabend, den 18. März 1911:
Großer Ball
Spanischer Chausse, Restaurant
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am
Mortplatz,
10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 3-4

Sterbekasse
ehemal. Pfingsther Arbeiter
(Helfische Kasse).
Den Mitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, daß sich die Norddeutsche Kasse vom 18. März d. J. an im
Restaurant Brunnenstr. 181
gütlicher Teil
Befindet. 6855
Um weitaus Verbreitung dieser Mitteilung bittet Der Vorstand,
J. A. G. Wagner, Vorsitzender.

Wir haben heute eine **Pollklank für Frauen** in der **Alexander-Str. 8** eröffnet. Sprechst. wochentags 11-12 Uhr.
Dr. med. Martha Wypadziński.
Dr. med. Hermine Eschweizer.
Dr. med. Grete Ehrenberg.
Berlin, 8. März 1911.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69
(Laden).
Zum 18. März empfehlen wir:
Freiligrath Gedenkblatt
— Zahlreiche Illustrationen —
Interessante belehrende Artikel.
Preis 20 Pf. 25/14*

Siegfrieds Pflanzenbutter
(Margarine)
Postpaket 7.50 Mark franko
per Nachnahme m. Verpackung
Ph. Siegfried, Brannschweig
Verandhaus 270/15*
Heinrichstr. 48 Fernsp. 2832

Kranzspenden
fabrik ämll. Blumenarrangements
Defert (qm) und billig
Paul Gross,
Lindenstr. 69 (Hornbecks' Haus),
Tel. IV 7808 5876*

Vorbeugung der Syphilis durch
Ehrlich-Hata 606.
Aufklärungsbuch über Vorstichtsmittel
maRegeln u. Erkennung d. Lues-
sueche von Dr. Zikel. Für
M. 1.— franco d. Medizin. Verlag
E. Schweizer & Co., Berlin NW. 87a.

Salon-Briketts
große Marke, 1000 Stück 7,75 M.,
ab Klein, Handwagen zur Lieferung frei.
Liege, Kottbuser Ufer 60.
Neu eröffnet!
Restaur. „Zem genüdt. Schwaben“
Sanderstr. 6, am Kottbuser Damm.
Olig. schwebliche Küche. Südd. Weine.
Treffpunkt aller Wirtshausbesucher.
Inhaber ein **Andreas Markert.**

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant Teils, wochentl. i. M. Plomben
1,50 M. Fast vollk. schmerzlos. Zahnziehen. Um-
arbeitung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 35. (Hochbahnst. Billowstr.) 8-7.

Wegen Abbruch unserer Geschäftsräume **Alexanderstr. 12:**
Billiger reeller
Räumungsverkauf
von
Arbeiter-Berufskleidung!
Große Vorteile für jeden Käufer.
Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen
Extra-Rabatt bis zu 25 Proz.
Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.
Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.
Morgen: **Sonnabend, den 18. März:**
Neu-Eröffnung
unseres vierten Geschäfts
53 Rosenthaler Str. 53, Welmeisterstraße.
Kohnen & Jöring.

„Silesia-Bad“

Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Wiener auf 10 W. Kamellens treid. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und Indifferente Sanfterhalt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 W.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Groß-Apothek., Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek.
113/8

Möbel

liefert auf Teilzahlung
bequeme Anzahlung in be-
kannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Theater und Vergnügungen

Freitag, 17. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Faub-
ste.
Königl. Schauspielhaus. Utef
Kofka.
Deutsches. Faust. 1. Teil.
Anfang 8 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Hans Bogumal.
Kammerspiele. Komödie der
Jünglinge. Heirat wider Willen.
Festung. Glaube und Heimat.
Neues Schauspielhaus. Das kleine
Schokoladenmädchen.
Komische Oper. Die Fiedermans-
stiefel. Der Leibgarde.
Neues Operetten. Die schöne
Nichte.
Berliner. Bummelstudenten.
Deutsches. Die lustigen Nibelungen.
Neues. Wein erlauchter Ahnherr.
Trianon. Napoléon's Abenteuer.
Reißens. Fernand's Ehekontrakt.
Thalia. Polnische Wirtshaus.
Schiller. (Haller-Opern.)
Gabriello der Fischer.
Schiller. Charlottenburg. Kabale
und Liebe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Bogenstreich.
Volkoper. Jar und Zimmermann.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lustspielhaus. Webers.
Luisen. Genossenschaftsfest. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Modernes. Der Feldherrnhügel.
Notz. Leutnant der Reserve.
Herrnfeld. Eine verlorene Nacht.
Dr. Sie und Er.
Folies Caprice. Der Feldherrn-
hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Quira — Wir leben
noch!
Kofka. Talle Wippen.
Apollo. Spezialitäten.
Vafage. Spezialitäten.
Wolff. Mein Herzgenosse.
Road. Staatsanwalt Alexander.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Reichs. Ehemaliger Sänger.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Bravo! (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Intimes. Das Mädchen aus Paris.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Kaiser-Panorama. Reise in der
französischen Riviera, Nordpol —
eine Tour über den Fernpaß nach
Ost.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz
des Ober-Engadin.
Hörssaal 8 Uhr: Konstruktions-
Ing. A. Köbner: Schmieden und
Schweißsen.
Rose-Theater. Große Frankfurter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.
Leutnant der Reserve.
Lustspiel in 3 Akten v. Redl u. Wolf.
Sonntag nachm.: Die 7 Raben.
Abends: Hefelotte.
Sonntag 8 Uhr: Hefelotte. 8 Uhr:
Der Elfenriedel.
Wintergarten.
Neues Programm!
Olga Desmond
Robert Steidl
und
eine Auslese
hervorragender
Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.
Apollo
Theater
Anfang 8 Uhr.
Man muß das große komische Pro-
gramm gesehen haben!
10 Weltstadt-Attraktionen.
9 1/2 Uhr: Ganz Berlin spricht von
Alwin Neuß
Tony Tetzlaff
in dem Sensationsstück: **Beregts.**
Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Knackhaltungsszene in 7 Bildern
v. J. Freund. Musik v. H. Hollander.
In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Noacks Theater.
Direktion: Robert Ott.
Berlin N., Brunnenstraße 10.
Kostloser Erfolg!
Staatsanwalt Alexander.
Spezielles Schauspiel in 4 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorzugssitz. gültig.
Sonntag: **Maria Stuart.**
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 19. März 1911:
Die Maschinenbauer v. Berlin
Geistig v. Dr. Hans Reich.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Im Firmenglanz des Ober-Engadin.
Hörssaal 8 Uhr:
Konstruktions-Ing. A. Köbner:
Schmieden und Schweißsen.
Kaiser-Panorama.
Reise in der franz. Riviera
Nordpol — eine Tour über
den Fernpaß nach Ost. —
Eine Reise 20 W. Rinder 10 W.
Abonnement 1 W. Tanz. Abonment.
Berliner Volkoper
Selle-Platz 7/8. — 1/2 9 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Freitag, den 17. März, 8 Uhr:
Pagenstreich.
Sonntag 8 Uhr: Wilhelm Tell.
8 Uhr: 2 x 2 = 5.
Sonntag 3 Uhr: Wilhelm Tell.
8 Uhr: Pagenstreich.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Genossenschaftsfest
— Sorfteilung, Kabarett, Ball.
Sonntag 4 Uhr große Kinder-
vorstellung: Der brave Peter und
die Puppenprinzessin. 8 Uhr: Der
Hüttenbesitzer.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.
Leutnant der Reserve.
Lustspiel in 3 Akten v. Redl u. Wolf.
Sonntag nachm.: Die 7 Raben.
Abends: Hefelotte.
Sonntag 8 Uhr: Hefelotte. 8 Uhr:
Der Elfenriedel.
WINTERGARTEN
Neues Programm!
Olga Desmond
Robert Steidl
und
eine Auslese
hervorragender
Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.
Apollo
Theater
Anfang 8 Uhr.
Man muß das große komische Pro-
gramm gesehen haben!
10 Weltstadt-Attraktionen.
9 1/2 Uhr: Ganz Berlin spricht von
Alwin Neuß
Tony Tetzlaff
in dem Sensationsstück: **Beregts.**
Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Knackhaltungsszene in 7 Bildern
v. J. Freund. Musik v. H. Hollander.
In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Noacks Theater.
Direktion: Robert Ott.
Berlin N., Brunnenstraße 10.
Kostloser Erfolg!
Staatsanwalt Alexander.
Spezielles Schauspiel in 4 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorzugssitz. gültig.
Sonntag: **Maria Stuart.**
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 19. März 1911:
Die Maschinenbauer v. Berlin
Geistig v. Dr. Hans Reich.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Haller-Theat.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Gabriello d. Fischer.**
Eine Dürerle in 5 Akten v. G. Wegmann.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gabriello der Fischer.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Ein bürgerlich. Trauerspiel in 5 Akten
von Friedrich Schiller. Ende 11 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 22. Zimmerstr. 80-81
Heute: **Gastspiel**
des K. K. Hofball-Musik-Direktors
C. M. Ziehrer
mit seinem aus 65 Wiener Künstlern
bestehenden Orchester.
Eintritt 50 Pf.
Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage
Richardstraße)
Arizath, die Priesterin der Tanit.
Tentolins Autofahrt. — Der alte Schauspieler. Drama. —
Die Bibel als Fallman. — Eine Begebenheit aus den
Kolonialkriegen. — Max hat eine Braut gefunden usw. usw.
Brauerei Friedrichshain
Am Königstor
Größter Konzertsaal Berlins
Am 28., 29., 30. und 31. März 1911:
Gastspiel von
Johann Strauß Wien
mit seiner vollständigen Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Platz 75 Pf.
Sozialdemokratischer Wahlverein des IV. Berliner Reichstagswahlkreises.
Sonntag, den 19. März, in „Kellers Festsälen“, Kopenstraße 29:
MÄRZ-FEIER
unter Mitwirkung des Herrn Ed. v. Winterstein (Rezitation aus Herweghs Gedicht-
sammlungen), des Gesangsvereins „Olympia“ und des „Neuen Tonkünstler-
Orchester“ unter Leitung des Herrn Franz Hoffelder.
FESTREDE, gehalten vom Genossen Max Granwald.
Nach dem Konzert im großen Saale Tanz.
Eintrittspreis (inkl. Garderobe) 60 Pf. — Offene Kasse findet nicht statt. — Anfang 8 Uhr.
Billetts sind bei den Bezirksführern und im Bureau Stralauer Platz 1/2 zu haben.
216/10*

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 19. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelstraße 15 (großer Saal):
Ludwig Thoma-Abend.
Vortrag: **Friedrich Stampfer.** Rezitation: **Fritz Richard**
vom Deutschen Theater.
Tante Frieda. — Taubstumme Geschichten. — Kohlenwagen. —
Webe des bayerischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Sebastian
Hilger. — Ueber die Kunst. — Der Krieg. — Ueber Preußen.
Nach dem Vortrag **Gemütliches Beisammensein** und
Tanz.
Billetts a 50 Pf. sind bei Herrsch. Engelstraße 15, Gottfr. Schulz, über
Kottbuser Tor und an der Kasse zu haben.
Herrnfeld
Theater
Nur noch diese Woche!
Sonntag letzte Aufführung von
Eine verlorene Nacht
und **Der Derby-Sieger.**
Montag: **Premiere**
der drei Nobilitäten
Das Scheidungs-Souper
von Julius Hest.
Ein Verlobungsgeschäft
von Anton und Donat Herrnfeld.
Die Bar-Schwester
von Anton und Donat Herrnfeld.
Premierendirektion ab heute zu haben.
Theater Sanssouci
Lichtspiele
Eröffnung
25. März
Kottbuser Straße 6
Hochbahn, Kottbuser Tor.
Raumraum 1500 Personen.
Zirkus A. Schumann.
Freitag, den 17. März 1911,
präglie abends 8 Uhr:
Aufführung des Deutschen
Theaters:
König Oedipus
von Sophokles.
Sonntag, den 19. März 1911,
abends 7 1/2 Uhr:
Grand Soire high life.
Auftreten familiärer neuen
Attraktionen.
Der große Coup
9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr
Schmuggler.
Zirkus Busch.
Freitag 17. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend.
Nordini
mit seinen staunenerregenden
noch nie gesehenen wissenschaftl.
Experimenten. Herr Georg Burk-
hardt-Football, Schultze.
Herr Ernst Schumann mit seinen
berühmten Freizeitsportarten.
Franz Steidler, radfahrender
Bauchredner.
Neu! **Die 3 Clares.**
Um 9 1/2 Uhr zum 87. Male:
„Armin.“
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina,
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das große neue März-
Programm.
14 Varieté-Neuheiten.
Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Freitag, den 17. März 1911:
Mein Herzensfrü.
Volkoperette in 3 Akten von S.
Kornhardt und S. Wilken.
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.
Casino-Theater
Kottbuser Straße 67. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 30. März:
Julle Wippen.
17. 18. März: **Zwei Wappen**
neu Blumenhof und Adelberg.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: **Der Obergauer.**
Karl Haverland-
Neues Theater. Kommandanten-
stra. 7 1/2, U. Straße 77/78.
Direktor Martinus Burlecke
Amor in der Dinnarkammer
feiner
neues Spezialitätenprogramm.
Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Grotzerstr. Indus.: Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353
Lebende Photographen.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Rinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2. Sonnt. 4 U. Varzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Sport-Palast
Potsdamer Straße 72.
Eintritt 1 Mark. Reserv. Plätze 2 Mark. An Wochentagen
von 1-4 Uhr Eintritt 50 Pf.
Feerie „Eisfest an der Newa“.
Unter Mitwirkung von ca. 200 Eiskunstlern und zwei Künstlerkapellen. Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung
und unerschöpfliche Lichteffekte. Sensationelle Beleuchtung der Vorstellung.
Königstadt-Kasino.
Gottmarktstr. 72.
Novität! **Der** **Weltmeister-Boxer.** **Novität!**
Gesangspolke von Ely und Schlotter.
Original! **Boxkampf** Original!
zwischen Berta Hofmann u. Franz Sobanski.
Neue Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 1/2 7 Uhr.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Kuhliches
Variété-Theater.
Direktion von Meyfel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer bunter Teil.
Feldweibelhügel.
Walhalla-Theater.
Kottbuser Tor, Weinbergstr. 20
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Ba Capo!
Eine Offenstells-Revue.
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.
Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree:
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Bosporus am Moritzplatz.
Heute.
Das große
Spezialitäten-
Programm.
Anfang 6 Uhr.
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Von 11-2 Uhr:
TANZ.
Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree:
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.
LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.

Oeffentliche politische Volksversammlungen

Sonntag, 19. März, nachm. 2 Uhr.

Tages-Ordnung:

Her mit dem Frauenwahlrecht! == Freie == Diskussion.

Berlin.

1. Kreis. Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.
2. Kreis. Happoldts Brauerei, Hasenheide 32-38.
3. Kreis. Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58-59.
4. Kreis. Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
Graumanns Festsäle, Nanninstr. 27.
Gesellschaftshaus Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Markgrafen-Säle, Markgrafendamm 34.

5. Kreis. Schweizergarten, Am Königstor.
6. Kreis. Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11.
Ballschmieders Etablissement, Badstr. 16.
Germania-Säle, Chausseestr. 110.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24.

Referenten: Dr. Alfred Bernstein, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Grunwald, Dr. Herzfeld, Martha Kaiser, Kaliski, Poetzsch, Ströbel, Paula Thiede, Dr. Weyl, Dr. Zadek, Luise Zietz.

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Liefenstr. 16.

Teltow=Beeskow.

- Adlershof** (Alt-Glienide, Bohnsdorf, Rudow, Nieder-Schöne-
weide, Johannisthal). Seyer, Bismarckstr. 11.
Britz. Gesellschaftshaus, Chausseestr. 97.
Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick. Kaiserhof, Grünstr. 10.
Friedenau (Schmargendorf, Wilmersdorf). Rheinschloß, Rheinstr. 60.
Groß-Lichterfelde (Pankow, Mariendorf, Mariensfelde,
Behlendorf, Teltow, Dahlem). Kaiserhof, Kranoldplatz.

Referenten: Ed. Bernstein, Klara Bohm-Schueh, Dr. Bruno Borchardt, Manasse, Mohs, Siering, Unger, Woldt, Wally Zepler.

- Königs-Wusterhausen** (Niederlehme, Bernsdorf, Groß-
Besten, Senzig, Schenkendorf, Eichwalde). Witwe Wedhorn,
Altes Schützenhaus.
Nowawes (Wannsee, Drewitz, Klein-Glienide). Volksgarten,
Priesterstr. 31.
Rixdorf. Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49. Petris Festsäle, Rueschedstr. 113.
Hohenstaufen-Säle, Rottbuser Damm 76. Feldschlößchen, Eisenstr. 75.
Schöneberg (Wilmersdorf, Steglitz). Neue Rathhaus-Säle, Weininger Str. 8.
Treptow-Baumschulenweg. Sport-Restaurant ^(Süd) _{Reinhold},
Baumschulenweg,
Baumschulenstr. 78.

Referenten: Ed. Bernstein, Klara Bohm-Schueh, Dr. Bruno Borchardt, Julian Borchardt, Davidsohn, Anna Dietz, Dittmer, Haß, Ad. Hoffmann, Manasse, Mohs, Siering, Unger, Woldt, Wally Zepler.

Nieder=Barnim.

- Lichtenberg.** Paul Schwarz, Möllendorffstr. 25-26.
Rummelsburg. Tempel, „Café Bellevue“, Hauptstr. 2.
Stralau. Markgrafensäle, Markgrafendamm 34.
Weißensee. Gemeinde-Turn- und Festhalle, Pistoriusstraße.
Pankow. Paul Koczylki, Arenzstr. 3-4.
Reinickendorf-Ost. Schützenhaus, Residenzstr. 1-2.
Reinickendorf-West. Gesellschaftshaus, Eichbornstr. 18.

Referenten: Ida Altmann, Maria Buchmann, Horlitz, Jeserich, Martha Kaiser, Kubig, Dr. Karl Liebknecht, Martin Meyer, Plek, Georg Schmidt, Störmer, Martha Tietz, Wutzky, Wermuth.

Spandau bei Böhle, Savelstr. 20. Referent: Hellmuth Lehmann.

- Borsigwalde.** Richter, Spandauer Straße.
Tegel. Trapps Festsäle, Bahnhoffstr. 1.
Oranienburg. Waldhaus Sandhausen, Schützenstraße.
Ober-Schöneweide. Wilhelminenhof, Wilhelminenhofstraße.
Mahlsdorf. Linke, Grunowstraße. (3 Uhr.)
Friedrichshagen. Verches Festsäle, Friedrichstr. 112.
Schöneiche-Fichtenau. Waldschloß.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen! Es gilt für die gleichen Rechte beider Geschlechter Zeugnis abzulegen!

Für die Einberufer: Rud. Bühler, O. 112, Scharnweberstr. 6-7.

Heute, 7 Uhr abends beginnend:

Flugblattverbreitung am Freitag

in den Bezirken Groß-Berlins von den bekannten Stellen aus.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlin und der Provinz Brandenburg!

Anfang April erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezug. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 26. März, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, O. 10, Mohrstraße 31.
- Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bergmannstraße 95, II.
- Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36, Grünauer Straße 28, IV.
- Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 34, Stragmannstraße 29.
- Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Quergeb. IV.
- Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Wilhelm Dams, N. 4, Schlegelstraße 9.
- Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Klimentenstraße 24.
- Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Kohn, Rixdorf, Weisestraße 33, IV.
- Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Kurstraße 21.
- Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen bringend, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. — Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 26. März einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergmühen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:
Albert Hahnisch, C. 54, Auguststraße 51.

Zweiter Wahlkreis.

Sonntag, den 19. März, mittags 2 Uhr: Urania-Vorstellung: „Rund um Asien“. Der Physikal. Saal wird um 1 Uhr geöffnet. Billets a 60 Pf. inkl. Garderobe sind noch beim Kassierer Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, zu haben.

Rixdorf. Morgen abend präzise 8 1/2 Uhr, findet in Goppes Festsaal, Hermannstr. 49, die Märzfeier statt, bestehend aus Chorgesang, anschließender Festrede und Rezitation. Eintritt frei, nur unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Der Vorstand.

Adlershof. Heute Freitag, den 17. März, abends 8 Uhr: Flugblattverbreitung vom Jugendheim, Bismarckstr. 11, aus.

Mariensfeld. Heute abend 7 Uhr Flugblattverbreitung von Schuster, Kirchstraße, aus. Die Verhaftung der Orchideenzüchterin findet wegen der Frauenversammlung nicht statt.

Lichtenrade. Sonntag, den 19. d. M., morgens 8 1/2 Uhr, vom Lokale des Herrn Jantke, Hohenzoernerstraße, Ecke Krügerstraße aus: Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Kienitz-Terpenschense (Nieder-Barnim). Am Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, wird auf dem Richterischen Ackerstücke an der Prenzlau-Berliner Chaussee, Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen über: „Nieder mit der Reaktion“ sprechen. Genossen, welche in dortiger Gegend Bekannte haben, wollen dieselben zum Besuch dieser ersten öffentlichen Versammlung auffordern.

Nieder-Schönweide. Heute Freitag 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Heute abend 7 Uhr, von der Jahstulle aus: Flugblattverbreitung.

Friedrichshagen. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, in Verches „Bürgerläden“, Friedrichstr. 112, eine Theatervorstellung. Aufgeführt wird „Jugend“, Liebesdrama von Max Halbe. Eintrittsgeld inkl. Einführungsgeld 60 Pf. Die Plätze werden wie in der Freien Volkshöhle ausgelost.

Reinickendorf-Ost. Heute abends von 7 Uhr ab von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung.

Vorsigtal-Beutenow. Heute Freitagabend 7 Uhr Flugblattverbreitung vom Lokal Jäkele aus. Die Bezirksleitung.

Oranienburg. Am Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, für den Bezirk von den Jochlandlokale aus: Flugblattverbreitung. Nachmittags 3 Uhr, im Lokal Waldhaus, Sandhansen: Volksversammlung.

Im selben Lokal, nachmittags 6 Uhr, veranstaltet der Wahlverein einen Unterhaltungsabend der Gesellschaft Jadenberg, Düsseldorf. Die Genossen und Genossinnen wollen für regen Besuch dieser Veranstaltungen Sorge tragen.

Buch-Nützentel. Am Sonntag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, in Buch bei Winkler, Schönower Straße, Ecke Parkstraße: Gemein-samer Extrazahlabend. Die Bezirksleiter.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

begonnen gestern die zweite Beratung des Stadthaushaltetats, dessen Entwurf aus dem Ausschuss mit allerlei recht bedenklichen Änderungen und Streichungen wieder herausgenommen ist. Erledigt wurden zunächst nur die Kapitel „Gesundheitswesen“ und „Schulwesen“, nach mehrstündigen Erörterungen, die den größten Teil der Sitzung in Anspruch nahmen. Die Freisinnigen hätten, was da vom Ausschuss zurechtgemacht worden war, fast ausnahmslos ohne Debatte genehmigt. Aber die sozialdemokratische Fraktion wehrte solcher Eilfertigkeit und Versuche, die Verbesserungen wieder zu beseitigen. Leider blieben alle Bemühungen erfolglos.

Bei dem Abschnitt „Gesundheitspflege“ brachte Genosse Weyl zum Etat der Heimstätten in Erinnerung, daß die Heimstättenfürsorge für schwächliche und kranke Kinder dringend der Erweiterung bedarf. Vom Magistrat kam keine Antwort. Zum Etat des Rettungswesens beantragten unsere Genossen eine Resolution, die die Leitung durch ein Kuratorium fordert. Genosse Weyl, der die Resolution zur Annahme empfahl, wies zugleich auf einige Mängel unseres Rettungswesens hin, unter anderem auf die Mißgriffe, die bei der Mitwirkung der Polizei immer wieder vorkommen. Bürgermeister Reide, der einstweilen noch als ziemlich unumhänkter Leiter des Rettungswesens fungiert, nahm die Polizei in Schutz. Er kündigte an, der Gedanke werde „erwogen“ werden, ein Kuratorium zu schaffen. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Zu dem Kapitel „Schulwesen“ kommt den Gemeindegemeinschaften eine hervorragende Bedeutung zu. Es ist begreiflich, daß gerade sie bei den Etatberatungen immer wieder im Mittelpunkt der Debatten stehen. Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, die die Wiedereinsetzung weggestrichener Baugelder für notwendige Schulbauten forderten, wurden von unserem Genossen Leid begründet. Scharf geißelte er das Treiben der Mehrheit, deren Vertreter im Etatanschau rücksichtslos daraus gestrichen haben. Er brachte auch die ständischen Zustände zur Sprache, zu denen es in unserem Gemeindegemeinschaftswesen infolge weitestgehender Ausdehnung des Notbehelfes der Mietschulen gekommen ist. Der Stadtschulrat schwieg. Er überließ es dem Stadtverordneten Liebenow, zu versichern, daß auch die Freisinnigen „unser Volksschulen stets auf der Höhe der Situation halten“ wollen. Sie taten das in der Weise, daß sie nachher die Anträge unserer Genossen mit erdrückender Mehrheit ablehnten.

Bei dem Abschnitt „Krankenhäuser“ beantragte die sozialdemokratische Fraktion aufs neue eine bereits im Ausschuss abgelehnte Resolution, die für das Wartepersonal der Krankenhäuser eine Regelung der Lohnbezüge, der Arbeitszeit und des Urlaubs forderte. Genosse Leid hob in seinen begründenden Ausführungen den starken Personalwechsel hervor, der ein Beweis für die Notwendigkeit solcher Verbesserungsversuche sei. Die Resolution wurde — abgelehnt. Abgelehnt wurden auch unsere Anträge auf Vermehrung des Ver- und Pfliegerpersonals für einige Krankenhäuser. Als Genosse Weyl fragte, daß hier der streichende Etat des Kammerers ganz besonders sinnlos gemüht habe, antwortete der Kammerer Steiniger mit zynischer Offenheit: „Wozu sind wir denn da!“

Wie weit man es mit solchen Grundfragen bringt, das zeigte bei dem Abschnitt „Krankenhäuser“ unser Genosse Jadel in einer interessanten Betrachtung über den Notbehelf der Mitbenutzung von Privatanstalten. Seit mehr als dreißig Jahren wird über dieses Uebel geklagt, aber es dauert fort und greift immer weiter um sich, zum Schaden für das gesamte Krankenpflegewesen der Stadt. Stadtrat Stragmann freilich bestritt, daß diese Zustände so schlimm seien. Eine von unseren Genossen beantragte Resolution, die schleunigere Minderung der Kosten anstalten anregte, wurde abgelehnt. Die freisinnige Ablehnungsmaschine funktionierte immer wieder tadellos.

Vogelfreie.

Nun hat das Zwitschern begonnen. Und will schier nimmer verstummen. Das schmettert und zirpt, flötet und lockt vom grauen Morgen bis zur sinkenden Nacht. Kein Ast ist so dürr, daß er jetzt nicht besetzt erschiene; kein Baum so unscheinbar, als daß sich nicht Finken auf ihm balgten. Und die Bäume stehen voll schwerer Knospen. Die schimmern in einem flebrigen Glanz, wenn sie die karge Märzsonne umspinn. Und wiegen sich im Zenghauch, wie schwingende Arme toller Kinder. Der Regen hat die ältesten und rissigsten Stämme blank gewaschen. Nun dehnen sie lenzung unter bröckelnder Rinde ihr lastgeschwelltes Holz. Fast ist es, als ob ein Atmen sie durchpuste. Um die Kronen aber liegt ein rötlicher Hauch. Und die Knospen stehen darin groß und braun, wie dunkle Knoten, die die Hand des Frühlings in die schmiegsamen Rutenfäden geflüchten.

Und aus diesem tausendfach triebüberfüllten Zweiggewirr girt es und lockt es in hundert Tönen. Keine Stimme wiederholt sich. Mit schwankendem Flügelschlag schwirrt es um das schwellende Knospenmeer. Fliegt auf. Gleitet zum nächsten Ast. Und beginnt unermüdet immer wieder vom neuen sein wunderliches Spiel.

Ein buntes Durcheinander. Ein Drosselweibchen ist es hier, das zwei Männchen zu haschen sucht. Dort bemühen sich ein halbes Dutzend Finkenhändchen um eine begehrtere Artgenossin. Amselein tänzeln in postlerischen Toppelschritten um eine Impfstrau. Wilde Enten jagen einander

in der Luft. Selbst die Spagen wollen nicht feiern. Und jedes hat seinen Vorkauf und seine eigene Stimme: hier ein Schluchzer, da ein Triller, dort ein weicher, schmelzender Flötenton. Und alles um die Liebe. Um die Liebe im Denz.

Nun ist auch im laßtesten Geiße das Leben erwacht. Es juchzt über den Feldern und Wäldern und füllt mit seinem Jubel die Lüfte. Die lieben Stimmen, die winterüber geschwiegen, klingen wieder. Lockender denn je. Und die schwereren Knospen glänzen...

Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung weisen wir zum bevorstehenden Umzugstermin wieder einmal auf die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes hin, wonach die Steuerpflicht mit dem Ablaufe des Monats, in welchem der Wohnsitz tatsächlich aufgegeben worden ist, erlischt. Wenn aber bis dahin der Gemeindebehörde vom Wegzuge keine Anzeige erstattet ist, so erlischt die Steuerpflicht erst mit dem Ablaufe des folgenden Monats, während sie im neuen Wohnorte mit dem ersten Tage des neuen Monats beginnt. Diese Bestimmungen legen den Steuerpflichtigen die Verpflichtung auf, wenn sie den Bezirk der veranlagenden Gemeinde verlassen, neben der polizeilichen Abmeldung auch der Gemeinde von dem Wegzuge Anzeige zu machen. Diese Anzeige wird noch häufig unterlassen. Die Abmeldung im alten Wohnort muß spätestens am letzten Tage des Monats erfolgen, wenn man dort nicht die Gemeinde-Einkommensteuer noch für den nächsten Monat zahlen will, also doppelt, da sie auch im neuen Wohnsitz bereits zu entrichten ist.

Die Beratungen des städtischen Etatsausschusses sind fast ausschließlich von dem Gesichtspunkte geleitet: Wo können wir Abstriche machen? Das ist bei einem so knappen Etat, wie dem diesjährigen, nicht möglich, trotzdem wird aber noch versucht, da und dort etwas abzugewinnen. So kam es, daß beim Etat der Wasserwerke 10 000 Mark abgesetzt wurden, weil man annahm, die Kosten für Kohlenbeschaffung werden geringere sein, als ursprünglich die Verwaltung annahm. Dabei wurde festgestellt, daß es unwirtschaftlich sei, wenn die verschiedenen Verwaltungen nach ihrem eigenen Gutdünken sich ihre Materialien beschaffen und angefragt, wie es denn stehe mit dem vor Jahren schon ventilierten Plane eines Zentralbeschaffungsmagazins. Vom Magistrat wurde erwidert, eine Magistratskommission habe wegen zahlreicher Schwierigkeiten von der Ausführung eines solchen Planes abgesehen. Es ist gar nicht einzusehen, welche Schwierigkeiten in der gemeinsamen Beschaffung von bestimmten Materialien für die vielen Verwaltungen liegen sollen, wenn in den Deputationen gewisse Ressortinteressen und auch andere Einflüsse unberücksichtigt bleiben.

Beim Etat der Markthallen sollten für den Erneuerungsfonds, der vor einigen Jahren ganz geplündert wurde, 108 000 M. zurückgelegt werden. 50 000 M. wurden davon gestrichen. Auch bei den Straßenbahnen wurde das gleiche Manöver versucht. Das mißglückte aber.

Vom Etat der Gaswerke wurden 370 000 M. gestrichen, darunter 200 000 M. und 100 000 M., die für Anschaffung neuer Mangelader und für bessere Beleuchtung der Straßen ausgeworfen waren. Eine längere Debatte wurde gepflogen darüber, ob die für den Erneuerungsfonds bestimmten Gelder in Höhe von über 2 Millionen Mark nicht auch weggenommen werden könnten. Ein solches Verfahren wäre so handlos, daß nur ein Bankrott es wagen würde. Dazu kommt, daß es nach den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Grundfragen unzulässig ist, andererseits auch für die in Einnahme stehende Summe Ersatz geschaffen werden müßte. Dieser Ersatz wäre aber nur möglich, wenn die betreffende Summe auf Anleihen übernommen werden könnte. Da es sich aber um laufende Ausgaben handelt, ist auch dieser Weg durchaus ungangbar. Dann war noch ein anderer, für die Ausdehnung des Rohrnetzes bestimmter Betrag von 4 Millionen Gegenstand der Debatte und man erwog, ob man nicht an dieser Summe herantönte. Dabei hat die Stadtverordnetenversammlung die Summen genehmigt; sie nachträglich in Anleihen zu bringen, ist ganz unmöglich. Dennoch will man sich bis Freitag überlegen, ob man doch nicht noch einen Weg findet, um einen Ratserschnitt zu machen. Alle bisherigen Grundfragen werden vollständig über den Haufen geworfen.

Dann mußte der Tiefbauetat bluten. 250 000 M. wurden abgesetzt von dem Titel: Erwerb von Straßenland und 300 000 Mark von den zu Neu- und Umplasterungen bestimmten Mitteln. Aber auch diesen Etat will man am Freitag nochmals freieren. Die Beratungen im Ausschusse sind infolge der Streichung soweit gediehen, daß man sich Begründungen für Streichungen erparzt; es wird wahllos drauflos beantragt, ohne jede sachliche Prüfung.

Duellentuell in der Jungfernhöhe. Ein Duell, wobei einer der Duellanten schwer verwundet wurde, hat am Mittwoch in der Jungfernhöhe stattgefunden. Mehrere Arbeiter, die zu früher Stunde auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstätte begriffen waren, beobachteten gegen fünf Uhr hinter den Schießständen eine Gruppe von schwarz gekleideten Herren. Kurz darauf fielen zwei Schüsse. Nun konnten die Männer sehen, wie einer von den Herren zu Boden stürzte und sich die übrigen über ihn herneigten. Als die Arbeiter hinzutraten, wurde der am Boden Liegende schleunigst hochgehoben, in ein in der Nähe haltendes Automobil getragen und darauf fuhrten die Beteiligten davon. Zwei der Letzteren fuhrten in einem anderen Automobil fort. Die Arbeiter suchten nun die Stelle, an der sich die Gruppe aufgehalten hatte, ab und sie stießen dabei auf eine größere Blutlache. Die Beobachter haben, da sie nähere Angaben nicht zu machen imstande waren, von einer Anzeige bei der Polizei Abstand genommen, so daß die Wunde erst durch dritte Seite von dem Vorfall Kenntnis erhielt.

Ein Unfall des Luftschiffes „P VI“. Als das Luftschiff „P VI“ nachmittags 5 Uhr zu einem Passagierfluge aus der Halle gebracht werden sollte, wurde es durch einen Windstoß mit dem Vorderteile derart gegen die Ballonhalle gedrückt, daß die Halle teilweise zerbrach. Personen wurden nicht verletzt. Der Ballon wird in kurzer Zeit wiederhergestellt sein.

Um dem gemeingefährlichen Treiben des Schleichens und Werrens auf Eisenbahnzüge zu steuern, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, die auf die Ermittlung der Täter ausgesetzte Belohnung zu erhöhen. Von jetzt an soll demjenigen, der die Täter so bezeichnet, daß ihre gerichtliche Verurteilung herbeigeführt werden kann, eine Belohnung bis zu 300 M. gewährt werden und zwar gleichviel, ob der Angezeigte eine Privatperson ist oder zum Personal der Eisenbahnverwaltung gehört. Eine entsprechende Bekanntmachung soll demnächst auf den Bahnsteigen, in den Wartesälen und den Aufenthaltsräumen der Eisenbahnbediensteten usw. zum Ausgange gelangen.

In seiner Wohnung erschossen hat sich der 34 Jahre alte Schneidermeister Gustav Kuttner, der als Junggeselle seit zwei Jahren für sich allein in der Dresdenerstr. 61 wohnte. Ein Brustleiden hatte ihn sehr nöthig gemacht. — Geschäftsführer haben den 49 Jahre alten Destillateur Franz Polley aus der Hasenheide 49 in den Tod getrieben. Er erhängte sich an der Türklinke.

Ein Opfer des Alkohols ist der 50 Jahre alte Arbeiter Rudolf Kasper geworden, der gestern auf dem Vello-Allianzplatz unter freiem Himmel starb. Der Mann hatte seine Frau vor acht Monaten nach einem Streit verlassen und sank nun immer tiefer. Obdachlos trieb er sich Tag und Nacht umher, stets mit der Schnapsflasche in der Tasche. Gestern hielt er sich von morgens an auf dem Vello-Allianzplatz auf. Bald war er wieder sinnlos betrunken. Ein Schuhmann, der ihn mittags auf einer Bank sitzend fand und mit seinen Versuchen, ihn zu wecken, keinen Erfolg hatte, holte einen Arzt. Dieser stellte fest, daß Kasper tot war. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Auf dem Bahnhöf der Haltestelle Grohrgörchenstraße fand man gestern abend um 8 Uhr auf einer Wassertonne ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Wahrscheinlich ist das Kind das Opfer eines Verbrechen geworden, denn am Kopfe befinden sich Verletzungen, die auf einen gewaltsamen Tod schließen lassen. Die Leiche war in ein weisseleines Handtuch ohne Zeichen eingewickelt und mit diesem in eine große Tüte gesteckt. Die Schöneberger Kriminalpolizei ließ sie nach der Halle an der Magistraße bringen und leitete alsbald die Nachforschungen nach der Mutter ein.

Zwischen Eisenbahnpußern zermalmt. Bei einem schrecklichen Unglücksfall hat der Streckenarbeiter Hermann Wolff auf der Kremmener Bahn den Tod gefunden. Er war auskunftswise auf dem Kremmener Bahnhof tätig und es war seine Aufgabe, rangierende Waggon aneinanderzulockern. Er geriet dabei zwischen die Puffer zweier aufeinander fahrender Wagen und wurde fast vollständig zerdrückt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Großfeuer in der Blumenstraße. Ein gewaltiges Feuer wütete gestern früh in der Blumenstraße 77 und beschäftigte mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehr stundenlang. Der Brand dehnte sich auf vier Etagen aus und zerstörte mehrere Fabrikbetriebe, so daß der Schaden ganz bedeutend ist.

Uebergänge und Seitenflügel auf dem Grundstück Blumenstraße 77 sind durchweg mit Fabrikbetrieben besetzt. Im Erdgeschoß und Hochparterre befindet sich die Metallschraubenfabrik von C. F. Staerke, während in den oberen Etagen die Pianomechanikfabrik von Ernst Grenz u. Co. untergebracht ist. Außerdem liegen dort noch Fabrikräume der Musikinstrumentenfabrik von R. Effner. Das Feuer entzündet bei der Firma Grenz u. Co., doch ist nicht ermittelt, ob im ersten oder im zweiten Stock. Die Flammen griffen rapide um sich und bahnten sich in kurzer Zeit einen Weg bis zum Dachgeschoß. Als die Gefahr bemerkt wurde, brannten die oberen Stockwerke schon in ganzer Ausdehnung. Die schnelle Ausbreitung des Feuers ist auf die alte Bauart des Gebäudes zurückzuführen. Durch die Dedern der einzelnen Etagen laufen nämlich große Heizungsrohre bis zum Dachgeschoß. Diese Rohre waren ohne jede Umhüllung so daß die Durchgangslöcher geradezu wie Schornsteine wirkten. Bei Anbruch der Feuerwehre war also die Situation recht gefährlich. Oberbrandinspektor Reinhardt ließ sofort mehrere Dampfsprigen in Tätigkeit treten und mit fünf Schlauchleitungen Wasser geben. Der Löschangriff erfolgte über zwei Stodtergänge und die Treppen hinweg. Das Vordringen über die Treppen wurde aber dadurch erschwert, daß in den oberen Etagen ganz polizeiwidrig größere Posten Holzter aufgestapelt waren. Erst als diese Holzstapel beseitigt waren, konnten die Löschmannschaften wirksam gegen die Flammen vordringen. Die Ablösung des Feuers dauerte aber über drei Stunden. Fast alle Stockwerke des Ueberganges und Seitenflügels sind ausgebrannt. Ebenso wurde der gesamte Dachstuhl ein Raub der Flammen. Den größten Schaden erleidet die Pianomechanikfabrik von Ernst Grenz u. Co. Aber auch im Erdgeschoß und Hochparterre ist erheblicher Schaden verursacht worden, da hier wertvolle Maschinen standen. Die Firma Staerke wurde im vierten Stock, wo sich Fabrikräume für Automaten befanden, stark in Mitleidenschaft gezogen. Die vollständige Ablösung und Aufräumung der Brandstelle wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Unfälle sind bei den Löscharbeiten nicht vorgekommen, obgleich sich zuerst eine starke Verqualmung geltend machte.

Auf der Treptow-Sternwarte finden am Sonntag, den 19. März, folgende gemeinverständliche Vorträge statt: Nachmittags 5 Uhr: „Eine Wanderung durch das Weltall“, abends 7 Uhr: „Der Planet Mars, seine Kanäle und Eisfelder“. Am Montag, den 20. März, abends 9 Uhr, lautet das Thema: „Die Vergangenheit und Zukunft der Planeten“. Sämtliche Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. — Mit dem großen Fernrohr wird der Planet Saturn oder der Orionnebel gezeigt. Kleinere Fernrohre stehen den Besuchern der Sternwarte zur Beobachtung anderer Objekte frei zur Verfügung.

Wer ist die Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 12. März wurde in Pankow auf dem unbebauten Gelände Wäldchenstraße 33/34 die Leiche einer unbekannt, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Frauensperson aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Zytolberggiftung vor. Die Person ist 45—50 Jahre alt, 1,55—1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, rundes Gesicht, hohe Stirn, dunkle und bogenförmige Augenbrauen, Stumpfnase, breiten Mund, war bekleidet mit schwarzem Kleid mit Samtbesatz, schwarzrotgerändertem Kopftuch, schwarzen Umhang, schwarzer Pelz mit graufarbenem Futter, schwarzen Schnürschuhen und Strümpfen, blauweiß gestreifter verwaschener Schürze, grauen Varent-Brustleiden und dito Unterrod, schwarz-weiß gestreiftem Unterrod, wollener Unterjacke und Hemd, weichen Vordenthemd ohne Brisen. Die Leiche befindet sich auf dem neuen Pankower Kirchhof (Schönholzer Heide). Etwaige Mitteilungen über die Persönlichkeiten der Toten werden in jedem Polizeirevier oder bei der Kriminalpolizei Zimmer 347 III entgegengenommen zur Tagebuchnummer 608 IV 88. 11.

Verloren gegangen ist am Donnerstag vormittag auf dem Wege von der Reichsberger, Ritter- bis zur Krausenstraße eine Invalidenkarte, Krankenlassenbuch, 3 Zeugnisse und 2 Schlüssel. Dieselben sind an Fräulein Elise Korium, Kaufstr. 18, abzugeben.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 17. Januar früh 7 Uhr an der Haltestelle Große Frankfurter — Ecke Bahmannstraße beim Absteigen von einem Wagen der Linie 60 eine Dame verunglückte, werden gebeten, sich bei Voumann, Große Frankfurter Straße 124, zu melden. Insbesondere werden die auf dem Hinterperon und im Wagen befindlichen Damen und Herren, die den Vorfall beobachtet haben, um ihre Adresse gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Das Charlottenburger Stadtparlament und die Steuererhöhung.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beschloß sich am Mittwoch mit der Magistratsvorlage, die einen Zu-

schlag von weiteren 10 Proz. zu den bereits bewilligten 100 Proz. Staatssteuereinkommensteuern zwecks Verringerung des Anleihebestandes — oder Bedarfs — fordert. Von sozialdemokratischer Seite waren hierzu zwei Anträge eingelaufen, ein Hauptantrag, der die Bewilligung davon abhängig machen will, daß von den Mehreinnahmen ein bestimmter Teil für soziale Zwecke (Arbeitslosenfürsorge und Gewährung freier Lebensmittel an alle Gemeindefürer) verwendet wird, und ein Eventualantrag, der für den Fall der Ablehnung der Magistratsvorlage den Magistrat ersucht, mit der Versammlung in gemischter Deputation zu beraten, ob und welche Schritte zum Zwecke der Erreichung einheitlicher Steuererhöhung mit den Nachbargemeinden für das Jahr 1912 zu tun sind.

Stadtv. Böllmer (lib.) machte als Berichterstatter zunächst eine Reihe rechtlicher Bedenken gegen die Magistratsvorlage sowohl als auch gegen den sozialdemokratischen Antrag geltend und bat mit Rücksicht auf die gute Finanzlage Charlottenburgs und ferner mit Rücksicht darauf, daß durch eine gleichmäßige Festsetzung der Steuererhöhung eine wirtschaftliche Gleichheit in den Groß-Berliner Gemeinden doch nicht erzielt werde, um Ablehnung der Vorlage. Namens der liberalen Fraktion erklärte Stadtv. Dr. Platau, daß seine Freunde die Vorlage glatt ablehnen würden. Die Gemeinden mühten ihre Steuererhöhung nach ihren eigenen Bedürfnissen und Verhältnissen einrichten, nicht aber nach denen ihrer Nachbargemeinden. Die Finanzlage Charlottenburgs sei eine gesunde. Dazu komme, daß § 66 der Städteordnung die Bewilligung von Einnahmen nur insoweit gestatte, als sich der Bedarf im voraus bestimmen lasse. Redner polemisierte zum Schluß gegen die Sozialdemokraten, die mit dem Regierungspräsidenten Schuller an Schuller den Kampf um die Steuererhöhung führen wollten, und suchte seine Behauptungen durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus den Artikeln von Vernstein und Girsch im „Vorwärts“ zu stützen.

Genosse Vorchardt, der sich wegen Beleidigung der Regierung einen Ordnungsruf zuzog, bezeichnen die Gründe gegen die Magistratsvorlage als recht sadenheimgener Natur. Die Furcht, daß bei einer Ueberschreitung der Grenze von 100 Proz. die Zuschläge immer weiter erhöht würden, teile er nicht, die Stadtverordnetenversammlung habe doch alljährlich die Zuschläge festzusetzen. Im Vordergrund stehe bei der Erhebung neuer Steuern der Verwendungszweck. Doch der Regierungspräsident unzulässig in das Selbstverwaltungsrecht eingegriffen habe, könne er nicht zugeben, man dürfe doch nicht in jeder Lebensäußerung der Regierung einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht erblicken. Selbst bei einer weitgehenden demokratischen Verfassung würde das Steuerwesen der Gemeinden unter eine staatliche Kontrolle gestellt werden müssen. Charlottenburg habe schon bisher viel zu viel Dinge auf Anleihen genommen; da sei es doch berechtigt, daß die Aufsichtsbehörden sagen, so kann es nicht weiter gehen. Nach Ansicht seiner Freunde mühten die höheren Einnahmen allerdings zu einem Teil für soziale Zwecke Verwendung finden. Lehne die Versammlung das ab, dann könnten auch sie nicht für die Vorlage des Magistrats stimmen. Der Stadtv. Platau irte, wenn er den „Vorwärts“-Artikel des Genossen Girsch gegen die sozialdemokratische Fraktion auspielen zu können glaube, denn Girsch habe ja ausdrücklich für eine Steuererhöhung gesprochen unter der Voraussetzung, daß die Mehreinnahmen im Interesse der Arbeiterklasse verwendet werden. Die Sozialdemokraten hätten den Arbeitern niemals vorgeredet, daß eine gute Verwaltung ohne ein geordnetes Finanzwesen möglich ist. Dem Gedanken der Magistratsvorlage händen seine Freunde schon deshalb sympathisch gegenüber, weil das ein Schritt auf dem Wege zur Eingemeindung sei. Werde der Zeitpunkt, die Steuern durch freiwillige Vereinbarung gemeinsam zu regeln, jeht verpaßt, dann werde er vielleicht für lange verpaßt sein, und schließlich werde Charlottenburg gezwungen werden, auch ohne ein Zusammengehen mit anderen Gemeinden die 100 Proz. zu überschreiten, und diese Ueberschreitung werde erheblich über 110 Proz. hinausgehen. Die Mehrheit werde ja zweifellos in ihrer Kurzsichtigkeit und sozialen Rücksichtslosigkeit die Vorlage niederstimmen, aber seine Freunde hofften doch immer noch, daß in naher Zeit die Erkenntnis siegen wird, daß es auch für Charlottenburg heilsam ist, den Weg einer Verständigung mit anderen Gemeinden zu suchen. Deshalb bitte er, wenigstens dem sozialdemokratischen Eventualantrag zuzustimmen.

Die vereinigte Linke Fraktion schickte zwei Redner ins Feld, den Stadtv. Veder, der das Vorgehen des Regierungspräsidenten als einen unbedingten Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht bezeichnete und vor der Bewilligung von Steuern ohne Vorwarnung, und den Stadtv. Dr. Stadthagen, der für die Annahme der Magistratsvorlage sprach.

Endlich griff auch der Oberbürgermeister Schusterhans in die Debatte ein, aber fast schien es, als wollte die Mehrheit ihn überhaupt nicht hören; fortwährend unterbrach sie ihn durch Zurufe. Das Stadtoberhaupt stellte sich schützend vor den Regierungspräsidenten und bat ritterlich, nicht diesem, sondern ihm die Schuld zu geben, denn der Regierungspräsident habe ursprünglich die Absicht gehabt, erst für das Jahr 1912 die Erhöhung auf 110 Proz. herbeizuführen, aber er, der Oberbürgermeister, habe sich, gestützt auf frühere Äußerungen führender Personen aus der Versammlung, anheißig gemacht, die Erhöhung schon jeht durchzuführen. Der Magistrat geht davon aus, daß die finanziellen Verhältnisse der Stadt auf eine sichere Grundlage gestellt werden mühten. Die Stadt müsse genau so verfahren wie ein Kaufmann, der seine Verhältnisse gerade dann konsolidiert, wenn es ihm gut geht. Zum mindesten bitte er doch, die Vorlage in einem Ausschuss zu prüfen. Wollte man auch das nicht, dann möge man aber den sozialdemokratischen Eventualantrag annehmen.

Der Oberbürgermeister hatte tauhen Ohren gepredigt. Die Versammlung machte der Debatte ein gewaltsames Ende und eilte zur Abstimmung. Das Resultat war die Ablehnung aller Anträge und auch der Magistratsvorlage selbst. Sogar die Einsetzung einer gemischten Deputation wurde nicht beliebt. Hierfür stimmten außer den Sozialdemokraten nur etwa ein Dutzend bürgerliche Vertreter.

Wegen der vorgehenden Zeit wurde die Vorlage auf Einführung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung von der Tagesordnung abgesetzt und nur noch eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt.

Ein zweites Opfer der Familientragödie. Die Wahnsinnstat der Frau Jachisch aus der Kaiser-Friedrich-Straße, über die wir bereits ausführlich berichteten, hat ein zweites Opfer gefordert. In dem Krankenhause Westend ist gestern morgen gegen 7 1/2 Uhr der kleine Emil J. an den Folgen der Zytolberggiftung gestorben. Trotz der angestrengten Bemühungen der Ärzte war es nicht möglich, den kleinen Patienten, der sichtbar eine innere Brandwunde erlitten hatte, zu retten. Das Befinden des Mädchens ist dagegen günstiger; es besteht Hoffnung, das Kind am Leben zu erhalten.

Esternverein für freie Erziehung. Montag, den 20. März, abends 8 Uhr, findet im Volkshaufe, Kofinenstr. 8, ein großer öffentlicher Vortragabend statt. Genosse Simon Kagenstein wird über das Thema: „Der Kampf gegen die Schundliteratur“ referieren. Hierauf: Freie Aussprache.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Automobil ereignete sich gestern gegen 1/2 Uhr nachts an der Ecke der Lützow- und Magdeburger Straße. Dort bog die von dem Chauffeur August Thomas geführte Kraftdroschke Nr. I A 8225 unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 81 auf das Gleis und wurde angefahren. Personen wurden bei dem Zusammenprall glücklicherweise nicht verletzt. An dem Wohnwagen wurde eine Seitenleiste zertrümmert und der Hauptsicherungsast abgerissen; an dem Auto wurde der Kühler und die Seitenwand beschädigt.

Wilmerdorf-Galensee.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Das wichtigste Ereignis aus den Verhandlungen vom Mittwochabend dürfte wohl die mit

großer Mehrheit erfolgte Ablehnung sein, die der im Einverständnis mit dem Regierungspräsidenten eingebrachte Magistratsantrag, den Zuschlag zur Einkommensteuer auf 110 Proz. zu erhöhen, auch in Wilmerdorf gefunden hat. Nachdem im Namen der Mehrheit der Stadtverordnete Prof. Dr. Leidig den vom Magistrat nur ziemlich lau verteidigten Antrag mit dem Hinweis auf die bedrohte Selbstverwaltung belächelt hatte, wurde dieser Herr von sozialdemokratischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß zum Eintreten für die Selbstverwaltungsgesetze der Gemeinden sich schicklichere Gelegenheiten finden als die vorliegende. Man brauche nur an die vielen Fälle zu denken, in denen die Regierung sich anmähre, aus den Magistratskollegien und den Schuldeputationen die Männer, denen die Stadtverordnetenversammlung Vertrauen geschenkt habe, ihrer politischen Besinnung wegen zurückzuweisen. Im jetzigen Augenblick würde die Ablehnung der Zuschlagserhöhung nur die Wirkung haben, daß die Regierung von neuem konstatieren könne, wie wenig auf dem Wege der sogenannten Selbstverwaltung durch freiwillige Vereinbarung der Groß-Berliner Gemeinden zu erreichen sei. Professor Dr. Leidig wußte keine andere Antwort als die, daß er den Magistrat beizügigte, mit der Sozialdemokratie zu harmonieren, nachdem sich auch bei dieser Gelegenheit herausgestellt hat, daß die Linke den Magistratsvorlagen in der Stadtverordnetenversammlung mit vorurteilloserem Blick gegenübertritt als die „Konservativende“ Mehrheit. Damit der Magistrat recht deutlich seine Abhängigkeit fühlen sollte, begingen die konservativen und nationalliberalen Herren bei der Erörterung ferner den Streich, daß sie die Summe von 8139 M., die der Magistrat für unvorhergesehene Ausgaben in den Etat eingestellt hatte, gegen den Einspruch der Linken auf — 139 M. verfürzten. Auch die von unseren Parteigenossen beantragte Einstellung einer Summe, die den Volksschulkindern Lehnmittelfreiheit sichern sollte, wurde niedergestimmt, ebenso ein Antrag, wonach zur Beschaffung von Schulbüchern usw. für arme Kinder 60 M. statt 40 M. für jede Klasse bewilligt werden sollten. Gingen gegen die Stadtverordneten-Versammlung einer Aunsivereinigung, die bis jeht noch nichts in der Öffentlichkeit geleistet hat, den immerhin ansehnlichen Betrag von 5000 M. Am nächsten Mittwoch soll die Stabsberatung zu Ende geführt werden.

Aus den übrigen Gegenständen der Tagesordnung erwähnen wir, daß endlich die Niederlegung des „Scheunenviertels“ an der Gasteiner Straße beschlossen wurde. Die Versammlung stimmte dem Haberlandschen Projekt zu, wonach die Lauenburger Straße in ihrer jetzigen Richtung verbreitert und nach der Berliner Straße durchgeführt werden soll. Demgemäß ermächtigte die Versammlung den Magistrat zum Abschluß eines Vertrages mit der Berlinischen Bodengesellschaft zu Berlin, des Inhalts, daß die Gesellschaft die von der Stadt für 1079 575 M. erworbenen Grundstücke wieder verkauft und der Stadt einen Erlös von 880 000 M. garantiert. Ein Mehrerlös soll zur Hälfte der städtischen Kämmererkasse, zur Hälfte der Georg-Haberland-Stiftung zufließen.

Diesem Projekt, das entschieden die beste Lösung der „Scheunenviertelfrage“ bedeutet, stimmten auch die Sozialdemokraten zu. Zum Vertreter der Stadtverordnetenversammlung in der Verwaltungssache, die der Kaufmann Lazarus wegen des ihm überantworteten Stadtverordnetenmandats führt, wurde der Stadtverordnete Böhme mann gewählt.

Adlershof.

An Vergiftungserscheinungen verstorben ist am Sonntag der hiesige Eigentümer Nikolaus Fleck, der sich bis dahin einer guten Gesundheit zu erfreuen hatte. Da der hingerufene Arzt die Todesursache nicht feststellen vermochte, erstattete er Anzeige bei der Polizeibehörde, die die Beschlagnahme der Leiche verfügte. Bei der vorgestern erfolgten Obduktion konnte die Todesursache ebenfalls noch nicht genau ermittelt werden. Die Ärzte hegen jedoch den Verdacht, daß der Verstorbene vergiftet worden ist, weshalb Leichenteile dem Gerichtschemiker zur Untersuchung überliefert wurden. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist noch nicht bekannt.

Kallberge-Rüdersdorf.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich gestern nachmittag in der Zementfabrik von Wegener. Der 18 Jahre alte Arbeiter Ferdinand Voigt war im Lagerfeld mit der Anhäufung von Zementmassen beschäftigt, als plötzlich eine Zementsticht einstürzte. Der junge Arbeiter wurde vollständig begraben, und als hinzuzubringende Arbeiter ihn wieder ans Tageslicht befördert hatten, war es leider zu spät. Er war inzwischen erstickt. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Jugendveranstaltungen.

Konwales. Am Sonnabend, den 18. März, findet im Lokale des Herrn Max Singer das Stiftungsfest der freien Jugendorganisation statt. Festrede: Genosse Dietz-Berlin. Das Konzert wird von der Kapelle Köhler unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Freier Männerchor“ ausgeführt. Außerdem gelangen noch Rezitationen zum Vortrag. Freunde der Arbeiterjugendbewegung sind willkommen. Der Jugendauschuss.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Auf der Wippe. — Die Kommune von 1871. Von L. Dubouche (Paris). — Zum Feuertag! Von Adelsheid Popp (Wien). — Finanzkapital und Krisen. Von R. Kautsky. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: Theod. Curtz, Die Resultate des Schweizerischen Referendums. Von N. K. Adolt Braun, Die Genossenschaften. Von August Wilmig. Dr. August Hermann, Die Lage der Waldarbeiter in Ost-Preußen. Von J. Kautsky. Der Vertrauensmann, die Tätigkeit der Werkstattdirektoren in Deutschland. Holzarbeiterverband. Von ad. br. — Notizen: Zur Landtagung. Von Alwin Derr, Leipzig. Rühnwandungs Naher Krankenversicherung im Deutschen Reich. Von G. Vint. — Zeitgeschichten.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3 25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern sieben jederzeit zur Verfügung.

Der schlechte Ruf. Von D. Blumenthal. 2 M. — Die drei Grazien. Lustspiel von D. Blumenthal und A. Lothar. 3 M. C. Bloch, Berlin C. 2.

Das neue Zuwachsgesetz. 20 Pf. C. Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

Zuwachsgesetz für das Deutsche Reich. Herausgegeben von Professor Dr. A. Garsis. 60 Pf., gebunden 90 Pf. Verlag C. Mohl, Gießen.

Ämtlicher Marktbericht der Ämtlichen Marktdirektion über den Großhandel in den Central-Marktbörsen. Marktlage: Fleisch: Junghir Karf, Geschäft ruhig, Preise unverändert, Bullen- und Preßfleisch nachgehend. Wild: Junghir mäßig, Geschäft ruhig, Preise fest. Vorkäse: Junghir nicht ausreichend, Geschäft etwas lebhafter, Preise fast unverändert. Fisch: Junghir mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Junghir meist über Bedarf, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 16. März 1911.

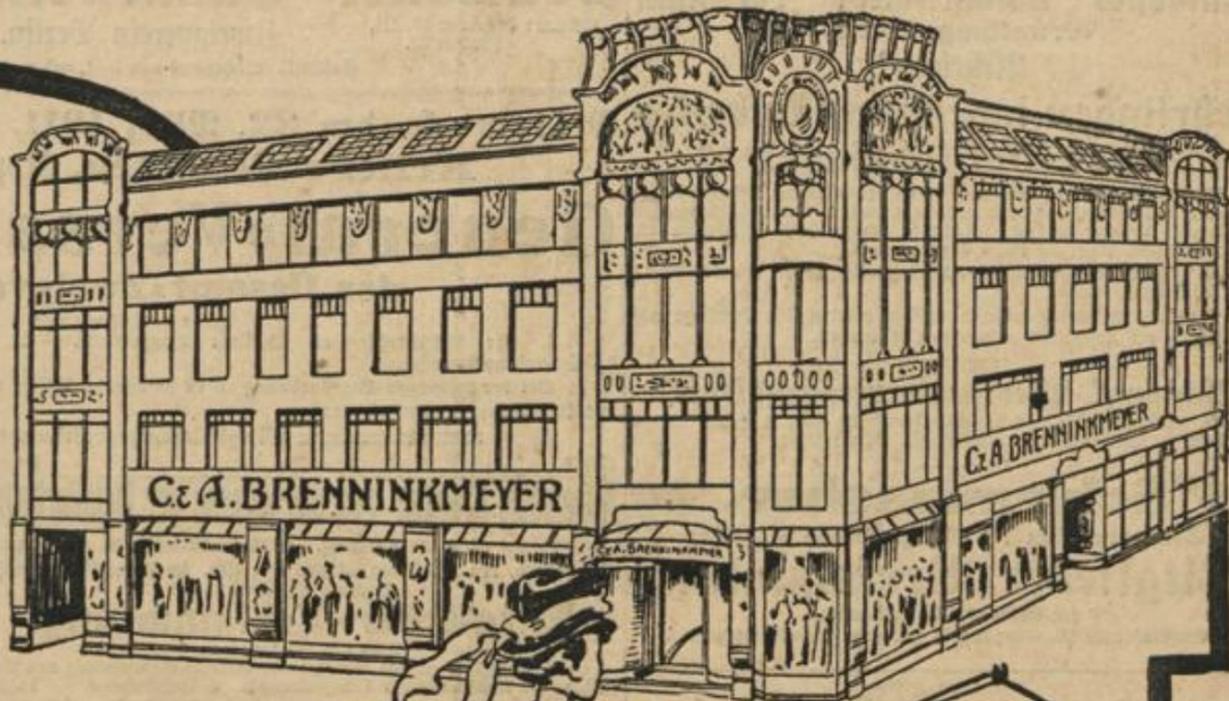
Station	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad Celsius	Station	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad Celsius	
Emmenda	753	S	4 bedeckt	2	Haparanda	767	M	2 wolklos	-18	
Damburg	749	SE	3 bedeckt	2	Petersburg	763	SE	—	Schnee	-4
Berlin	753	S	1 bedeckt	1	Seitz	754	SE	5 wolklos	6	
Frankfurt	750	SE	1 bedeckt	1	Herborn	767	D	5 bedeckt	8	
München	753	S	2 wolklos	-1	Carls	749	SE	3 bedeckt	8	
Wien	758	SE	—	bedeckt	—	—	—	—	—	

Wetterprognose für Freitag, den 17. März 1911.

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit geringen Niederschlägen und meist schwachen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Zu der am
Sonnabend
18. März cr.
stattfindenden



ERÖFFNUNG

unseres
Damen-
Konfektions-
Hauses



werden
unsere Banner
von den Vertretern unserer auswärtigen Verbindungen in unser neues
Berliner Heim

eingebracht.

C. & A. Brenninkmeyer

Königstrasse 33
Am Alexanderplatz
Berlin C



